

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags. 1919-1930 1919

30 (1.7.1919)

Amtliche Berichte

über die

Verhandlungen des Badischen Landtags.

N. 30.

Karlsruhe, den 1. Juli

1919.

30. öffentliche Sitzung

am Mittwoch, den 26. Juni 1919, vormittags 9 Uhr.

Tagesordnung.

Anzeige neuer Eingänge. Sodann

1. Mündlicher Bericht der Haushaltskommission und Beratung über den Gesetzentwurf, die Bürgschaftsübernahme für ein Darlehen der Stadtgemeinde Kehl durch den Staat betr. (Druckf. Nr. 86),
Berichterstatter Abg. Marum.
2. Begründung und Beantwortung der Interpellationen
 - a. der Abgg. Dr. Kraus u. Gen., die Sozialisierung in Baden betr. (Druckf. Nr. 26),
 - b. der Abgg. Dr. Koenigsberger u. Gen., die Reform der Univeritätsverfassung betr. (Druckf. Nr. 19),
 - c. der Abgg. Heurich u. Gen., die Wohnungsfrage betr. (Druckf. Nr. 10a).
3. Berichte der Kommission für Justiz und Verwaltung und Beratung über
 - a. die der Gutheißung des Landtags vorbehaltene Verordnung des Ministeriums des Innern vom 6. August 1918, die Erhebung von Taxen für die staatliche Genehmigung zur Ausgabe von Zeilschuldverschreibungen und Vorzugsaktien sowie zur Errichtung von Aktiengesellschaften usw. betr. (Druckf. Nr. 88),
Berichterstatter Abg. Schneider-Heidelberg;
 - b. die Bitte des Bad. Landeswohnungsvereins und des Bad. Landesverbandes deutscher Bodenreformer, die Organisation für das Wohnungswesen betr.,
Berichterstatter Abg. Ged.
4. Berichte der Petitionskommission und Beratung über die Petitionen
 - a. des Michael Kuhn in Friedrichsfeld um vorzeitige Entlassung seines Sohnes aus der Schule,
Berichterstatter Abg. Jhrig,
 - b. des Adam Weber in Oberdielbach im gleichen Betreff,
Berichterstatter Abg. Jhrig.

Am Regierungstisch: Arbeitsminister Rückert, Geh. Oberfinanzrat Zimmermann und Ministerialrat Franz.

Präsident Kopp eröffnet nach 9¼ Uhr die Sitzung und gibt folgende Eingänge bekannt:

A. Petitionen:

1. Eingabe und Denkschrift über die soziale Notlage der kriegsteilnehmenden Lehramtskandidaten der Universtitäten Freiburg und Heidelberg.
2. Anregungen des Reichsausschusses für Konsumenteninteressen in Form von Anträgen betreffs der Errichtung von Verbraucherämtern und der Vertretung der Verbraucherhaft im Räteystem.

Diese beiden Eingänge werden der Petitionskommission überwiesen.

3. Bitte des Sparkassendirektors a. D. J. Sauter in Freiburg, angeblich im Sinne und Auftrag einer Anzahl von Fürsorgelassenmitgliedern um Erhöhung der Teuerungszulagen derselben.

4. Bitte einer Anzahl von zur Ruhe gesetzten Staatsbeamten um Erhöhung des Ruhegehalts, insbesondere auch der Altpensionäre.

5. Entschliebung einer Vertreterversammlung des Badischen Eisenbahnerverbandes, Bezirksobmannschaft Mannheim, wegen Bemessung des Ruhegehaltes,

6. Telegraphische Eingabe und Entschliebung einer Versammlung aus Beamtenkreisen in Mannheim in Betreff der ihnen in Aussicht gestellten Ausgleichszulage.

7. Schreiben des Ministeriums des Innern vom 20. Juni 1919 mit einer an den Vollzugsausschuß des Arbeiterrates Mannheim gerichteten und von diesem befürwortend dem Ministerium vorgelegten Eingabe der Siebenerkommission der Volkwehrlente in Mannheim wegen Gewährung von Lohnzuschlägen.

Die Petitionen Ziff. 3 bis 7 werden der Haushaltskommission überwiesen.

8. Beitritt der Ortsgruppe Heibelberg des Bundes technischer Berufsstände zu der Bitte der Vereinigung technischer Vereine in Karlsruhe, die Stellung der Techniker in den städtischen Verwaltungen betr.,

9. Telegraphische Eingabe des Vorstandes des Ausschusses für Volksaufklärung mit der Forderung sofortiger restloser Beschlagnahme der Kriegsgewinne, Veröffentlichung der jüdischen Sondergesetze, Entfernung der Juden aus den öffentlichen Ämtern, Trennung des jüdischen Gerichtswesens von dem deutschen und Einsetzung von deutschen Laiengerichten.

10. Bitte der Handelsgenossenschaft Wertheim um Einschränkung des Verbots der Sonntagsarbeit.

Die Petitionen Ziff. 8 bis 10 werden der Kommission für Justiz und Verwaltung überwiesen.

B. 1. Schreiben des Ministeriums des Kultus und Unterrichts mit zehn Abdrücken der Rede des Rektors der Universtität Freiburg, Geh. Rats Professor Dr. Finte, zu Ehren der gefallenen Angehörigen der Universtität.

2. Schreiben von Dr. Arnold Ruge, derzeit Dozent an der Universtität Heidelberg mit Abdrücken einer von Bürgern und Studenten daselbst auf Grund eines von ihm gehaltenen Vortrages gefaßten Entschliebung gegen die Annahme des uns zugemuteten Gewaltfriedens.

3. Schreiben des Fürstlich Löwenstein-Wertheim-Rosenbergischen Domänendirektors Edert mit einer Denkschrift „Zur Frage der Aufteilung des Großgrundbesitzes“.

4. Kurzerhand eingegangene Denkschrift „Fürstliche Ständeherrschaft Fürstenberg“, verfaßt im Auftrage des Fürsten Max Egon zu Fürstenberg von der Fürstlich Fürstenbergischen Kammer in Donaueschingen,

5. Sonderheft der Nummern 19/21 von Jahrgang IV der Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung, behandelnd „Ostdeutschland“.

6. Schreiben des Vorstandes des Badisch-Unterländer Fischereivereins mit der Drucksache: „Mitteilungen und Jahresbericht für das Jahr 1918“.

7. Schreiben der Expeditor des Ministeriums des Innern an das Archivariat mit dem Jahresbericht der Landeskreditkassenabteilung der Rheinischen Hypothekbank Mannheim für 1918.

Für diese Gaben wird der Dank des Hauses ausgesprochen.

C. Anzeigen der Abgg. Koeblin, Otto und Kräuter von ihrer Verhinderung am Erscheinen durch Krankheit bezw. unerschließliche Geschäfte.

Der Urlaub ist erteilt.

D. Mitteilung des Ministers des Innern vom 20. Juni, wonach er zur Beantwortung der kurzen Anfrage der Abgg. Siegelmaier-Oberkirch und Gen., vom 25. März, den Mangel an Rinderschuhen betr., bereit ist.

E. Kurze Anfragen:

1. der Abgg. Kaufsch und Maier-Heidelberg, die Mißstände in den badischen Lungenheilanstalten betr.

2. der Abgg. Dr. Königsberger, Fleig und Spieß, Verbot des öffentlichen Verkaufs jugendverderbender Schundliteratur betr.

3. der Abgg. Dr. Königsberger und Gen., das Halten von Kühen (Pensionskühen) durch Nichtlandwirte betr.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zu Ziff. 1 derselben: Mündlicher Bericht der Haushaltskommission und Beratung über den Gesetzentwurf, die Bürgschaftsübernahme für ein Darlehen der Stadtgemeinde Kehl durch den Staat betr. (Druckf. Nr. 36) erhält das Wort:

Berichterstatte Abg. Marum (Soz.):

Ich werde namens der Haushaltskommission einen sehr kurzen Bericht zu erstatten haben. Die Verhältnisse, wie sie durch den Waffenstillstand in Kehl geschaffen wurden, ebenso diejenigen, wie sie durch die in Verfolg des Waffenstillstands später vorgenommene Besetzung des Hanauerlandes eintraten, sind Ihnen bekannt. Die Verbindung von Kehl mit dem badischen Mutterlande ist aufs äußerste erschwert worden. Dadurch sind aber auch die finanziellen Verhältnisse der Stadt Kehl außerordentlich erschwert. Große Nöte haben sich daraus ergeben, daß die Stadt nicht im Besitze der flüssigen Mittel gewesen ist, die sie brauchte, um die insbesondere infolge der Besetzung notwendigen Ausgaben zu bestreiten. Es handelt sich da um Aufgaben, die einmal zu Zwecken der Arbeitslosenunterstützung, dann aber auch zum Zwecke der Notstandsarbeiten sowie für andere soziale Ausgaben erforderlich waren.

Die Stadt Kehl hätte nun Gelegenheit gehabt, von den Banken des gegenüberliegenden Straßburgs sich flüssige Geldmittel zu verschaffen; das ist aber natürlich in politischem Interesse nicht erwünscht gewesen. Im Gegenteil haben wir alles Interesse daran, den Zusammenhang mit dem Hanauerland und dem badischen und deutschen Lande festzuhalten und der Stadt Kehl zu helfen, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Deutsche Banken waren bereit, die notwendigen Mittel, die Kehl brauchte, vorläufig eine Million Mark, dann zur Verfügung zu stellen, wenn Kehl die notwendigen Sicherheiten gewährte. Es wäre nun denkbar gewesen, daß Kehl etwa durch Verpfändung von Wertpapieren der Sparkasse Sicherheit leistete. Aber im Interesse der Einleger der Sparkasse war das nicht angängig, sondern Kehl hat sich an den badischen Staat gewendet, damit der badische Staat den deutschen Banken gegenüber, die bereit waren, das Darlehen zu gewähren, die Bürgschaft übernehme. Schon die badische Volksregierung hat die Bürgschaft Ende März ausgesprochen, vorbehaltlich der Genehmigung der Nationalversammlung. Die Girozentrale der badischen Sparkassen war dann der Auffassung, daß es im Interesse der Sicherheit der Bürgschaft erwünscht sei — und auch die Regierung hat sich dem angeschlossen — daß der badische Landtag die Bürgschaft übernehme. Infolge der langen Dauer der Verhandlungen ist die Vorlage erst jetzt an uns gekommen.

Durch den Darlehensvertrag wird der Stadtgemeinde Kehl der Betrag von 1 Million Mark auf 10 Jahre unkündbar von der Sparkassengirozentrale zum Zinsfuß von 5 Proz. gewährt. Die Zinsen sind halbjährlich zu bezahlen. Für dieses Darlehen samt Zinsen übernimmt der badische Staat die Bürgschaft. Das ist der Inhalt des Gesetzentwurfs, wie er sich im einzigen

Paragrafen darstellt. Die Kommission schlägt Ihnen einstimmig vor, diesen Gesetzentwurf anzunehmen.

Ich habe Ihnen weiter einen Antrag bekannt zu geben, der von Mitgliedern aller Parteien dieses Hauses gestellt worden ist und der Ihnen vorschlägt, die Frist des § 49 der Verfassung auf 24 Stunden abzukürzen und das Gesetz als ein dringendes nach § 23 der Verfassung zu erklären. Nach § 49 der Verfassung ist es notwendig, daß jeder Gesetzentwurf einer zweimaligen durch eine Zwischenzeit von mindestens einer Woche getrennten Beratung unterzogen werde. Von dieser Frist kann durch Beschluß des Landtags abgesehen werden, wenn nicht mehr als 15 Abgeordnete widersprechen. Der Bedeutung der Sache und der notwendigen Beschleunigung entspricht es, daß wir nicht erst eine Woche warten, um die zweite Lesung vorzunehmen, sondern daß dies schon morgen nachmittag in der Plenarsitzung geschieht. Außerdem ist es erwünscht, daß diesem Gesetze nicht die Volksabstimmung folge, und daß ohne Rücksicht auf eine spätere Volksabstimmung das Gesetz sofort in Kraft tritt. Es heißt in § 23 Abs. 3: „Ausgeschlossen von der Volksabstimmung sind Gesetze zur Erhaltung des öffentlichen Friedens, der öffentlichen Gesundheit, Sicherheit und Ordnung, wenn sie vom Landtag mit Zweidrittelmehrheit als dringend erklärt sind.“

Wir haben es hier zweifellos mit einem Gesetze zu tun, das zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung notwendig ist. Wenn die Stadtgemeinde Kehl nicht in die Lage käme, sich dieses Darlehen zu verschaffen, würde möglicherweise dort die Ordnung nicht aufrecht erhalten werden können. Es ist deshalb wünschenswert, daß das Gesetz sofort in Kraft tritt und nicht erst, nachdem die Frist für das Referendum abgelaufen ist.

Wir machen Ihnen daher den Vorschlag, das Gesetz mit Zweidrittelmehrheit als dringend zu erklären, im übrigen aber das Gesetz anzunehmen.

In der Beratung erhält das Wort:

Abg. Dietrich (D. Dem. P.):

Sie gestatten mir in meiner Eigenschaft als früherer langjähriger Bürgermeister der Stadt Kehl und Vertreter des Bezirks Kehl, daß ich meiner Freude darüber Ausdruck gebe, daß diese Vorlage hier eingebracht ist und die Überzeugung anfüge, daß sie auch ohne Widerspruch angenommen werden wird.

Die Stadt Kehl ist in einer Lage, in der sie der Hilfe des badischen Staates bedarf, und vor allen Dingen in einer Lage, in der man sie nicht in noch stärkere Abhängigkeit von dem gegenüberliegenden Straßburg bringen darf. Schon dieser letztere Gesichtspunkt gebietet unter allen Umständen, daß Kehl auf dieser Seite des Rheins Unterstützung findet. Ich war von vornherein der Meinung, daß man unbedingt helfen müsse. Wir hatten zwar, als die Frage zuerst auftauchte, die Meinung, daß es im Laufe der Friedensverhandlungen gelingen sollte, das Schicksal dieser Stadt und des umliegenden Gebiets zu mildern. Wir glaubten, diese Hoffnung um so mehr haben zu dürfen, als Kehl erst nach Abschluß des Waffenstillstandes und ohne einen dringenden Grund durch Vergewaltigung besetzt worden ist. Leider waren unsere Hoffnungen trügerisch. Die Friedensdelegation hatte gefordert, daß Kehl innerhalb 6 Monaten nach Friedensschluß geräumt werden solle. Es ist ihm aber jetzt daselbe Schicksal wie allen anderen besetzten Gebieten geworden, daß es 15 Jahre lang Besatzung ertragen soll. Sein politisches Schicksal ist zugunsten Deutschlands entschieden, sein wirtschaftliches Schicksal aber ist ungewiß, und zwar nach zwei Richtungen ungewiß, zunächst einmal nach der Richtung, welche wirtschaftlichen Folgen die Besetzung haben wird. Von den Segnern Deutschlands ist ein Besatzungsstatut vorgelegt worden, aber dieses Besatzungsstatut ist bis heute, soweit ich unterrichtet bin, noch nicht unterzeichnet, und es wird wohl, das hoffen wir, über dieses Besatzungsstatut eine Verhandlung stattfinden, die, das ist unser sehnlichster Wunsch, dazu führen möge, daß der Stadt Kehl, überhaupt dem besetzten Gebiet, unbeschränkter Personen-, Güter- und Briefverkehr mit ihrem alten Heimatstaat gesichert werde.

Ein weiterer Wunsch, den wir bei der Schaffung des Besatzungsstatuts haben, ist der, daß die militärische Besetzung des Gebiets eingeschränkt und erträglich gemacht wird. Wir wollen hoffen, daß diese beiden Wünsche im Laufe der Verhandlungen, die wohl nicht ausbleiben, erreicht werden können.

Sobann: Die Gemeinde Kehl ist an sich keine sehr große Gemeinde. Aber es ist eine Gemeinde, in die der badische Staat sehr viel Arbeit hineingesteckt hat, und an der der badische Staat sehr großes Interesse hat aus Gründen, die ich Ihnen hier nicht näher auseinander zu setzen brauche. Aus diesem selben Gesichtspunkt heraus, nämlich aus der Bedeutung Kehls für das Hinterland, ist im Friedensvertrag auch die Bestimmung enthalten, daß der Hafen in Kehl mit dem Straßburger Hafen unter eine Verwaltung gestellt werden soll, eine allgemeine Vereinbarung, die in ihrer Tragweite nicht zu überschauen ist, die aber sicher die stärksten Wirkungen haben wird, und eine Vereinbarung, die für die Stadt Kehl an sich eine außerordentliche Gefahr bildet.

Deshalb sage ich, das wirtschaftliche Schicksal Kehls ist aus diesen beiden Gründen unsicher. Aufgabe des badischen Staates wird es sein, der Stadt Kehl und ihrer Umgebung beizustehen, und ich bin fest überzeugt, daß der badische Landtag und die badische Regierung jederzeit das tun wird, mag kommen was will. Auf der anderen Seite bin ich aber auch der Überzeugung, daß dann die Stadt Kehl und die Umgebung in der vaterländischen Gesinnung, die sie in dieser schweren Zeit betwiefen hat, durchhalten wird bis zu einer Neugestaltung und Besserung ihrer Lage.

Das Schlußwort erhält:

Abg. Marum (Soz.):

Ich hätte keinen Anlaß gehabt, das Schlußwort zu ergreifen; auch der Inhalt der Ausführungen des Herrn Abg. Dietrich gibt mir keine Veranlassung dazu, wohl aber die Tatsache seiner Ausführungen. Wir waren gestern in der Kommission der Auffassung, daß es das Würdigste und dem Gesezentswurf Entsprechendste sei, wenn er ohne Aussprache angenommen würde. Die andern Parteien haben sich an diese Absprache gehalten; ich bedauere, daß sie von einer Partei nicht gehalten worden ist.

Bur Geschäftsordnung erhält das Wort:

Abg. Dietrich (D. Dem. P.):

Ich will zur Geschäftsordnung bemerken, daß mir von Bedenken gegen das Neben zu diesem Gegenstand nichts bekannt war, ebensowenig, daß eine Absprache hierüber stattgefunden hat. Zudem habe ich den Herrn Präsidenten gefragt, ob Bedenken bestehen, er hat dies aber verneint.

Präsident Kopsch:

Mir ist von einer Absprache auch nichts bekannt. Ich hätte übrigens die Rede des Herrn Abg. Dietrich auch nicht verhindern können, da ich keinem Abgeordneten das Wort verwehren kann.

Bei der hierauf folgenden namentlichen Abstimmung wird der Gesezentswurf mit 83 Stimmen einstimmig angenommen und entsprechend dem Antrag der Kommission, die Frist des § 49 der Verfassung für die Beratung des Gesezentswurfs auf 24 Stunden abgekürzt sowie das Gesez als dringend im Sinne des § 23 der Verfassung erklärt.

Zu Ziffer 2a der Tagesordnung: Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abgg. Dr. Kraus und Gen., die Sozialisierung in Baden betr. (Druckr. 26) erhält zunächst zur Begründung das Wort:

Abg. Dr. Kraus (Soz.):

Seit wir Ihnen die Interpellation, die Sozialisierung in Baden betr., eingereicht haben, ist beinahe ein Vierteljahr vergangen, und ein Vierteljahr ist in der gegenwärtigen Weltgeschichte eine große Spanne Zeit. Wir haben in diesem Vierteljahr auch manche wichtigen Fragen und Probleme zu erledigen gehabt; wir haben manches Schwere erlebt und wir wissen, daß uns auch noch manches Schwere bevorsteht. Aber nichts, was in der Zwischenzeit an uns herangetreten ist, hätte dazu beigetragen, die Wichtigkeit dieser Debatte irgendwie zu mindern. Im Gegenteil, die Dinge, die seit diesem Vierteljahr vor sich gegangen sind, und vor allem der Friede, den wir vorgestern unterzeichnen mußten, legt es uns mehr denn je nahe, uns auch hier einmal über die große Frage der Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens auszusprechen.

Denn darüber sind wir uns hoffentlich heute wohl alle klar, daß diese Sozialisierungsdebatte heute keine innere Angelegenheit der Sozialdemokratie mehr allein ist und sein kann, sondern daß es sich um Fragen handelt, an denen alle Parteien und alle Gruppen, die am Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens ein Interesse haben, auch wirklich inneren Anteil nehmen müssen. Denn der Inhalt des Friedensvertrages, die wirtschaftlichen und finanziellen Wiedergutmachungs-Bedingungen, die uns unsere Gegner auferlegt haben, verlangen — man mag nun sonst darüber im einzelnen denken, wie man will — daß rücksichtslos vom Staate, von der Gesamtheit des deutschen Volkes das Letzte aus der Wirtschaft herausgeholt und herausgearbeitet und den Gesamtinteressen der Volkswirtschaft zur Verfügung gestellt wird. Denn nur so können wir daran denken, überhaupt — soweit es im einzelnen möglich ist — irgendwie den Vertrag einzuhalten, und nur so können wir daran denken, auch für die Gesamtheit in absehbarer Zukunft eine Volkswirtschaft aufzubauen, in der es sich wieder einigermaßen leben läßt. Darum begrüße ich es in diesem Sinne, daß wir gerade heute unter dem Eindruck des Friedensvertrages in diese Debatte hier in diesem Hause eintreten.

Ich will nun einleitend bemerken, daß ich nicht auf die weitverzweigten und tiefgreifenden Probleme der Sozialisierung und des wirtschaftlichen Sozialismus hier eingehen will. Ich werde mir vorbehalten, falls die eine oder andere Frage dieser Art in der Debatte aufgeworfen werden sollte, in meinem Schlußwort darauf zurückzukommen. Ich will zunächst nur einige allgemeine politische und soziale Fragen der Sozialisierung vorausschicken, um dann dasjenige, was ich als wichtigste Forderung dessen halte, was auch im Rahmen des Reiches von uns in Baden in der Sozialisierungsfrage geleistet werden kann, hier dem Hohen Hause vorzulegen.

Sie wissen alle, daß gerade die revolutionäre Arbeiterschaft und die Massen, die seit dem 9. November v. J. in der Revolution in Deutschland stehen, unter dem Banner des Sozialismus, unter dem Banner der Sozialisierung bis jetzt gekämpft haben und weiter zu kämpfen gewillt sind. Wir wissen, daß sowohl auf der Seite, die für diesen Sozialismus eintritt, als auch auf der Seite, die in diesen Monaten immer mehr bestrebt war, in Presse und Literatur gegen die Sozialisierung Stimmung zu machen, in dieser Hinsicht sehr viel mit Schlagworten gearbeitet wird und gearbeitet worden ist. Wenn man so die letzten Wochen manchen Zeitungsartikel vor allem der Presse, die Gegnerin der Sozialisierung ist, gelesen hat, was da über Sozialisierung des Wirtschaftslebens, was da über Verstaatlichung und Vergesellschaftung geschrieben worden ist, so hat man sich manchmal gefragt, ob die Betreffenden, die das geschrieben haben, und die Betreffenden, die diese Artikel lesen und dafür eintreten, sich überhaupt jemals mit den eigentlichen wirtschaftlichen Sozialisierungsfragen beschäftigt haben, seit sie überhaupt in der modernen Debatte stehen. Aber ebenso haben wir uns auch manchmal gefragt, wenn wir über die Rätefrage gelesen haben, die gerade oft von der Seite von ganz links gekommen ist, die, mehr als das, stündlich das Wort Sozialismus und Sozialisierung im Munde führen. Darum ist es notwendig, daß wir von allen Seiten einmal wenigstens die Grundgedanken einer Sozialisierung des Wirtschaftslebens klar erörtern und vor allem erörtern, weil wir eben in absehbarer Zeit gezwungen sein werden, im Rahmen der Reichsgesezgebung auch in Baden positiv in der Sozialisierung vorzugehen.

Es ist verwunderlich, es ist oft kaum zu glauben, wie noch weite Schichten des Bürgertums heute der ganzen Revolution des 9. November mit einem Unverständnis gegenüberstehen, das man eigentlich nicht für möglich halten sollte. Man hat der Revolution des 9. November fast nur in die Zusammenhänge der bisherigen europäischen Geschichte eingestellt, man hat sie eingestellt im Zusammenhänge mit der großen französischen Revolution, in die Kämpfe um die politische Demokratie, die sich in den letzten Jahrhunderten in Europa und darüber hinaus abgespielt haben. Man hat aber dabei meistens übersehen, daß dieser Kampf um die politische Demokratie und dieser geschichtliche Zusammenhang mit den Vorgängen der europäischen Geschichte der letzten Jahrhunderte nicht der einzige Sinn der Revolution des 9. November ist und sein kann; und vielleicht ist es nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, nicht der Haupt Sinn für diejenigen, die in dieser Revolution in erster Reihe gekämpft haben. Sondern was einmal die „Frankfurter Zeitung“ in den letzten Monaten in einem Leitartikel geschrieben hat, das trifft wohl auf den Sinn der Revolution, wie wir sie in Deutschland erlebt haben zu; daß der eigentliche Weltgedanke der deutschen Revolution der Ge-

dante der sozialen Demokratie ist, der Gedanke, der nicht bei der politischen Demokratie, bei der politischen Gleichberechtigung, die bisher in Europa, vor allem in Frankreich erkämpft worden ist, stehen bleibt, sondern der diese Demokratie hinaufzuführen will zu einer Demokratisierung des Wirtschaftslebens, zu einer sozialen Demokratie, die eigentlich erst die inhaltliche Erfüllung dieser politischen Gleichberechtigungsdemokratie sein soll. Und das, was da die „Frankfurter Zeitung“ als Weltgedanke der deutschen Revolution hingestellt hat, ist dasjenige, was die Masse mehr oder weniger klar und unklar unter dem Rufe nach Sozialismus, unter dem Rufe nach Sozialisierung und unter dem Rufe nach dem Räteystem bisher eigentlich gewollt hat. Ob das mehr oder weniger klar zum Ausdruck gebracht worden ist, ob diejenigen, die diese Worte im Munde geführt haben, mehr oder weniger vor allem den geschichtlichen Zusammenhang wußten, was sie wollten und wollen können — das ist jedenfalls sicher für jeden, der sich mit der Massenpsychologie gerade während der Revolution beschäftigt hat: Wenn da nach Sozialismus und Sozialisierung, wenn da nach dem Räteystem, wenn da nach der Diktatur der Arbeiterräte gerufen worden ist, so war es meistens das Gefühl großer Massen des Volkes, und nicht nur solcher, die in der Sozialdemokratie stehen, sondern weit darüber hinaus, daß die bisherige politische Demokratie des Westens dem, was unser deutsches Volk, was unser arbeitendes Volk fordert, nicht genügt, daß der Rahmen zu eng ist, daß diese politische Demokratie zu einer sozialen Demokratie und Gleichberechtigung, zu einer Mitarbeit und Mitwirkung des arbeitenden Volkes nicht nur in der Gesetzgebung, nicht nur im Parlament, sondern aktiv im ganzen Aufbau des Wirtschaftslebens werden soll.

Und ich sage, unter diesem Gesichtspunkt nimmt es einen Bunder, daß noch weite Schichten vor allem des intelligenten Bürgertums gerade diesem Rufe nach dem Räteystem, diesem Rufe nach der Sozialisierung mit völligem Unverständnis gegenüberstehen. Sie halten sich an gewisse Entwürfe des Räteystems, die von dem oder jenem gemacht werden, sie halten sich an eine gewisse Literatur, die, vor allem auch veranlaßt durch die russischen Revolutionsführer, nach Deutschland hereingekommen ist, sie sehen aber nicht, daß hinter allen diesen äußeren Formen, hinter all den Entwürfen, die da vorgeschlagen werden, ein Wille des Volkes steht, ein Wille, nicht nur bei Gelegenheit demokratisch zu wählen und gleichberechtigte Abgeordnete ins Parlament zu schicken, sondern nun auch im Wirtschaftsleben real in unserer Volkswirtschaft die Gleichberechtigung durchzuführen, die man politisch im Parlament hat, und auf der anderen Seite mitzubestimmen und mitzuarbeiten an der Produktion, an der ganzen Organisation unseres Wirtschaftslebens, weil die Arbeiterchaft Deutschlands als die erste Arbeiterchaft, als die fortgeschrittenste Arbeiter der modernen Industrieböcker der Welt eben das Gefühl hat, das ihr vor allem als Träger des Wirtschaftslebens, als produzierendem Faktor im Wirtschaftsleben eine ganz andere Bedeutung in einer wahren Demokratie zukommen muß, als sie die Arbeiterchaft in den Demokratien hat, die bisher in Europa und darüber hinaus geherrscht haben.

Wenn wir nun diesen Sinn, gleichsam diese beiden Seiten der Sozialisierungsfragen verstehen wollen, auf der einen Seite das Problem der gemeinwirtschaftlichen Organisation unserer Wirtschaft und auf der anderen Seite die Forderung nach einer ganz neuen und anderen Wirtschaftsverfassung, nach einer Demokratisierung unseres Wirtschaftslebens, da müssen wir, wenn auch nur ganz kurz in ein paar Sätzen, zurückgehen auf diejenigen, den man wohl mit Fug und Recht nicht nur als Sozialdemokrat, sondern als Volkswirtschaftler als den Begründer der eigentlich modernen wissenschaftlichen Ökonomie ansprechen darf, auf Karl Marx. Darüber sind sich auch schon Gelehrte, die den sozialistischen Parteien heute gar nicht nahe stehen, klar, daß Karl Marx, wenn nicht der, so doch mindestens einer der größten Begründer der eigentlichen Wirtschaftslehre, der eigentlichen Wissenschaft der Ökonomie, der politischen Nationalökonomie, wie man sie nennt, ist. Denn, was auch vor Karl Marx geleistet worden ist — und es ist ein großer Teil, ohne den auch Karl Marx selbst nicht hätte arbeiten können —: es war doch mehr oder weniger nicht die Begründung einer wissenschaftlichen Ökonomie. Es wurden von Führern in England und Frankreich wohl die Momente und Faktoren des Wirtschaftslebens: Kapital, Arbeitslohn usw., in ihrem Wesen, in ihren Zusammenhängen miteinander erforscht. Was aber nicht geleistet worden ist und doch eigentlich in der Volkswirtschaftslehre in erster Linie geleistet werden mußte, das ist die Aufzeigung und Herausarbeitung der Zusammenhänge, der gesetzmäßigen Zusammenhänge, in denen alle diese Faktoren im Wirtschaftsleben mit-

einander stehen, und vor allem, in denen der Mensch steht. Denn darüber sind sich alle, die Karl Marx etwas näher gesehen haben, klar; worauf es Karl Marx in seiner ganzen Soziologie, in seiner ganzen Kritik der Nationalen Ökonomie vor ihm ankommt, das ist, zu zeigen, in welchen gesetzmäßigen Zusammenhängen und Verflechtungen der Mensch in der Wirtschaft, in der Produktion und Konsumtion, drinnen steht. Und der ganze Materialismus, den man ja von verschiedenen Seiten Marx immer vorwirft, hat im Grunde genommen gar keinen anderen Gehalt, auch bei Marx selbst, als den, zu zeigen, wie das ganze menschliche Leben, wie der Mensch, auch der Mensch der Kultur, der Mensch der Politik, der Mensch der Religion, bis ins letzte hinein in all den Formen, die er sich schafft, verflochten ist mit den Grundlagen seines Wirtschaftslebens, mit den Grundlagen von Produktion und Konsumtion. Der soziale Inhalt der Zusammenhänge der Wirtschaft, das ist es, was Marx in seinen kritischen Schriften immer wieder herauszuarbeiten gesucht hat, und heute sind sich die Wissenschaftler klar, daß die Hauptleistung, die Marx wissenschaftlich vollzogen hat, die Kritik eben jener liberal-bürgerlichen Nationalökonomie war, die vor ihm in England und Frankreich geleistet worden ist.

Und was hat nun Marx, wodurch er dann zu seinen sozialistischen Theorien gekommen ist, als Hauptergebnis dieser Kritik herausgearbeitet? Er hat herausgearbeitet, daß es nicht genügt, dabei stehen zu bleiben, alle die Faktoren und Momente des Wirtschaftslebens gleichsam als Dinge mit so und so vielen natürlichen Eigenschaften in ihren Zusammenhängen zu sehen und zu ergründen, sondern daß man den Menschen mit seinen sozialen, gesellschaftlichen Aufgaben und Verflechtungen in dieses Wirtschaftsleben hineinstellen muß und daß man nun die Naturgesetze dieses sozialen, dieses gesellschaftlichen Lebens des Menschen in seiner Wirtschaft und auf Grund seiner Wirtschaft wissenschaftlich herausarbeiten muß. Was Marx nun unter der Gegenüberstellung von Kapital und Arbeit, was Marx unter der Gegenüberstellung von Kapitalist und Proletariat wissenschaftlich herausgearbeitet hat, das konzentriert sich alles mehr oder weniger um dieses Problem des Menschen in der Wirtschaft, des Einflusses, der Wirkung der Gesetze des Wirtschaftslebens auf den Menschen und die Gestaltung seines Lebens und seiner Zusammenhänge. Marx hat sich die Ergründung der Gesetze des Wirtschaftslebens, des Wesens von Kapital und Arbeit, von Kapitalismus und Proletariat nicht so einfach und so leicht werden lassen, wie das heute nach den Schlagwörtern oft scheint. Nachdem einmal eine Arbeiterpartei in der Sozialdemokratie entstanden war und natürlich schon der Agitation zuliebe auch viele kleine Geister, die sehr wenig von ihrem Marx gewußt haben, hinausgegangen sind, haben sie diese grundlegenden Momente der Marx'schen Kapitalkritik: Kapital, Proletariat, Gesellschaft, zu Schlagwörtern breitergetreten, die nicht mehr den weitverzweigten und tieferschürfenden Inhalt haben und gehabt haben, wie sie ihn bei Marx in seiner wissenschaftlichen Leistung haben; denn Marx wußte sehr wohl, daß die Bedeutung, daß die Zusammenhänge, daß die Gesetze des Kapitals in der Wirtschaft und daß auf der anderen Seite das Wesen und die Zusammenhänge des Menschen, des Proletariats, des Arbeiters viel tiefer reichen und viel weiterverzweigt sind, als daß man sie mit einigen Schlagworten abtun kann. Aber auf der andern Seite hat Marx vor allem das eine herausgearbeitet, was heute sehr oft gerade von sozialistischen Schriftstellern, vor allem von Agitatoren übersehen wird und weshalb auch sehr viele, sonst diesem Gedanken Nahestehende auf der anderen Seite nicht zu der richtigen Würdigung der ganzen sozialistischen Wirtschaft, wie sie Marx wenigstens in den Grundzügen aufgezeigt hat, kommen; das ist das, daß es nicht darauf ankommt, ein bestimmtes Dogma, ein bestimmtes Wirtschaftsprogramm aufzustellen, sondern darauf, die jeweilige Wirtschaft kritisch darauf hin zu besehen, wie der Mensch im Zusammenhang der betreffenden Wirtschaftsorganisation steht und wie durch Kritik positiv der Weg gezeigt werden kann, wie der Mensch aus der Umklammerung dieser Wirtschaft herauskommt zu dem, was er als Mensch und als menschliche Gesellschaft eigentlich im Wirtschaftsleben sein soll (Abg. Dr. B r i t h: Damit entsteht aber noch keine Sozialisierung! Warten Sie einmal, was ich Ihnen noch zu erzählen habe! Damit entsteht selbstverständlich noch keine Sozialisierung.)

Karl Marx ist nicht nur der Materialist, als der er immer hingestellt wird. Wir wissen, daß Marx vor allem von der idealistischen deutschen Philosophie herkommt, und der Begriff des Menschen und der sittlichen Bedeutung des Menschen, den gerade unsere deutsche idealistische Philosophie herausgearbeitet

hat wie keine andere, zieht sich wie ein roter Faden durch das ganze Werk von Karl Marx. Und Marx mag noch so materialistisch scheinen in den Ergründungen der Gesetzmäßigkeiten des Kapitals, der Arbeit usw., immer ist ein Interesse, das bei ihm im Zentrum seiner ganzen Gedankenwelt steht, das ist der Mensch, der Mensch als ethisches Wesen, der Mensch als etwas, was nicht Maschine, was nicht gleichsam Sklave der Arbeit und der Wirtschaft sein soll, sondern der Mensch, der sich die Wirtschaft formen soll, zu einem menschenwürdigen Dasein, dasjenige, was wir heute oft mit dem Schlagwort und Sprichwort sagen: der Mensch ist nicht da zum Arbeiten, sondern er hat zu arbeiten, um zu leben. Der Mensch als Mensch und die menschliche Gesellschaft als menschliche Gesellschaft steht über der Wirtschaft. Und wenn Marx dann auf Grund seiner reinwissenschaftlichen Arbeit zu dem glühenden Revolutionär geworden ist, zu dem, der im Proletariat gleichsam die Masse gesehen hat, die in Zukunft das Wirtschaftsleben von dem Befreiten soll, was es eben unter dem Druck des modernen Kapitalismus menschenunwürdig niederhält, so ist er dazu gekommen, weil ihm wieder jener Mensch der idealistischen deutschen Philosophie über der Wirtschaft und über den ehernen Gesetzmäßigkeiten dieser Wirtschaft steht. Aber Marx, und das ist nun der Unterschied, geht nicht den Weg, den die sozialistischen Utopisten vor ihm gegangen waren, daß er glaubte, lediglich damit die Wirtschaft und den Menschen von dem Druck der Wirtschaft befreien zu können, wenn man ihm ein ideales Paradies ausmalt, wie schön es wäre, wenn die Menschheit so leben könnte und sich gleichsam auf eine Zukunft vertröstet, wo es einmal anders sein wird, sondern er suchte die Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Wirtschaftslebens selbst zu benutzen, um zu zeigen, wie mit ihrer Hilfe die Befreiung des Menschen von dieser kapitalistischen Wirtschaft selbst geschehen kann, und die findet er nun genau so, wie wir in unserer modernen Technik gleichsam die Befreiung von den Gesetzen der Naturwissenschaft gefunden haben. Unsere moderne Naturwissenschaft hat uns die Gesetze der Elektrizität aufgezeigt, sie hat uns gezeigt, wie all diese Dinge zustande kommen, wie all diese Kräfte wirken, und die Technik ist nun daran gegangen, die Gesetze, die die Wissenschaft uns herausgearbeitet hat, in den Dienst der Menschheit zu stellen. Sie ist z. B. daran gegangen, daß sie mit Hilfe des Blitzableiters die Menschheit vor den verheerenden Wirkungen des Blitzschlages bewahrt. Aber vorher mußten die Gesetze der Naturwissenschaft eben überhaupt da sein, um sie in der Technik zugunsten der Menschheit benutzen zu können. Und so möchte ich sagen, daß der Sozialismus und die sozialistische Wirtschaft, die Marx herausgearbeitet hat, und die wir als Nachfolger von Marx heute mehr denn je herausarbeiten müssen, nichts anderes ist, als eine soziale Technik, eine Benutzung der Gesetze des Wirtschaftslebens und eine Benutzung der Errungenschaften der kapitalistischen Wirtschaft zugunsten des Menschen und zugunsten der gesamten Menschheit. Nachdem wir durch die moderne Nationalökonomie nicht in letzter Linie durch Marx selbst, die Gesetze dieses Wirtschaftslebens, nachdem wir vor allem durch die Geschichte der modernen Menschheit die verheerenden Wirkungen dieser Wirtschaftsorganisation kennen gelernt haben, haben wir heute genau wie dort auf naturwissenschaftlich-technischem Gebiete in unserer Soziologie und in unserer Wirtschaftspolitik die Aufgabe, die Gesetze, die uns diese Wissenschaft erarbeitet hat, zu benutzen, um sie im Interesse des Menschen und im Interesse der Menschheit nun in unserer Wirtschaftspolitik anzuwenden. Seit Karl Marx gelebt hat, haben sich in unserer wirtschaftlichen Organisation Dinge vollzogen, die Marx nicht gekannt hat, die Marx gar nicht sehen konnte. Während zu Marx Zeiten gleichsam noch die liberale, kapitalistische Weltwirtschaft da war, eigentlich ohne Unterschied von Nationen, ohne Unterschied von Bevölkerungsgruppen, während dort noch im Vordergrund die Bedeutung des einzelnen Unternehmers, die Bedeutung des Industriekapitals stand, haben wir inzwischen in einem wirtschaftlichen Aufschwunge, der sich in wenigen Jahren in ungeahnter Weise vollzogen hat, die Bildung von nationalen Wirtschaftsstaaten bekommen. Wir haben die Bildung von Staatengruppen bekommen, die sich als Wirtschaftsmächte gegenüberstehen, und als die Möglichkeit dazu haben wir den Übergang vom früheren reinen Rechtsstaat zum Wirtschaftsstaat bekommen.

Wenn man heute so oft sagt: Wir müssen aus der Zwangswirtschaft des Krieges und aus diesen ganzen Ideen des Sozialismus wieder zur freien Konkurrenzwirtschaft zurück, wie wir sie vor dem Kriege hatten, so muß man dem gegenüber sagen: Ja, haben wir denn vor dem Kriege überhaupt diese freie Konkurrenzwirtschaft gehabt? Wissen denn die Menschen, welche diese Forderung aufstellen, daß seit Jahrzehnten sich in

unserer kapitalistischen Wirtschaftsorganisation Dinge vollzogen haben, die weit über diese freie, individualistische Wirtschaft der 50er und 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts hinausgeschritten sind? Bereits in den 80er und 90er Jahren haben wir die Erscheinung, daß nicht mehr die Individualität des einzelnen Unternehmers im Vordergrund der Wirtschaft, daß nicht mehr die Ellenbogen- und Handlungsfreiheit des einzelnen Unternehmers im Vordergrund des Wirtschaftslebens steht, sondern daß diese Unternehmungen sich zu großen Kartellen, zu Trusts, zu Syndikaten usw. zusammenschließen und daß vor allen Dingen durch die Entwicklung der modernen Banken, durch die Entwicklung des ganzen modernen Finanzwesens, nicht mehr das individuelle Kapital des Einzelnen in der Wirtschaft vorherrschend geworden ist, sondern das Großkapital der Banken (Sehr richtig!). Und was sich bei uns in Deutschland vollzogen hat, das hat sich auch in Frankreich, hat sich auch in Rußland vollzogen, jedoch man sagen kann: im Grunde genommen ist in den Jahren vor dem Krieg die ganze deutsche Volkswirtschaft — nicht nur die großen Aktiengesellschaften und Unternehmungen, sondern auch die Einzelunternehmer, der Mittelstand, ja sogar bis herab zu den kleinen Handwerkern und zu den Arbeitern — von einigen Großbanken in Berlin abhängig gewesen, die letzten Endes das ganze Wirtschaftsleben in sich zentralisiert hatten. So war es in Frankreich, so war es auch in Rußland (Zuruf beim Zentrum: So ist es heute noch! — Abg. Fischer-Bahr: Dort muß man sozialisieren!). Nur langsam, es kommt alles (Geisterkeit).

Wenn man also sagt, wir müßten wieder zurück zur freien Konkurrenzwirtschaft des Einzelnen, so muß man sich — man mag darüber denken wie man will — doch darüber klar sein, daß hier ein Schritt verlangt wird, den die Wirtschaft eines Staates heute einfach nicht mehr machen kann. Denn die Organisation der Wirtschaft ist eine derartig andere und der Staat ist derartig zum Wirtschaftsstaat geworden, daß wir einfach diesen Schritt zurück in eine Zeit, wo das Alles noch nicht war, nicht mehr tun können. Für uns handelt es sich heute um eine ganz einfache und selbstverständliche Frage; nur weil sie so einfach und selbstverständlich liegt, sieht man oft gar nicht, die weittragende Bedeutung, die dieser Frage innewohnt: Wollen wir auch weiterhin diese ganze Zentralisation und Organisation der Wirtschaft in wenigen großen Kartellen, Syndikaten usw., in wenigen Großbanken und zugunsten dieser Millionen nicht nur von Arbeitern, sondern des Mittelstandes, des Kleinhandwerks und Einzelunternehmer sich weiter entwickeln lassen? Sollen wir diesen Kampf der großen Wirtschaftsstaaten in dem Sinne sich weiter entwickeln lassen, wie er sich zu diesem Weltkrieg entwickelt hatte? Denn darüber sind wir uns doch klar, daß dieser Weltkrieg in letzter Linie die notwendige Konsequenz all dieser großkapitalistischen Entwicklung der großen Wirtschaftsstaaten Europas und darüber hinaus gewesen ist und daß, wenn wir daraus nicht herauskommen, dieser Weltkrieg nicht der letzte, sondern nur der Anfang zu noch weiteren Tragödien war.

Ich sage, dann haben wir uns einfach die Frage vorzulegen, ob wir das wollen oder ob wir die Errungenschaften dieser modernen kapitalistischen Organisation nun in den Dienst der bisher Unterdrückten, in den Dienst der Gesamtheit der Volkswirtschaft, in den Dienst der gesamten Gesellschaft stellen wollen. Das ist die einfache Frage, um die es sich dreht. Darüber dürfen sich alle klar sein, auch diejenigen, die dem Gedanken der Sozialisierung heute noch fernstehen. Daß man irgendwie die Entwicklung zu diesen großen Syndikaten, Trusts, Kartellen usw. und wie man das Alles heißt, wieder zur „freien Bewegung des Einzelnen“ zurückschrauben könnte, daran glaubt wohl selbst im Ernste niemand, wenn man gerade die Entwicklung beobachtet, wie sie sich in den letzten Wochen und Monaten beispielsweise bereits in der Eisenindustrie Belgiens zeigt, wo Zusammenschlüsse ganz großer wirtschaftlicher Organisationen wieder stattgefunden haben. Und wenn man beobachtet, wie man jetzt sogar daran ist, die Zusammenschlüsse zwischen großen Wirtschaftsstaaten zu vollziehen, so müssen wir uns eben diese selbstverständliche Frage vorlegen, ob wir uns in den Dienst der Gesamtheit stellen, oder ob wir die Entwicklung weiter gehen lassen wollen, wie sie gegangen ist, und zwar mit dem Erfolg, vor welchem heute die Menschheit nach diesem Weltkrieg steht.

Ich habe gesagt, der Staat ist aus einem Rechtsstaat zum Wirtschaftsstaat geworden. Wie hat sich zu den Zeiten von Karl Marx der Staat gestellt der Wirtschaft gegenüber? Nicht umsonst haben wir jene englische Theorie der Freihandelschule gehabt, deren Lehren darauf hinausgingen, bezüglich der Frage „Staat und Wirtschaft“ möglichst dahin zu antworten, der

Staat, die Gesellschaft, die Gesamtheit habe sich so wenig als möglich überhaupt um die Wirtschaft zu kümmern, habe sich so wenig als möglich gesetzgeberisch in die Wirtschaft einzumischen, das solle der Initiative jedes Einzelnen überlassen bleiben! — Und was haben wir auf Grund dieser Theorien in den 70er und 80er Jahren bis zum Ausbruch des Weltkriegs erlebt? Wir haben den rücksichtslosesten, den brutalsten, egoistischsten Wirtschaftskampf nicht nur Aller gegen Alle, sondern vor allem der großen Nationalstaaten gegen einander erlebt. Wir haben erlebt, wie nicht nur diejenigen, die wirtschaftlich die Tüchtigsten gewesen sind, nicht nur diejenigen, die wirtschaftlich auf Grund ihrer Arbeit sich hochgearbeitet haben, sondern diejenigen, die am rücksichtslosesten waren, die gleichsam ohne Gewissen vorgehen, in ihrer Wirtschaft sich hochgearbeitet haben, und wenn auch Millionen von Existenzen zertreten und zertampelt worden sind, hochgekommen und dahingekommen sind, Millionen Anderer, nicht nur Arbeiter, sondern auch Angehöriger der anderen Schichten, wirtschaftlich zu beherrschen. Wir haben die Herren Rodefeller und Konsorten in Amerika, und ähnliche können wir in Deutschland auch finden und aufzählen. Wir haben diese Entwicklung gehabt und diese kapitalistische Entwicklung selbst hat eingesehen, daß unter diesem rücksichtslosen und brutalen Konkurrenzkampf Aller gegen Alle die Wirtschaft nicht fortschreiten kann, sondern zugrunde gehen muß, und weil sie das eingesehen haben, haben sich die Kapitalisten selbst organisiert; sie haben sich selbst in großen Aktiengesellschaften, vor allem in Kartellen, Syndikaten usw., organisiert, um wenigstens bei einzelnen Unternehmungen, auf einzelnen Gebieten, diesen rücksichtslosen Konkurrenzkampf auszuschalten.

Aber das war doch nur eine Organisation der Kapitalisten, das war doch nur eine Organisation der Finanzkreise, des Kapitalismus und allmählich ist auch diese Organisation immer mehr verschoben worden zugunsten des Finanzkapitalismus unserer Banken; allmählich sind auch die großen Organisationen der Wirtschaft immer mehr in Abhängigkeit von diesen zentralen Instituten, den Großbanken und den einzelnen Finanzmagnaten gekommen.

Und nun fragen wir uns: Können wir angesichts der innerpolitischen Lage, angesichts der Tatsache, daß durch die Schulung und durch die soziale und politische Entwicklung der letzten Jahrzehnte unsere Arbeiterschaft soweit gekommen ist, sich nicht mehr einfach diesem rücksichtslosen Ausbeutertum des Kapitalismus zu beugen, können wir angesichts der Aufgaben, die nach diesem verlorenen Krieg unserer Volkswirtschaft gestellt sind, und angesichts der Forderungen, die dieser Friedensvertrag an unsere deutsche Volkswirtschaft stellt — können wir es angesichts all dessen beantworten, daß noch weiterhin in Zukunft diese Entwicklung der Organisation des Kapitalismus weiterschreitet und daß auf der anderen Seite dieser rücksichtslose Kampf gegen all diejenigen weitertobt, die von Tag zu Tag mehr und mehr durch diese wirtschaftlichen Organisationen unteriocht werden? Oder müssen wir nicht vielmehr, wenn wir den Geist der Zeit und den Geist unserer sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung erkennen wollen, in dieser Richtung den Schritt tun, den schon vor Jahrzehnten nicht nur Sozialdemokraten und nicht nur Schüler von Karl Marx, sondern auch Andere getan haben, den Schritt, daß wir die Organisation der kapitalistischen Wirtschaft und Industrie uns zwar zu Nutzen machen, aber sie nicht mehr dem privaten Eigentum der Herren überlassen, die nun eben vermöge ihrer Robustheit und ihrer Rücksichtslosigkeit imstande sind, die Anderen zu zertreten, sondern daß wir sie in erster Linie der Gesamtheit zu Nutzen machen, dem Volke, dem Staat. Denn darüber sind sich unsere Arbeiter doch klar: Bekämpften wir früher den Staat, weil er mehr oder weniger ein Rechtsstaat der herrschenden Klassen war, so können wir heute den Staat als solchen gar nicht mehr bekämpfen, weil er im Laufe der letzten Jahrzehnte zum Wirtschaftsstaat geworden ist, und weil er infolge der politischen Demokratie zum Staat aller geworden ist, an dem auch alle, insbesondere das Proletariat, Interesse haben. Ein Staat, der Wirtschaftsstaat ist, und von dessen Wirtschaftsorganisation in erster Linie der Arbeiter und das Proletariat abhängig ist, ein solcher Staat kann nicht bekämpft werden, sondern ein solcher Staat muß in den Dienst der Gesamtheit und vor allem in den Dienst der Arbeiterschaft gestellt werden. Aus dieser Erkenntnis heraus hat auch die deutsche Sozialdemokratie damals im August 1914 sich zum Volke und hinter die Verteidigung des Vaterlandes gestellt. Aus dieser Erkenntnis heraus hat sie während des ganzen Krieges die Kriegskredite bewilligt, weil sie wußte, daß der Staat auch der Staat der Arbeiter ist, daß er ein Wirtschaftsstaat geworden ist, von dessen Wohl und Wehe nun seine ganze Wirtschaft und vor allem auch die Existenz der Arbeiterschaft abhängt.

Sie denken vielleicht, diese Dinge gehören alle nicht zu dem, was ich Ihnen jetzt zu sagen habe betreffs der Sozialisierung. Die Sachen gehören aber notwendig dazu. Denn wenn man diese Entwicklung der modernen Wirtschaft, die Entwicklung des Rechtsstaats zum Wirtschaftsstaat, die Entwicklung der großen Organisationen der kapitalistischen Industrie und des Finanzkapitals nicht begreift, dann begreift man weder die Forderungen unseres Proletariats, noch auch den Weg, den wir in dieser Frage zu gehen haben. Denn darüber dürfen Sie sich alle klar sein: Der Weg wird gegangen und die Lösung, diese Indienststellung des Kapitalismus in den Dienst der Gesamtheit wird kommen. Wir haben es heute nur in der Hand, entweder mit weit vorausschauendem Blick diesen Weg organisch zu bahnen und dafür zu sorgen, daß nicht durch einen plötzlichen Druck von unten uns dieser Weg überhaupt verbaut wird, oder die Entwicklung wird über uns hinweggehen und die revolutionären Massen werden, ab nun auf dem richtigen Weg, oder nicht, sich das zu verschaffen wissen, was wir heute als weitblickende Führer auf legalem Wege ihnen schaffen können. Und das, was da kommt, das ist die Sozialisierung des Wirtschaftslebens. Diese Sozialisierung, um das gleich von vornherein zu bemerken, hat an sich mit der Verstaatlichung gar nichts zu tun und ich werde Ihnen zu zeigen versuchen, daß im einzelnen die Formen der Sozialisierung so mannigfaltig und von dem weit entfernt sein können, was man bloß Verstaatlichung nennt. Wenn vor ein paar Monaten das „Karlsruher Tageblatt“ eine Beilage gehabt hat, in der es sich durch Frage und Antwortspiel gegen die Sozialisierung des Wirtschaftslebens gewendet und, wie das aus jedem Satz hervorgeht, nur die bürokratische Verstaatlichung im Auge gehabt hat, so hat jeder, der das Blatt gelesen hat, gesagt: Was da drin steht, ist vollständig richtig, auf eine staatliche Bürokratisierung der Wirtschaft trifft das vollständig zu; aber derjenige, der das Flugblatt verfaßt hat, hat auch keine Ahnung von dem Begriff Sozialisierung und Vergesellschaftung, wie er vor allem in der Sozialdemokratie und in der ganzen sozialistischen Literatur seit Marx aufgetaucht und verfolgt worden ist. Denn das war es gerade, was Marx und Engels im Sozialisierungsbegriff heraus gearbeitet haben, daß der alte politische Klassenstaat, der bürokratische Verwaltungsstaat, nicht Träger der wirtschaftlichen Geseßgebung und noch weniger Träger der wirtschaftlichen Verwaltung sein kann, sondern daß die Gesellschaft selbst, die Gesamtheit der Produzenten und Konsumenten, die Organisation des Wirtschaftslebens und die Verwaltung des Wirtschaftslebens im Interesse der Allgemeinheit in die Hand nehmen muß. Und gerade Engels hat immer und immer wieder betont: Je mehr der Staat zum Wirtschaftsstaat wird, und je mehr die ökonomische Gesellschaft im Staat wächst und an Bedeutung gewinnt, um so mehr stirbt der rein bürokratisch-politische Staat ab. In dieser Beziehung ist es grundverkehrt, wenn man heute glaubt gegen die Sozialisierung Front machen zu können, indem man im einzelnen nachweist, welche Schattenseiten eine verstaatlichte Wirtschaft hat. Denn gerade wir Sozialdemokraten sind die letzten, die der Verbürokratisierung und Verstaatlichung der Wirtschaft das Wort reden. Aber auf der andern Seite muß erklärt werden, daß der Staat, vor allem wie er zwangsweise durch den Krieg geworden ist, allerdings in einem innigem Zusammenhang mit der Sozialisierung steht, indem nämlich die großen Gebiete der Wirtschaft abgegrenzt worden sind zu nationalen Wirtschaftskomplexen, und daß die Grundlagen der Wirtschaft der Großindustrie so wohl wie der Großfinanz nicht von einzelnen Gruppen, nicht von einzelnen Unternehmungen sozialisiert werden können, sondern nur von der Gesamtheit der Unternehmungen und Gruppen, von dem, was wir eben heute den Staat nennen, und daß es deshalb Aufgabe des Staates ist, die großen Grundlagen unserer Volkswirtschaft nun in den Dienst der Gemeinwirtschaft zu stellen, und daß in diesem Sinne allerdings die Aufgabe des Staates, die Aufgabe des Reiches in der Sozialisierung an erster Stelle steht.

Man weist darauf hin, daß das Reich bereits eine Geseßgebung in diesen Dingen in den letzten Wochen und Monaten schon eingeleitet hat. Wir müssen aber sagen: Was da bisher geschehen ist, reicht in keiner Weise an das heran, was in möglichst rascher Zeit in dieser Richtung getan werden muß. Wir machen niemandem einen Vorwurf. Denn die Regierung und das Reich, das in den letzten Monaten in innen- und außenpolitischen Kämpfen gestanden hat, das vor der Tatsache gestanden hat, daß durch den Friedensvertrag überhaupt und durch den Ausfall der Entscheidung über ihn das Reich vielleicht nicht mehr im Stande sein wird über seine Wirtschaft zu verfügen, dieses Reich konnte große Leistungen auf diesem

Gebiete nicht vollbringen. Aber jetzt, wo man überfieht, welche Aufgaben dem Reich gestellt sind, jetzt heißt es, praktisch und positiv an diese Fragen heranzutreten. Darüber dürfen wir im Landtag und Reichstag uns ganz klar sein: Lange wird es nicht mehr gehen, daß die revolutionären Massen draußen zuwarten, bis etwas getan wird (Abg. Kieselich: Sehr richtig!). Auch da muß gesagt werden, wenn nicht bald positiv aufbauend etwas geleistet wird, dann wird die Entwicklung über die Köpfe der Führer hinweg gehen, ob dann zum Wohl oder Wehe unserer Zukunft, das wollen wir dahin gestellt sein lassen (Abg. Dr. Wirth: Jetzt kommen die Vorschläge!). Jetzt kommen die Vorschläge, ich werde Sie Ihnen unterbreiten und Sie können in der Debatte darauf eingehen. Ich möchte aber bemerken: Lassen wir es nicht bewenden bei der Sozialisierungsdebatte im Landtag, sondern begeben wir uns möglichst rasch an die praktische Arbeit, damit etwas Positives geleistet wird, sonst könnte es soweit kommen, daß jemand anders diese Arbeit in die Hand nimmt und uns auf die Seite schiebt (Abg. Dr. Schofer: Nur nicht immer drohen!).

Als wir vor einigen Wochen in der Verfassungskommission die Sozialisierung der Standesherrschaften zur Sprache brachten, wurde von verschiedenen Seiten betont, wir sollten doch einmal bei den großen Bantzen anfangen und nicht bei der Landwirtschaft; wir hätten heute gar keinen Grund bei der Landwirtschaft anzufangen. Wir haben damals auch zugegeben, daß die Sozialisierung in erster Linie da anfangen muß, wo unsere Volkswirtschaft mit ihrem Kapital konzentriert ist, und das ist die Großban. Aber das sind Gebiete, die wir im Lande hier nicht zu lösen haben, das sind Gebiete, die das Reich als Ganzes zu lösen hat, und da muß das Reich die Grundlage und den Rahmen geben, so daß wir als ein Verwaltungskörper in Deutschland gewissermaßen nur die Ausführung haben. (Abg. Dr. Schofer: Dann müssen wir etwas stupfen!). Gestupft wird genug, und ich bin überzeugt, daß die Massen draußen das Reich noch genug, vielleicht übergenug stupfen werden. Aber es gibt Gebiete, wo wir im Rahmen des Reiches heute schon an die Arbeit gehen können. Ich möchte vor allen Dingen darauf hinweisen, daß wir uns doch darüber klar sein müssen: So große Aufgaben das Reich in dieser Frage hat, es wird nicht — und vor allem wollen wir das nicht — es wird nicht alles zentral von Berlin aus machen können (Zustimmung). Und ich möchte gerade nach der rechten Seite hinüber eines sagen: Von Ihrer Seite aus sagt man so gern: „Baden den Badenern!“ und sagt man so gern: „Soweit es irgend möglich ist, im Rahmen des Reiches Baden frei verwalteten und frei bewirtschafteten, so gut es geht, um nicht den Zusammenhang mit dem Reich zu lösen. Demgegenüber sage ich: Hier mit der Sozialisierung ist ein Gebiet gegeben, auf dem man im Rahmen der Reichsgesetze unter besonderer Berücksichtigung der badischen Verhältnisse positive Arbeit leisten kann! Und ich bin überzeugt, daß das Reich nicht die Absicht hat, nach einem bestimmten Schema F von Berlin aus nun die ganze deutsche Volkswirtschaft zu sozialisieren, sondern daß das Reich dankbar ist für jeden praktischen Weg, den ihm seine einzelnen Bundesstaaten, angesichts der besonderen Struktur ihrer Wirtschaft usw., zeigen werden, und daß das Reich für jede organische Mitarbeit der Bundesstaaten in der Durchführung der Sozialisierung dankbar sein wird.

Wir wollen also in diesen Fragen auch nicht erst abwarten, was in Berlin getan wird, sondern einmal hier positiv arbeiten und den Berlinern sagen: Hier hat Baden etwas getan! So schlagen wir vor, die Dinge bei uns zu machen (Abg. Dr. Wirth: Jetzt kommen die Vorschläge!).

Da möchte ich zunächst ein Wort über die badische Landwirtschaft verlieren. Die Landwirtschaft wird ja jetzt in den Vordergrund unseres deutschen Wirtschaftslebens rücken. Es gab Zeiten in Deutschland, wo die Landwirtschaft vollständig oder mehr oder weniger in den Hintergrund getreten und vernachlässigt worden ist. Nachdem wir diesen Frieden abschließen mußten, ist es uns klar, daß nicht nur der Ernährungsfrage wegen die Landwirtschaft in den Vordergrund treten wird, sondern vor allem deswegen, weil unsere deutsche Industrie nach dem Frieden nicht mehr das sein wird, was sie vorher war, und weil große Massen unserer Arbeiterschaft durch unsere heimische deutsche Industrie nicht mehr versorgt werden können. Und da handelt es sich nun darum, sich zu fragen: Soll das, was bisher in der Landwirtschaft festzustellen war, die Erscheinung, daß von Jahr zu Jahr große Massen der landwirtschaftlichen Arbeiter in die Industriestädte abgewandert sind, daß von Jahr zu Jahr der Landwirtschaft gleichsam Kräfte entzogen worden sind zugunsten der Industrie, soll das weitergehen, oder sollen wir nicht

einen Weg finden können, um wenigstens diejenigen, die heute noch in der Landwirtschaft stehen, mit ihrer Nachkommenschaft auf dem Lande erhalten zu können (Abg. Dr. Schofer: Da schaffen wir schon lange daran!) Ganz gut, darüber kann man aber hier sprechen! Denn gerade dort, wo daran geschafft wird, sind gerade Meinungen laut geworden, die nicht der Bedeutung der Sache entsprechen, die ihr in Wirklichkeit zukommt!

Man macht den Sozialdemokraten gerade in dieser Frage den Vorwurf, daß sie für die besonderen Aufgaben der Landwirtschaft in der Frage der Sozialisierung sehr wenig Verständnis gezeigt haben. Diejenigen, die diese Vorwürfe erheben, übersehen aber völlig, daß sich seit Jahren hier in der sozialdemokratischen Literatur eine Wandlung vollzogen hat. Die sozialdemokratische Literatur ist in erster Linie aus der Erkenntnis des Großbetriebs hervorgegangen und dessen, was sich in der Großindustrie vollzogen hat. Vor allem standen in der Literatur die preussischen, die norddeutschen und vor allem die Verhältnisse im Osten voran, wo die Landwirtschaft wesentlich in großen Gütern und im Großgrundbesitz zentralisiert ist. Man hat darüber ganz diejenigen Gegenden vergessen, in denen der kleine und mittlere landwirtschaftliche Betrieb vorherrschend ist, und die Fragen vernachlässigt, die dieser kleine und mittlere landwirtschaftliche Betrieb stellt. Aber inzwischen haben sich doch auch andere Strömungen emporgearbeitet. Ich erinnere vor allem daran, daß David als ein Führer gerade in der Literatur über die landwirtschaftliche Sozialisierung gegenüber Rauhs, der den rein großbetrieblichen Standpunkt vertreten hat, in erster Linie die Fragen, die der kleine und mittlere landwirtschaftliche Betrieb stellt, eingehend erörtert und zu ergründen versucht hat. Und wenn wir nun gerade heute in Baden an diese Frage herangehen, so müssen wir uns sagen: Im Mittelpunkt des Interesses steht bei der Sozialisierung — die andere Seite der Wirtschaftsverfassung werde ich nachher noch kurz behandeln — die Organisation der Produktion. Und Sie werden es gehört und gelesen haben, daß gerade in der Zeit der Revolution in den letzten Monaten unsere sozialistischen Führer immer mehr und mehr in ihren Reden und in der Literatur diesen marxistischen Sozialismus wieder in den Vordergrund und auch gerade der Arbeiterschaft gegenüber wieder in den Vordergrund gestellt haben, daß es sich nicht in erster Linie um den Einzelnen und auch nicht zunächst um das handelt, was als Anteil des Einzelnen an der sozialistischen Wirtschaft herankommt, sondern darum, daß im Dienste der Gemeinschaft die Produktion so rentabel wie möglich organisiert wird.

Und nun auf die Verhältnisse der Landwirtschaft in Baden übertragen: Wir haben in Baden ganz wenig Großgrundbesitz, wenigstens soweit er für die badischen Verhältnisse als Großgrundbesitz angesprochen werden kann. Der meiste Grundbesitz beträgt in Baden weit weniger als 100 Hektar. Wir haben aber vor allem einen sehr zahlreichen Kleingrundbesitz. Und wir haben nun das Bild, daß, während auf der einen Seite zum großen Teil der eigentliche Großgrundbesitz, der auch von Großgrundbesitzern noch selbst bewirtschaftet wird und der nicht gerade speziell zu den standesherrschaftlichen Gütern gehört, steht, wir auf der anderen Seiten den kleinen Grundbesitz haben, von dem man doch offen und ehrlich sagen muß, daß bei ihm nicht mit der Intensität und mit der Rentabilität, die nötig wäre, das Letzte aus dem Boden herausgewirtschaftet wird, was herausgewirtschaftet werden kann. Denn darüber dürfen wir uns keinen Täuschungen hingeben: Der Kleinbauer: (Abg. Fischer-Lahr: Der arbeitet von morgens bis abends!). Sie haben recht, Herr Kollege, der arbeitet zwar von morgens bis abends, und der arbeitet auch mit allen seinen Familienangehörigen und denen, die ihm helfen, von morgens bis abends; aber ihm fehlen nun einmal alle die Mittel, die die moderne Industrie und Technik ihm zur Verfügung stellen kann und die nur durch einen organisatorischen und — wie ich nun hier besüßworten möchte — genossenschaftlichen Zusammenschluß des Kleinbauernstandes ihm zur Verfügung stehen und in den Dienst seiner Wirtschaft gestellt werden können.

Es haben ja vor allem bei den Besprechungen über die Sozialisierung in der Landwirtschaft dauernd alle Parteien betont: Was uns nützt, ist gerade eine Vergrößerung desjenigen Arbeitsfeldes, das heute so viele Kleinbauern haben, das ist ein Zusammenschluß der Gebiete dieser Kleinbauern, um die Errungenschaften der Wissenschaft, um die Maschinen, um das Saatgut und um alles das in den Dienst der kleinen Landwirtschaft stellen zu können, was sich der Einzelne nicht leisten kann (Zuruf aus dem Zentrum: Geschieht jetzt schon!).

Natürlich geschieht es, denn wir Sozialdemokraten wollen wirtschaftlich nichts, was in der Luft hängt, sondern nur, was in der Entwicklung der Dinge liegt, die bereits wirtschaftlich einen Anfaß gefunden haben. Wir wollen aber, daß vom Staate aus diese Entwicklung etwas forciert wird (Zuruf aus dem Centrum: Machen wir selber!). Das machen Sie selber? Wenn Sie es tun, ist es gut, aber darüber können wir keine Kontrolle übernehmen, sondern das Kontrollorgan der Wirtschaft ist heute der demokratische Staat, und dieser erlaubt sich, Ihnen eventuell Richtlinien zu geben und zu sagen, was im Dienste der Gesamtheit gemacht werden muß, nicht bis Kleinbauern von da und Kleinbauern von dort nach einigen Jahrzehnten ein Licht aufgeht, daß sie auch da und dort etwas mehr tun könnten; sondern hier ist es im Interesse der Gemeinwirtschaft gelegen, Richtlinien zu geben (Abg. Dr. Schöfer: Aber dann nur Praktiker hinstellen!). Gewiß, nur Praktiker hinstellen! Ich habe auch nicht behauptet, daß ich Praktiker in der Landwirtschaft bin, sondern nur gesagt, daß die Sozialisierung der Landwirtschaft eine Aufgabe der Gemeinwirtschaft des demokratischen Staates ist und daß er sich das Recht herausnimmt, hier Richtlinien und Gesetze zu geben, um diese Entwicklung zu forcieren, weil wir es heute verdammt nötig haben, nicht abzuwarten, bis die Einzelintelligenz diesen Weg geht (Unruhe. — Zuruf aus dem Centrum: Machen Sie nur alles hin!). Herr Kollege, wenn Sie jetzt auf meine Ausführungen sagen können: „Machen Sie nur alles hin“, so dokumentieren Sie damit ein Unverständnis, für das ich weiter kein Wort übrig habe (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Unruhe und Zwischenrufe aus dem Centrum).

Präsident Rospf (unterbrechend):

Ich möchte nach allen Seiten die Bitte aussprechen, diese Zurufe zu unterlassen. Die Rede wird auf diese Weise sehr viel länger (Seitertzeit). Ich sehe schon, die Debatte über diesen Gegenstand wird sich ohnedies lange hingziehen. Sie haben alle Gelegenheit, sich zum Wort zu melden, und Sie können da Ihrer Meinung Ausdruck geben. Aber die Zurufe können unterbleiben!

Abg. Dr. Kraus (fortfahrend): Sie können ja nachher in der Diskussion zeigen, ob Sie hier bessere und praktischere Vorschläge in dieser Richtung zu machen haben, und dann sind wir Ihnen dankbar dafür.

Sie wissen, daß in der nächsten Zeit dem Landtag ein Gesetz vorgelegt wird, das sich gerade mit diesen Fragen der Landwirtschaft beschäftigt, das sich mit der Frage der inneren Kolonisation beschäftigt und mit dem dem Staat das Recht übertragen werden soll, hier alle Schritte zu tun, die er in der Landwirtschaft nötig findet, um zugunsten der intensiveren Bewirtschaftung und zugunsten eben der Gesamtwirtschaft des Volkes heute Eingriffe in die bestehende Ordnung der Landwirtschaft tun zu können. Das wird sich vor allem darauf beziehen, daß allen Großbetrieben gegenüber, die nicht rentabel bewirtschaftet werden, überhaupt allem gegenüber der Staat das Recht bekommen soll eingzugreifen und diesen Besitz zu enteignen und dann Wirtschaften zur Verfügung zu stellen, bei denen er mehr Sicherheit hat, daß sie rentabel und intensiv bewirtschaftet werden (Zuruf des Abg. Weißhaupt). Ich möchte aber von vornherein sagen, daß das nicht auf die Großbetriebe im ganzen als solche zutrifft, sondern wir wissen sehr gut — und wir werden prinzipiell gegen jede Verschlagung von Großbetrieben, die hier zum Prinzip erhoben werden soll, auftreten — wir wissen, daß wir Großbetriebe haben, die Musterbetriebe sind, die Dank ihrer moderneren Organisation und Dank der Verwendung der letzten Mittel der Technik, die die Landwirtschaft hat, auch wirklich zugunsten der Gesamtheit bewirtschaftet werden. Wir haben aber auch gerade in diesen Großbetrieben manche Wirtschaftensform, die nicht bedingt ist durch das Interesse, das das badische Volk an der landwirtschaftlichen Produktion hat, sondern durch Interessen des kapitalistischen Geldsacks der Großgrundbesitzer insbesondere der Standesherrschaften, die solche Industrien, weil sie rentabler waren, auf ihren Gütern eingeführt haben! Wir haben die Tatsache jetzt zu verzeichnen, daß, trotzdem wir doch gerade in erster Linie zur Ernährung des Volkes produzieren sollen, wir zum Teil weite Gebiete, die nicht nötig gewesen sind, aufgeforschet haben, nur weil in jenen Zeiten, wo das geschehen ist, das Holz und der Holzverkauf dem betreffenden Besitzer mehr eingetragen hat, als die landwirtschaftliche Lebensmittelproduktion (Zuruf des Abg. Weißhaupt). Und so haben wir viele Gebiete, die eben bewirtschaftet werden, nicht vom Gesichtspunkt der Bedarfswirtschaft

für die Allgemeinheit, sondern vom Gesichtspunkt der Profitwirtschaft für den betreffenden Großgrundbesitzer.

Und hier möchte ich mir auch ein Wort erlauben über die Standesherrschaften; wir haben ja in der Verfassungskommission schon darüber gesprochen. Worin besteht die Bewirtschaftung der standesherrschaftlichen Güter? Die Bewirtschaftung besteht doch darin, daß die Standesherrschaft fast all ihr Land verpachtet hat, und daß die Bewirtschaftung vielleicht des einzelnen Bauern ganz sicher vom besten Willen getragen ist, das Letzte aus dem Boden herauszuholen, daß aber das große Ganze von einer Bürokratie der Standesherrschaft verwaltet wird, die nicht die landwirtschaftliche Rentabilität in den Vordergrund ihres Interesses stellt, sondern die finanzielle Rentabilität für den betreffenden Standesherrn. Es wird Ihnen nachher in der Debatte von unserer Seite auch noch im einzelnen gesagt werden, wo solche Dinge liegen, wie sie liegen und wie notwendig es ist, daß endlich einmal der demokratische Staat und das Volk sich um diese Dinge bekümmert, und auch darum, welche Wege eventuell hier gegangen werden können. Und gerade wenn Herr Abg. Weißhaupt sich vorhin so sehr geglaubt hat, ereifern zu müssen wegen meinen Ausführungen, so muß ich ihn daran erinnern, daß er z. B. damals bei der Beratung über dieses Siedlungsgesetz, gerade für die Gedanken lebhaft Propaganda gemacht hat, die ich vorhin betreffs der Unterstützung und der Vergrößerung des Kleinwirtschaftlichen Grundbesitzes und vor allem des Kleinwirtschaftlichen Bauern geäußert habe. Ich habe vorhin gesagt: es kommt vor allem darauf an, daß die Kleinbauern, die nicht im Stande sind, heute, wie es nötig ist, rentabel zu wirtschaften, entweder zusammengegeschlossen werden oder durch innere Kolonisation und durch Enteignung von unrentablem Großgrundbesitz die Gebiete erhalten, die notwendig sind, um nicht nur rentabel zu wirtschaften, sondern vor allem sich mit ihren Nachkommen und Familien auf dem Land im rentablen landwirtschaftlichen Betrieb erhalten zu können (Zuruf rechts: Das haben wir schon lange gemacht!). Gerade Sie sind damals dafür eingetreten. Und wenn Sie sagen, das haben Sie schon lange gemacht und das ist schon lange Ihre Ansicht, dann sage ich Ihnen: Gott sei Dank, daß Sie auch einmal in diesen Dingen mit uns Sozialdemokraten und wir mit Ihnen gehen; denn es kommt bei diesen Fragen heute nicht darauf an, ob die Sozialdemokratie oder andere so etwas machen, sondern ob es im Interesse der Gemeinwirtschaft des Volkes ist.

Nun kommen wir aber auf Dinge, die uns momentan noch viel näher am Herzen liegen, und das ist das Ernährungs- und das Wohnungswesen. Das sind nun Gebiete, wo das Reich nicht sozialisieren wird und kann im Großen. Das wird wesentlich Aufgabe der besonderen Bundesstaaten und vor allem auch der Gemeinden sein, die ihrerseits wieder die Direktive von den Bundesstaaten bekommen müssen. Sie wissen, daß ein Kommunalisierungsgesetz vom Reich erlassen wird und daß dieses Kommunalisierungsgesetz den Einzelstaaten und den Gemeinden weitgehende Rechte zur Vergesellschaftung von Betrieben gibt, die speziell im lokalen Interesse von Gemeinden oder der besonderen Staaten liegen, vor allem auf dem Gebiete des Wohnungswesens und des Ernährungswesens. Da möchte ich heute schon sagen, möge der badische Staat und der badische Landtag zeigen, daß, wenn dieses Kommunalisierungsgesetz ihm diese Rechte in die Hand gibt, er den Anforderungen, die unsere heutige Wirtschaft in diesen Fragen draußen stellt, auch wirklich gerecht wird und wirklich gewillt ist, das Reich im einzelnen hier zu unterstützen.

Man klagt heute so, daß man im Ernährungs- und Wohnungswesen gegenüber der Kammererei und Schiebererei nichts ändern kann, und das ist auch ganz richtig. Glauben Sie aber nicht, daß diese Dinge heute durch bloßen freien Handel besser werden könnten! Wie ich überhaupt auch wieder darauf verweisen möchte; wenn wir in all den Fragen sagen: Kehren wir zum freien Handel von früher zurück!, so bedeutet das nur: Öffnen wir dem rücksichtslosen und brutalen Egoismus des Einzelnen die Bahn, daß er vermöge des Kapitals, das er hat, möglichst viele in rücksichtsloser Weise zertampeln kann in seinem Interesse aber nicht im Interesse der Gesellschaft und des Proletariats (Widerspruch rechts). Das möchte ich vor allem denen sagen, die nachher in der Diskussion diese freie Wirtschaft vertreten wollen. Ich möchte ihnen sagen: Sie werden diese freie Wirtschaft nicht lange in Deutschland haben; die Massen, die dann unter dieser Wirtschaft leiden werden, werden Ihnen den Weg zeigen, den sie gehen, um die Wirtschaft sich zu Ruhe machen zu können. (Abg. Schöpfler: Die Kriegsgesellschaften!). Über die Kriegsgesellschaften werde ich Ihnen noch

ein Wort sagen! Wie Sie das hier in die Debatte werfen können, nachdem ich Ihnen vorher prinzipiell erklärt habe, daß niemand dieser bürokratischen Zwangsorganisation fernersieht, als die Sozialdemokratie, ist mir unbegreiflich (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten). Wir können in diesen Dingen heute nichts machen, wenigstens nichts Prinzipielles, weil der Karren verfahren ist und weil die Wirtschaft, die gerade die Kommunalverbände durch die staatlich-bürokratische Organisation getrieben haben, den Schleichhandel und diese Dinge groß gezüchtet haben. Gätten wir aber z. B. am Anfang des Krieges freiwillig oder durch Zwang — aber das war damals natürlich politisch ganz ausgeschlossen — die landwirtschaftlichen Erzeuger in gewissen Gebieten, Gemeinden, Bezirken usw., zu freiwilligen oder Zwangs-genossenschaften zusammengeschlossen, und hätten wir diejenigen, die diese Erzeugnisse konsumieren sollen mit den Erzeugern zu großen Genossenschaften zusammengeschlossen, wo dann beide Teile sowohl an der Produktion als auch an der Verteilung interessiert gewesen wären, wie die Teile einer Genossenschaft es immer sind, dann, bin ich überzeugt, wäre das nicht gekommen, was inzwischen gekommen ist. Aber damals hat man gesagt: Wie kann man so etwas machen? Ich weiß heute, daß Führer von uns im Anfang des Krieges zur Reichsregierung gegangen sind und ihr auf dem Gebiete des Ernährungswesens diese Wege gezeigt und ihr gesagt haben: Auf diesem Wege, wie Ihr vorgehen wollt, läßt sich nichts machen. Man ist aber den anderen Gang der Gesetze und Verordnungen gegangen, man ist den Gang der Kommunalverbände gegangen, wo oft an der Spitze anstatt wirtschaftlich interessierter Personen, vor allem Personen, die in kommunalen Fragen Bescheid wissen, Juristen und Leute gestanden sind, die alles andere gemocht haben, als wie man solche Dinge im Krieg wirtschaftlich organisieren kann. Und dann sind wir auf den Hund gekommen, auf dem wir heute sind, daß, wenn man 2 M. als Höchstpreis ansetzt, man noch die Ware nicht hereinbekommt, weil eben der Schieber eine Mark mehr bezahlt, und hier wäre es aber, wie gesagt, notwendig, daß man wenigstens einmal praktisch aus der landwirtschaftlichen Produktion und aus den Konsumenten Leute, die in diesen Dingen drinstecken, zusammensetzt und sie nun einmal Vorschläge machen läßt: Wie können wir hier auf freiwilligem oder Zwangswege — denn Zwang wird allerdings vom deutschen Staat und vom badischen Staat in wirtschaftlichen Dingen ausgeübt werden müssen, wenn er überhaupt wirtschaftlich wieder hoch kommen soll — dadurch, daß die Erzeuger und die Konsumenten sich organisch zu Genossenschaften zusammenschließen, erreichen, daß wenigstens die großen Grundstüben und Grundübel des Schleichhandels und des Samstagswesens vermieden werden? Denn wenn jetzt die Grenzen aufgehen, dann werden wir nicht eine Besserung in den Dingen bekommen, sondern, wie man es bereits in Berlin und Frankfurt sehen kann, eine Verschlimmerung der Dinge, indem jetzt dem Einzelnen rücksichtslos überlassen ist, was er für sich an Lebensmitteln und an Bedarfsartikeln über die Grenzen herüberbringt, und es auch dem Einzelnen überlassen ist, wieviel er an diesen Dingen verdienen will.

Nun kommt das andere, und das ist das Wohnungs-wesen. Wir haben Gott sei Dank damals das Sperrgesetz gemacht, wodurch wenigstens in den prinzipiellen Dingen mit der Spekulationswut im Grundstücks- und Häuserverkauf aufgeräumt werden sollte. Wir waren uns aber schon damals darüber klar, daß auch das genau in demselben Wege liegt, wie man ihn vom Staate aus durch Zwangsverordnungen und Gesetze im Laufe des Krieges gegangen ist, und daß wir damit wesentliche Besserung wohl nicht erreichen werden, denn durch Gesetze, Verordnungen und Dekrete wird man auch in diesen Dingen sehr wenig anfangen können. Auch hier handelt es sich darum, daß wir durch eine Organisation der Mieter und Vermieter, durch wirtschaftliche Selbstverwaltungs-körper-schaften, die gegenseitig an den Dingen interessiert sind, grundlegend Wandel schaffen, und auch das ist wieder Sozialisierung, nicht Verstaatlichung und nicht Verstaatlichung, sondern wirtschaftliche Selbstverwaltung deder, die an diesen Fragen unmittelbar interessiert sind, und das sind im Wohnungs-wesen die Mieter und Vermieter. Ich will an dieser Stelle darauf hinweisen, daß wir auch in den nächsten Tagen oder Wochen ein sogenanntes Heimstätten-gesetz bekommen sollen, das in grundlegender Weise das ganze Wohnungs-wesen auf die Grundlage der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, auf die Grundlage einer sozialisierten Wirtschaft stellen soll, und ich möchte Ihnen, heute schon sagen: Seien Sie sich darüber klar, daß in diesen Fragen auf keinen anderen Wegen etwas Wesentliches gemacht werden kann

als durch vollständige Umstellung der ganzen bisherigen Privatwirtschaft auf wirtschaftliche Gemeinwirtschaft und wirtschaftliche Selbstverwaltungskörper-schaften.

Nur nur ganz kurz auf die Kommunalisierungsfrage hinzuweisen: Als das Reich sein Kommunalisierungs-gesetz herausgegeben hat, da haben verschiedene Bäcker, Schlächter usw. auch in Karlsruhe erfahren: Jetzt sollen technisch und organisatorisch, wenn die Gemeinde es für gut findet, gewisse Betriebe der Bäckerei, Schlächtereier usw. zusammengelegt werden, weil eben die Erhöhung der Brotpreise, die Erhöhung der Fleischpreise und all diese Dinge immer mehr und mehr damit zusammenhängen, daß der eine kleine Betrieb mit seinen mangelhaften technischen Einrichtungen, der noch heute diese großen Löhne zahlen muß, die nach dem Tarifvertrag gezahlt werden müssen und dabei nicht imstande ist, noch um diese Preise zu wirtschaften, daß er einfach die Preise weiter erhöhen muß, während diesen Dingen der Weg verbaut werden kann, wenn auch hier genossenschaftlicher Zusammenschluß stattfindet, wo man in der Wirtschaft gemeinschaftlich arbeitet und nicht jeder nun nur seine Betriebskosten herauszuschlagen sucht, nicht jeder nur seine Aufgabe allein erfüllt. Es ist vorgekommen, daß Karlsruher Metzger nicht unterlassen konnten, den Hausfrauen die in der Metzgerei Fleisch gekauft haben, zu sagen: „Nehmen Sie sich in acht, wenn jetzt die Kommunalisierung kommen soll!“ — und sie gaben ihnen ein Flugblatt beim Einkauf ihrer Waren, worin diese Dinge standen — „Dann ist es aus damit, daß wir Ihnen hinterherum Fleisch liefern können; darüber müssen Sie sich klar sein.“ Das hat man hier in den Geschäften den Hausfrauen anlässlich der Beratungen damals in den Ausschüssen in Weimar gesagt. Ich muß doch sagen: Leute, die in der heutigen Lage diese großen Entscheidungen der Reichs- und der Landesnationalversammlung benutzen, um auf solche Weise Stimmung in dem Konsumenten-volk der Hausfrauen draußen zu machen, sind den Aufgaben, die die Wirtschaft heute an uns stellt, nicht gewachsen, und sie verdienen absolut nicht, daß wir in der Gesetzgebung und überhaupt in der Beratung dieser Dinge irgendwelche Rücksicht auf sie nehmen (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten; denn heute kommt es nicht darauf an, ob der eine Metzger dadurch, daß er hinterherum Fleisch verkauft, etwas mehr daran verdient, als offiziell zugestanden ist, und sich dadurch selbst stärken und sich selbst vorwärts helfen kann, sondern es kommt darauf an, ob diese Dinge mit den Preisen noch so weiter gehen können oder ob wir da nicht grundlegend Wandel schaffen müssen, dadurch daß wir eben Wege aufzeigen, bei denen dieses ständige Höhersteigen und Höherpressen der Preise vermieden werden kann (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten).

Nun, das kann tatsächlich auf allen Gebieten, wie ich vorher schon bei dem Ernährungs-wesen gezeigt, wie ich bei dem Wohnungs-wesen angedeutet habe, nur im Kleinen durch die Genossenschaften geschehen. Nicht umsonst haben große sozialdemokratische Führer gesagt: Die Genossenschaften sind die Organisationen, in denen die Sozialisierung von unten her stattfinden muß, und wenn die Sozialisierung der Großindustrie und der Großfinanz durch die Verstaatlichung der großen Institute stattfinden muß, so muß die Sozialisierung und die Gemeinwirtschaft in diesen kleinen Dingen des Alltags, in dem Ernährungs-wesen, Wohnungs-wesen usw. wesentlich auf dem Boden der Genossenschaften aufgebaut werden (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Wir haben aber auch in Baden verschiedene Industrien, bei denen wenigstens einmal daran gegangen werden kann, wenn auch nicht positiv vielleicht gesetzgeberisch vorzugehen, so doch einmal sich zu fragen, wie auch in der Industrie sozialisiert werden kann. Ich erinnere daran, daß das Arbeitsministerium sich mit dem Gedanken trägt, unsere badische Hartsteinindustrie zu sozialisieren. Ich will Sie nur auf eines hinweisen. Ich habe mir in den letzten Wochen die Mühe gemacht, mir die badische Hartsteinindustrie etwas näher anzusehen. Ich war vor allem in den Schotterwerken, wie sie droben in Immendingen, in Mülhausen bei Singen, Engen, und dann unten bei Haslach sind. Ich habe mich in die Betriebe einführen lassen, vor allem in die Kalkulation dieser Betriebe, in die Preise, die der Staat bei Abnahme des Schotters bezahlt usw., und da habe ich, was man früher schon wußte, festgestellt, daß es möglich ist, daß von den Direktoren dieser Betriebe heute dem Staat für den Schotter, den er unbedingt für den Bau seiner Landstraßen, Kreisstraßen usw. beziehen muß, einfach Bucherpreise abberlangt werden, daß Direktoren in den Betrieben, die schon vor dem Kriege große Verdienste für sich herausgewirtschaftet haben, auch heute noch die Lage

des Staates dazu benutzen, hier für ihre Tasche aus dem Staat Gewinne herauszuwirtschaften (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten). Daß ein solcher Zustand unhaltbar ist, bei dem der Staat den Schotter, das Material für die Straßen, die er heute baut, von Privatunternehmungen, die dabei ihren Profit machen, beziehen muß, ich glaube, das leuchtet jedem ein. Das stammt noch aus Zeiten, wo der Staat eben kein Wirtschaftsstaat war, wo der Staat sich um die Erhaltung von Straßen und ähnlichen Dingen eben nicht zu kümmern brauchte, wo es Privatunternehmern überlassen worden ist, nicht nur dieses Material zu produzieren, sondern auch die Straßen selbst zu bauen. Nachdem aber der Staat Wirtschaftsstaat geworden ist, nachdem die Unterhaltung der Land- und Kreisstraßen und ähnliche Dinge zur Aufgabe des Staates gehören, geht es eben nicht mehr an, daß der Staat nun dieses Material von Privatunternehmungen bezieht, die noch ihren Profit daran zu machen suchen. Was kommt denn dabei heraus? Dabei kommt heraus, daß die ganzen Straßenmeister, daß die ganzen Land- und Kreisstraßenwärter und daß vor allem die Verwalter dieser Schotterwerke in Mühlhausen, Immendingen und Haslach — in Haslach ist es etwas besser — aber vor allen Dingen in Immendingen und in Mühlhausen, tatsächlich in ihrer Entlohnung auf ein Niveau gestellt sind, wie es heute einfach unmöglich sein sollte. Das kommt daher, daß der Staat, wenn er derartig hohe Gelder ausgeben muß, um nur das Material für den Bau seiner Straßen zu beziehen, eben seine Straßenwärter und Straßenmeister nicht so entlohnen kann, und daß vor allem auch diese Gesellschaften ihre Verwaltung nicht so bezahlen können, wie es sich gehört. Sie stauen vielleicht, wenn ich Ihnen sage, daß der Verwalter des Schotterwerkes in Mühlhausen bei Engen heute noch dafür, daß er von morgens bis abends im Werke steht, daß er von morgens bis abends für die Neueinrichtung des Technischen im Werke die Verantwortlichkeit trägt, noch nicht einmal 300 M. Gehalt monatlich von dem betreffenden Direktor und der Gesellschaft, der das Schotterwerk gehört, empfängt. Das sind auch in diesem Fall wieder Barone, es sind auch in diesem Falle wieder fürstliche Standesherrschaften.

Ähnlich liegen die Dinge auf dem Gebiete der Elektrizitätsindustrie. Auch da hat der badische Staat — trotzdem wahr-scheinlich die ganze Energiewirtschaft vom Reiche aus gemeinschaftlich wird verwaltet werden — bereits erkannt, daß doch auch wir in Baden hier, wenn auch nur mit Vorschlägen, positiv vorgehen können. Es ist auch hier dankenswert, daß bereits seit Wochen im Arbeitsministerium daran gearbeitet wird, die Wasserkräfte des Rheines und die ganze Elektrizitätsindustrie staatlich zusammenzufassen, um sie dann tatsächlich auch für den Staat und für die Gesellschaft nutzbar zu machen.

Es gibt noch viele Gebiete, auf denen man zeigen könnte, daß bei der heutigen Wirtschaft nach diesen Friedensbedingungen, die wir eingehen mußten, einfach die rücksichtslose Initiative und Energie nicht mehr maßgebend sein kann. Ich möchte hier, weil es mir verschiedentlich von einzelnen Seiten zugerannt worden ist, gerade darüber noch ein Wort sagen, ich habe zwar schon zu Anfang von diesen Dingen gesprochen. Wenn Sie glauben, daß die Sozialdemokratie und daß der Sozialismus daran denke, aus einer sozialisierten Wirtschaft die private Energie und Initiative irgendwie ausschalten zu wollen, dann sind Sie vollständig im Irrtum. Niemand hat es mehr betont, wie die sozialdemokratische Literatur und auch gerade die sozialdemokratische Literatur von einem Land, das doch heute mehr als irgend ein anderer Staat bestrebt ist, seine Wirtschaft sozialistisch aufzubauen, nämlich Rußland. — Sie dürfen nur die Schriften von Trozki und Lenin und Anderen lesen —, daß gerade für die sozialistische Wirtschaft die private Energie und die private Initiative ausgenutzt werden sollen. Ich weise Sie nur darauf hin, daß der Vorschlag der Sozialisierungskommission in Berlin über die Sozialisierung unseres Kohlenbergbaus, auch derjenige, der ganz Unabhängigen Wallod und Silberding, gerade in der Beziehung darauf die Aufmerksamkeit richtete, daß denjenigen, die nun die Leiter dieser großen vergesellschafteten Industrielonzerne werden, entsprechend auch ein wirtschaftliches Interesse an der Leitung dieser großen Betriebe zugestanden werde. Darauf kommt es also nicht an, sondern darauf, daß wir die Profitwirtschaft des Kapitalismus für die Tasche des Einzelnen ablösen wollen durch die Gemeinwirtschaft für das Volk, für die ganze Gesellschaft und für den demokratischen Staat, der ja der Staat aller ist; daß wir denjenigen Weg, der bisher gegangen worden ist, nicht mehr gehen können, sondern daß wir gemeinschaftlich aufbauen wollen, ohne damit die Techniker und Ingenieure und die Intelligenz, die im Laufe der Jahrzehnte sich im Unternehmertum angehäuft haben, irgendwie ausschalten

zu wollen. Das sagen wir ja gerade nachdrücklich, daß Sozialisierung der Industrie uns nicht etwa bedeutet: Diktatur der Arbeiter und Ausschaltung der Intelligenz, die sich im Laufe der Jahre bei Unternehmern, Ingenieuren und Leitern angehäuft hat, sondern Ausschaltung der Profitwirtschaft des Großkapitals, aber Verwirklichung der Initiative und der Intelligenz des Einzelnen. Wenn manchmal von verschiedenen Parteien gesagt wird: Glaubt man, daß diese Kräfte, diese Intelligenzen, wenn sie nicht ihre persönliche Profitwirtschaft in den Vordergrund stellen, sich interessieren können, sich in den Dienst dieser staatlichen Wirtschaft stellen werden, dann ist es mir interessant, festzustellen, daß es oft gerade Leute von Parteien sind, die sonst immer den Mund voll haben von Idealismus (Sehr richtig! links), von der „Aufopferung des Einzelnen für die Gemeinschaft“, die aber in diesem Punkte sagen: Glauben wir ja nicht, daß bei Abschaffung dieser „egoistischen Profitwirtschaft des Einzelnen“ sich noch irgend einer in den Dienst der Gesamtheit stellt! Das glauben wir Sozialdemokraten eben doch, weil wir an den sozialen Instinkt des Menschen glauben, und weil wir daran glauben, daß Intelligenz, Initiative und andere Kräfte sich einer Wirtschaft auch dann noch zur Verfügung stellen, wenn sie nicht mehr für die Taschen einer Aktiengesellschaft oder eines Unternehmers arbeitet, sondern wenn sie für das ganze Volk und für die Arbeiterschaft tätig ist. Und gerade weil wir daran glauben, glauben wir auch, daß die sozialisierte Wirtschaft mindestens ebensoviel Intelligenz in sich begreifen und mindestens ebenso rentabel schaffen wird, als diejenige, die heute im Dienste von Einzelnen steht. Da liegen die Dinge doch anders. Da haben wir die großen Unternehmungen, die seit Jahren für die Taschen einiger weniger Kapitalisten gearbeitet haben, die positiv garnicht mitarbeiteten, sondern lediglich die Aktionäre dieser Betriebe sind (Sehr richtig!); und diejenigen, welche die Arbeit schaffen, ob sie nun Unternehmungsleiter oder Techniker oder Ingenieure sind, sind schon lang nicht an dem Gewinn beteiligt, den die kapitalistischen Aktionäre aus den Unternehmungen haben (Sehr richtig!). Diese Letzteren, die in dieser organisierten kapitalistischen Industrie groß geworden sind, werden sich nach wie vor in den Dienst derselben Betriebe stellen, weil sie ja persönlich an den Aktien dieser Aktionäre und an dem Nichtstun dieser Aktionäre nicht interessiert sind, im Gegenteil, sie werden sich sogar erst recht in deren Dienst stellen, wenn sie sich sagen: ich arbeite heute nicht mehr für den A oder B, der daraus seine Renten und Dividenden bezieht, sondern heute arbeite ich für den Staat, für die Gesellschaft; dasjenige, was positiv da herausgewirtschaftet wird, das verwendet nicht ein Einzelnr zu seinem Luxus, zugunsten einzelner Wohlhabender, sondern das verwendet der Staat für seine Sozialpolitik, das verwendet der Staat für Maßnahmen, die er für die Gemeinschaft, für die Gesellschaft, für das gesamte Volk zu ergreifen hat (Weißfall links).

Aus der Erkenntnis all dieser Dinge heraus hat die Landesversammlung der versammelten Arbeiterräte in Durlach, die am 3. Mai getagt hat, eine Resolution angenommen, worin sie dem Badischen Landtag und der Badischen Regierung die Forderung vorlegt, zu erklären, was sie im Rahmen des Reichsgesetzes für die Sozialisierung der Wirtschaft in Baden zu tun gedenke und vor allem, wie sie sich auch im Rahmen des Reichsgesetzes zu dem Problem der Räte, zu dem Problem der Arbeiterkammern stelle.

Und dazu möchte ich Ihnen zum Schluß noch kurz ein Wort sagen. Es dreht sich bei der sozialisierten Wirtschaft nicht nur, wenn auch heute gerade in erster Linie, um die Organisation der Produktion, sondern vor allem um eine vollständig neue Wirtschaftsverfassung. Genau so, wie die Diktatur von einer bestimmten Klasse in der Politik, wie im Heere die Diktatur des Offiziers seit dem 9. November beseitigt sein muß und beseitigt ist, genau so soll in der Wirtschaft die Diktatur des Unternehmertums beseitigt sein und unsere Wirtschaft demokratisiert werden.

Sie werden mir ja nun entgegenhalten: wir haben doch schon lange diese Diktatur der Unternehmer und des Unternehmertums nicht mehr gehabt, seitdem wir die großen Gewerkschaften hatten, seitdem wir die großen Organisationen gebildet haben, da war doch der Unternehmer nicht mehr sich selbst überlassen, sondern auch er und seine Verbände hatten sich an die Organisationen und an die Verbände der großen Gewerkschaften der Arbeiter zu halten. Ganz richtig; auch in dieser Beziehung ist innerhalb der Entwicklung des Staates zum Wirtschaftsstaat ein bedeutender Fortschritt gemacht worden. Aber, worauf es ankommt, worauf es vor allen Dingen

den geschulten, den fortschrittlich denkenden Arbeitern von heute ankommt ist nicht nur, daß er selbst in sozialpolitischen und sonstigen Dingen vermöge der Organisation der Gewerkschaft vom Unternehmer berücksichtigt wird, nicht nur, daß ihm mehr oder weniger ein Existenzminimum und ein menschenwürdiges Dasein garantiert wird, sondern daß er selbst als Produzent, als in erster Linie in Betracht kommender schaffender Faktor des Wirtschaftslebens mit am Aufbau der Wirtschaft, mit an der Organisation und Verwaltung unserer ganzen Volkswirtschaft beteiligt wird. Und diese Mitarbeit, diese Mitverantwortlichkeit des Arbeiters nicht nur im Betrieb, sondern in der Volkswirtschaft als Ganzes, die ist es, was in dem Ruf nach dem Räteystem seit Monaten zum Durchbruch gekommen ist und leider — das dürfen wir offen sagen, ich glaube, damit nichts auszusprechen, was nicht stimmt, vor allem nachdem ich die Erklärungen unserer Reichsminister in den letzten Tagen in Berlin und Weimar gelesen habe, — hat die Reichsregierung zu spät diesen Sinn des Rätegedankens aus der Revolution erkannt. Es sind Streiks im Ruhrgebiet, Streiks in Schlesien und Streiks in Berlin ausgebrochen, die zum großen Teil unnötig gewesen wären, wenn man rechtzeitig dieser aufstrebenden, revolutionären Arbeiterschaft gesagt hätte: Ihr sollt mitmachen am Werke des Aufbaus, Ihr sollt mitmachen neben dem Unternehmer am Aufbau der Produktion und der Verwaltung der Wirtschaft; wir wollen in der Verfassung in der Tat eure Mitarbeit gesetzlich festlegen. Es ist vor einigen Tagen von maßgebenden Leuten zugegeben worden, daß erst auf Grund der Verhandlung mit den streikenden Arbeitern und des Sinnes des revolutionären Willens, der sich in den Verhandlungen bekundet hat, die Reichsregierung den Schritt getan hat, die Arbeiterschaft zum Aufbau beizuziehen, indem sie das Räteystem mit in die Verfassung aufgenommen hat. Dadurch bekommt unsere neue Reichsverfassung ein Antlitz, das noch keine Verfassung eines großen europäischen Staates besessen hat. Denn während bisher erst in allen Verfassungen durchweg nur die politischen Rechte des Staatsbürgers festgelegt waren, so ist damit, daß in § 84a die Schaffung von Wirtschaftsräten und Arbeiterkammern, die Mitarbeit der Arbeiter in Industrie und Handel festgelegt ist, dokumentiert, daß in der Revolution vom 9. November nicht nur die politische Demokratie, sondern auch die soziale Demokratie geschaffen ist, und daß der Arbeiter nicht nur politisch gleichberechtigt ist, sondern daß jeder, der Arbeiter ist, ob er Industriearbeiter oder Landarbeiter, Beamter oder Angestellter, Kopf- oder Handarbeiter ist, positiv im Wirtschaftlichen mitarbeiten soll. Und damit ist gleichsam ein Grund gelegt für die soziale Entwicklung, die wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten in ganz Europa und darüber hinaus bekommen werden (Abg. Maher-Karlsruhe: Na, na!). Na, na? Ganz bestimmt! Wenn Sie die soziale Entwicklung Englands in den letzten Wochen verfolgen, so werden Sie sehen, wie sehr Lloyd George vernünftiger als bei uns die Regierungen, die im Kriege und nach dem Kriege diese Dinge nicht richtig erkannt haben, der Forderung auf Mitarbeit der Arbeiter in einem Räteystem nachgegeben hat. Diese Dinge werden wir in Frankreich auch bekommen, und diese Entwicklung wird auch in Amerika nicht lange auf sich warten lassen, nur daß dort in Amerika die Demokratie mehr Nachgiebigkeit zeigen wird, als bei uns die Monarchie vor dem Kriege gezeigt hat (Widerspruch. Zuruf rechts: Abwarten!). Darum haben die Arbeiter, die draußen in Durlach die Resolution gefaßt haben, von der Badischen Regierung und dem Badischen Landtag eine klipp und klare Erklärung verlangt, wie sie sich zur Schaffung der Arbeiterkammern und zur Schaffung des Räteystems stellt.

In diesem Zusammenhang will ich eines offen und ehrlich sagen: Ich bin in den letzten Tagen auf dem Sozialistentag in Berlin gewesen. Da waren nicht die führenden Leute, wie man sagt, der Parteien beieinander, sondern vor allem die Arbeiter selbst. Und es hat sich da gezeigt, daß tatsächlich die Arbeiterschaft selbst von der ganzen Spaltung, die gerade in den sozialistischen Parteien heute zu verzeichnen ist, allerdings verhebt durch die beiderseitigen Führer, nichts wissen will, sondern daß sie dazu drängt, in irgend einer Form sich zu einigen (Zuruf rechts: Nun, dann setzen Sie Ihre Führer ab!). Das gehört nun allerdings . . . (Abg. Goehring: Gar nicht daher!). Man kann im Zusammenhang mit so großen Fragen auch einmal etwas sagen, was nicht gerade zu dem Thema gehört. Ich wollte Ihnen nur sagen, es hat sich da bei dem Kampf um das Räteystem, wo bekanntlich diese zwei Richtungen vorhanden sind — und das ist ganz gewiß etwas, was für uns eminent wichtig ist — nämlich ob die Arbeiterschaft

auf dem Boden der Richtlinien steht, die ihr gemäß der Reichsverfassung zunächst einmal die Mitarbeit von unten her zusichert, oder ob sie auf dem Gedanken der absoluten Diktatur des Räteystems stehen will — hat hat sich doch bei den meisten einsichtigen Leuten, die da waren, — und vor allem habe ich mich sehr gefreut, das auch von den Unabhängigen zu hören, die zwar in der Masse von großem Einfluß sind, aber nicht in der Parteibürokratie —, gezeigt, daß man zunächst entsprechend der geistigen Vorbildung der Arbeiterschaft und entsprechend der momentanen wirtschaftlichen Lage damit zufrieden sein will, was im großen und ganzen der Rahmen der Reichsverfassung an Mitarbeit der Arbeiter in Betriebs- und Wirtschaftsräten zugesichert hat. Es ist von sonst recht links stehenden Führern gesagt worden: Wenn wir uns auch für die spätere Zukunft den Umbau des Staates so denken, daß schließlich die ganze Gesetzgebung und Verwaltung in den Händen dieser Kammern des produktiv arbeitenden Volkes liegt, so sind wir doch der Überzeugung, daß wir wenigstens heute, wenn wir nicht alles über den Haufen werfen wollen, nur eines tun können, die Arbeiterschaft im Aufbau der Betriebs-, Landes- und Reichsräte und der Wirtschaftsräte, die soziale und wirtschaftspolitische Bedeutung haben, zunächst einmal mitarbeiten zu lassen. Wir sind überzeugt, daß erst dadurch, daß unsere Arbeiterschaft einmal mitarbeitet, daß sie die großen Fragen der Betriebsorganisation und der Finanzwirtschaft der Betriebe kennen lernt und verantwortlich in dieser Arbeit drin steht, die Leute und die Führer erzogen werden müssen — ich spreche immer im Namen derer, die das gesagt haben — und in Zukunft das arbeitende Volk einmal im Stande sein wird, das Schicksal des Volkes und des Staates in die Hand zu nehmen. Ich wollte Ihnen das sagen, um Ihnen zu zeigen, daß die Verheißung von gewissen Führern, denen daran liegt, sich als Führer einer gewissen Partei zu halten, von den Leuten erkannt wird. Das haben ihnen die Leute auf dem Kongress auch gesagt: Ihr habt uns verheißt, weil Ihr ein Interesse daran habt, eure Führerschaft zu behalten, wir Arbeiter haben das Interesse, mitzuarbeiten am Aufbau. Diese einsichtigen Elemente haben sich auf den Boden des Wirtschaftssystems, wie die Reichsverfassung es wenigstens in großen Zügen vorstellt, einigen können, und sind weggegangen vom Sozialistentag mit dem Vorhaben, diese Überzeugung bei ihren Gefinnungsgenossen zu verbreiten. Und sie haben erklärt: Wenn Ihr Führer Euch dagegen stemmt und aus Egoismus eine Sonderpolitik treibt, dann wird die Arbeiterschaft in ihrem Interesse über diese Führer hinweggehen. Ich will nicht sagen, daß es etwa nicht auch andere Gruppen gibt, aber daß wir Verständnis haben sollen, daß nach der Revolution vom 9. November die Arbeiterschaft eine neue Wirtschaft, eine Demokratisierung der Wirtschaft will, daß sie nicht nur im Parlament vertreten sein will, wo Gesetze gemacht werden, sondern daß sie vom Betrieb an bis hinauf in die großen Organisationen mit dem Staat an der Durchführung der Wirtschaft und der Erlassung der Gesetze mitarbeiten will. Und da möchte ich Ihnen als Mehrheitssozialist sagen, wir sind der festen Überzeugung: Wenn erst einmal unsere Arbeiterschaft in den Dingen drinsteht, wenn sie überhaupt erst einmal mitarbeitet an all den verantwortlichen Aufgaben eines Aufbaues der Volkswirtschaft, dann wird dieser ganze, oft sehr unklare Radikalismus, der sich heute in diesen Massen betätigt, sich ganz von selbst abschleifen und wird die Arbeiterschaft dahin kommen, wohin die Führer des Bolschewismus in Rußland heute schon gekommen sind, was Sie sehen, wenn Sie die Schriften von Lenin und Trotski lesen: Sie sind im Aufbau ihrer ganzen Wirtschaft und im Räteystem ganz genau auf die Grundlage gekommen, die heute in der Reichsverfassung als Mitarbeit vorgeschlagen ist. Und darum, sage ich, wollen wir verhindern, daß die Verschlagung der Wirtschaft und die Verschlagung des politischen und kulturellen Lebens bei uns kommt, wie sie in Rußland gekommen ist, wollen wir verhindern, daß die revolutionären Arbeitermassen auf demselben Wege — ob klar oder unklar — sich ihr Recht zu erkämpfen suchen. Wollen wir das verhindern, so können wir es nicht dadurch tun, daß wir uns gegen die neuen Gedanken stemmen, können wir es nicht dadurch tun, daß wir von Sozialisierung, von Räten und von Mitarbeit der Arbeiterschaft nichts wissen wollen, sondern können wir es nur dadurch erreichen, daß wir der Arbeiterschaft den Weg öffnen, um da, wo es notwendig ist, die Wirtschaft auf gemeinwirtschaftliche Grundlage zu stellen, und daß wir auch die Mitarbeit der Arbeiterschaft in dem Arbeiter- und Wirtschaftsräteystem — vom Lande hinauf bis zum Reich — heranziehen.

Und darum möchte ich den Rednern, die nach mir dafür oder dagegen hier sprechen wollen, einen Gedanken ans Herz legen

und sagen: Die Arbeiter, die als Landesversammlung in Dur-
lach diesen Gedanken aufgeworfen und mich gleichsam als
Sprecher hierher geschickt haben, erwarten, daß wenigstens aus
dem Munde der Mehrheit des Landtags der Wille hier aus-
gesprochen wird, den Geist der Zeit und das Drängen der Ar-
beiterschaft in dieser Richtung zu erkennen, den Willen, ihm
in dieser Richtung Wege zu öffnen, daß man bereit ist, die
Gemeinwirtschaft so weit zu organisieren, wie sie notwendig
ist im Interesse der ganzen Gesellschaft und aber auch im In-
teresse der Arbeiterschaft, und daß man aber auch bereit ist,
die Arbeiterschaft bis zum Letzten mitverantwortlich am Auf-
bau unseres Wirtschaftslebens heranzuziehen. Ich bin über-
zeugt, wenn das als Wille gerade dieser Volksvertretung hier
ausgesprochen wird, wird es uns ein Leichtes sein, wenigstens
die Einsichtigen unter den Arbeitern dahin zu bringen, daß
sie erkennen: Nur, wenn wir auf diesem Wege, auf dem Wege
positiven, praktischen Schaffens und organischen Aufbaus
gehen, nur dann werden wir auch in Zukunft für die Wirt-
schaft und für die Arbeiterschaft etwas erreichen, das errei-
chen, was wir wollen. Aber ich möchte davor warnen, die
Leute etwa dadurch abzustößen, daß man ihnen, verblümt oder
unverblümt, zu erkennen gibt, daß man — sei es aus Inter-
esse, sei es aus Unverständnis, sei es aus anderen Gründen —
weber von Räten noch von Mitarbeit der Arbeiterschaft noch
von Sozialisierung des Wirtschaftslebens etwas wissen will
(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

Zur Beantwortung der Interpellation erhält
das Wort:

Arbeitsminister Rüdert:

Die Frage der Sozialisierung hat in der Gegenwart zweifel-
los erhöhte Bedeutung erlangt. Sie ist entstanden aus der Er-
kenntnis heraus, daß die bisher herrschende Produktionsweise
die Wohlfahrt für die Gesamtheit der Bevölkerung nicht ge-
bracht hat. Im besonderen Maße drängte sich diese Erkennt-
nis während des Krieges auch solchen Bevölkerungsteilen auf,
welche bisher diesen Fragen gleichgültig oder ablehnend gegen-
überstanden. Gerade zu dieser Zeit kam es zum Bewußtsein
nahezu der gesamten Bevölkerung, daß die kapitalistische
Produktion sich in erster Linie unter dem Gesichtswinkel der
Rentabilität vollzieht. Die Bedarfsdeckung war dem Ziele der
Rentabilität unterworfen. Die großen Kriegsgewinne, die
Kriegsgewinnler und Schieber haben in den letzten Jahren ge-
radegu demoralisierend auf die Bevölkerung gewirkt. Im Zu-
sammenbruch Deutschlands haben diese nicht wenig beigetra-
gen (Sehr gut!)

Die Revolution im November 1918 galt nicht nur dem mili-
tärlichen und politischen, sondern auch diesem System. Es
soll dabei nicht verkannt werden, daß der Kapitalismus auch
seine geschichtlichen Verdienste in der ungeahnten Steigerung der
Produktionsverhältnisse hat. Allein er hat trotzdem die an
ein geknüpften Erwartungen nicht erfüllen können. Statt
Wohlfahrt und Freiheit hat er viel Not und Unfreiheit gebracht.
Er hat die Menschen von der Scholle weggerissen und sie wie
Ware in alle Weltteile verschickt (Sehr richtig!). Das Familien-
leben wurde massenhaft zerstört (Abg. Dr. Schofer: Lei-
der!). Frauen wurden meistens aus Not zu Millionen in die
Fabrik getrieben. Obwohl das kapitalistische System oft einen
Überschuß an Gütern erzeugte, hatten zu gleicher Zeit Millio-
nen der schaffenden Menschen trotz ihrer Arbeit nicht die
Möglichkeit, ihre dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen. Aus
diesem Zustande heraus entwickelten sich in steigendem Maße
politische und insbesondere wirtschaftliche Kämpfe. Die Wirt-
schaftspolitik der großen Kapitalkonzerne setzte sich immer
mehr in Widerspruch zur großen Mehrheit des Volkes.

Die Tage der unbeschränkten und ungehemm-
ten Kapitalvorherrschaft sind vorüber. Die Reichs-
regierung hat die gesetzliche Verankerung von Betriebs- und
Wirtschaftsräten bereits angekündigt. Die Arbeiter und An-
gestellten bekommen damit auf den Gang der Produktion er-
heblichen Einfluß. Die demokratische und konstitutionelle Pa-
trist hält damit in Deutschland ihren Einzug.

Was nun die Sozialisierung der Wirtschaftsbetriebe anbe-
trifft, so kann diese gewaltige Aufgabe im allgemeinen nicht
von jeder Gemeinde oder jedem Bundesstaat allein und für
sich unternommen werden. Das Reich als politische und wirt-
schaftliche Einheit muß daher in den Fragen der Sozialisierung
führend sein und den gesetzgeberischen Rahmen schaffen. In
diesem Rahmen wird auch die Badische Regierung im Interesse
der Wohlfahrt des Volkes mitarbeiten. Darüber hinaus wird

sie ernsthaft prüfen, wo in Baden die Voraussetzungen zur
Sozialisierung gegeben sind. Vorarbeiten hierzu sind im
Gange.

Der Sozialismus kann seine historische Aufgabe bei uns
aber nur dann erfüllen, wenn unsere deutsche Wirtschaft wie-
der auf festen Füßen steht. Kein Zweifel, der fürchterliche
Friede, den zu unterschreiben die maßlosen Sieger uns ge-
zwungen haben, legt den sozialistischen Idealen ungeheure
Hindernisse in den Weg. Diese Wirtschaft kann nur in harter
und planmäßiger Arbeit bei Zusammenfassung aller Kräfte im
Volke erreicht werden. Es ist eine Wahndee, zu glauben,
daß die Verwirklichung des Sozialismus durch Rutsche oder
wilde Streiks erreicht werden kann. Sozialismus heißt: plan-
mäßigste und zweckmäßigste Steigerung der produktiven Kräfte,
Ausschließung aller nutzlosen Arbeit, um unter Schonung der
menschlichen Kräfte das Höchstmögliche an Gütern zu erzeugen. Da
nur die Arbeit die Quelle alles Reichtums ist, kann der gegen-
wärtige Zustand unseres Volkes zu dem hohen Ziele nicht
führen. Nur die ganze und völlige Hingabe an den neuen
demokratischen Staat wird in allmählicher Umbildung aus der
Ära des Kapitalismus und Imperialismus dem Ziele ent-
gegenführen, das heute ungezählte Millionen beherrscht, dem
Ziele nämlich, daß die Arbeit und alle unsere Tätigkeit diktiert
sein muß von dem hohen sittlichen Gedanken: Immer und in
allem dem Gemeinwohl zu dienen (Lebhafter Beifall).

Im Verlaufe vorstehender Ausführungen hat H. Vize-
präsident M u j e r die Leitung der Verhandlungen über-
nommen.

Abg. Duffner (Zentr.):

Mit dem, was der Herr Minister soeben ausgeführt hat,
können wir einig gehen. Sie haben aus dem Beifall, der ihm
auch aus unserer Reihen zuteil geworden ist, das bereits er-
sehen können.

Der Herr Interpellant hat in seiner nach mehr als einer
Seite hin außerordentlich interessanten Rede warme Worte
gefunden, um die Notwendigkeit der Sozialisierung zu begrün-
den, ihre Entziehung und darzulegen, ihre Segnungen recht
kräftig hervorzuheben und die schädlichen Wirkungen, die sie,
wie alle derartigen Neuerungen auf dem Gebiete der
Sozialpolitik für das Volksganze haben muß, möglichst in den
Hintergrund treten zu lassen. Wir können aber manchem von
dem, was er gesagt hat, zustimmen, und wir begrüßen mit
ihm die Aussprache in diesem Hause, die zweifellos zur Klä-
rung dieser überaus wichtigen und schwierigen Frage führen
wird.

Der Herr Interpellant ist nicht auf Einzelheiten eingegan-
gen, und ich vermag nicht zu ergründen, wie es in seinem
Herzen in Bezug auf die Berücksichtigung bestehender berech-
tigter Interessen bei der praktischen gesetzlichen Durchführung
der Sozialisierung aussieht. Wenn er aber davon gesprochen
hat, daß die großkapitalistischen Machthaber bei der Verfolgung
ihrer Ziele über Existenzen hinweggegangen sind, Existenzen
zertrampelt haben, dann muß auch die moderne Gesetzgebung
sich wohl davor hüten, diesen Weg, der nur zum Zusammen-
bruch aller Wirtschaft führen würde, zu gehen (Sehr richtig!
beim Zentrum). Nur dann werden wir den anderen Weg
gehen — wir alle gemeinsam, wie wir hoffen —, der zu der
Wohlfahrt führt, die wir auch dem Neubau unseres Staats-
wesens wünschen (Abg. Dr. Schofer: Sehr gut!).

Aus den weiteren Ausführungen des Herrn Interpellanten
wie aus den Ausführungen der Regierung ist mit aller Deut-
lichkeit hervorgegangen, daß das Problem, das uns mit der
Sozialisierung gegenübertritt, ein außerordentlich schwieriges
ist. Und gerade die führenden Männer auch der sozialdemo-
kratischen Partei haben oft ihre warnende Stimme erhoben und
zur Vernunft gemahnt. Es geht eben mit der Sozialisierung
wie mit vielen anderen politischen Theorien: Wenn man sie
in die Praxis überführen will, dann stößt man auf Hemmnisse
(Sehr richtig! beim Zentrum), welche den gewissenhaften
und ernstesten Politiker und den Volkswirtschaftler veranlassen
müssen, die gesteckten Ziele erheblich zurückzusetzen (Sehr rich-
tig! beim Zentrum), wenn es ihm in erster Linie um eine nach-
haltige wirtschaftliche Besserung und nicht um einen augen-
blicklichen politischen Erfolg zu tun ist. (Sehr gut! Sehr richtig!
beim Zentrum). Der „Vorwärts“ hat ja im März — das ist
so lange nicht her — auch geschrieben — und das möchte ich
mir erlauben dem Herrn Kollegen Dr. Kraus zu sagen;
er wird es ja wohl wissen, aber ich darf darauf zurückkommen,
wenn er vorher so sehr gedrängt hat mit dem Hinweis auf die
Stimmung draußen — der „Vorwärts“ schrieb: „Die Soziali-

fierungsgesetze lassen sich nicht von heute auf morgen schaffen. Die gesetzgeberische Regelung einer solchen Materie stößt auf große Schwierigkeiten; denn je tiefer man in ihre Bearbeitung hineinsteigt, um so mehr Einzelfragen tauchen auf, die gestellt und beantwortet werden müssen. Und diese Einzelfragen sind es meines Erachtens, die das ganze Gesetz bestimmen müssen (Sehr richtig! beim Zentrum).

Wenn selbst Lenin, der mit seiner Vollsozialisierung das russische Wirtschaftsleben gründlich ruiniert hat, genötigt gewesen ist, seine wirtschaftspolitischen Dispositionen ganz erheblich zurückzuführen — und ich glaube ich befinde mich da in Übereinstimmung mit dem, was Herr Dr. Kraus vorhin ausgeführt hat, — dann dürfen doch wohl auch unsere deutschen Wirtschaftspolitiker Anlaß nehmen, aus diesen Vorgängen zu lernen (Sehr richtig! beim Zentrum). Das, was wir in Rußland gesehen haben und heute noch sehen, die Vorgänge in Ungarn und in München sind doch wahrhaftig ein Menetekel, das auch dem welt- und wirklichkeitsfremdesten sozialpolitischen Theoretiker ein Licht aufdecken und ihm zeigen sollte, wohin wir steuern, wenn wir diese nach ihrem ganzen Wesen rein sozialwirtschaftliche Frage lebendig nach politischen Gesichtspunkten behandeln (Sehr richtig! beim Zentrum). In München ist man ja wohl diesen Gedankengängen gefolgt, als die Regierung den Vorsitzenden des Zentralwirtschaftsamts, Herrn Dr. Neurath seines Amtes enthob. Dr. Neurath hat ja bekanntlich die Vollsozialisierung nach russischem Muster empfohlen und seine Maßnahmen in dieser Richtung haben in den Unternehmerkreisen der verschiedenen Wirtschaftsgebiete die größte Sorge ausgelöst. Und in der Tat: Die Durchführung der Vollsozialisierung, wie er sie anstrebte, wäre auch geeignet gewesen, selbst das in Bezug auf die Lebensmittelproduktion fast unerschöpfliche Land leistungsfähig, wirtschaftlich tot zu machen. Nach meiner Ansicht kommt deshalb auch der Amtsentsetzung des Dr. Neurath eine grundsätzliche Bedeutung zu, denn sie bedeutet den Bruch mit der Durchführung der Vollsozialisierung. Auch das gibt uns Anlaß, vorsichtig zu sein, und nicht zu glauben, daß von der Sozialisierung alle Heilung der bestehenden Nöte zu erwarten ist (Sehr richtig! beim Zentrum). Materielle Sozialisierung allein bringt uns diese Heilung nicht (Sehr richtig! beim Zentrum). Wenn sich die Menschen nicht menschlich näher kommen, die von unten und die von oben, dann wird sie nicht ein Instrument der Versöhnung sein, sondern nur die bestehende Klüft weiter vertiefen. Das Aufwerfen der Sozialisierungsfrage hat ja bereits nach verschiedenen Seiten hin eine tiefgehende Deumrahmung in die Bevölkerung hineingetragen, und nicht zu dem Ausgleich geführt, wie er gefordert und erhofft worden ist. In den minderbemittelten Schichten knüpft man an die Sozialisierung Hoffnungen, die geradezu utopisch sind, und die leider von gewissenlosen Agitatoren noch genährt werden. Man findet dort z. B. die Meinung vertreten, daß das sozialisierte, kommunalisierte, verstaatlichte oder enteignete Land nun stückweise an die Arbeiter verteilt werde; und mehr als einer hat sich auch seinen Haushaltsplan schon auf diese Zukunft hin eingerichtet. Nun geht es nicht rasch genug mit dem Verteilen; man murren, weil „dem stürmisch emporlodernen Verlangen des werktätigen Volkes nicht rasch genug Rechnung getragen werden kann“, wie der „Vorwärts“ geschrieben hat und mir scheint, es ist die heutige Interpellation auch eine Konzeption an diese Stimmung.

Andererseits liegt aber die Frage: Wirst du denn dein Geschäft, deinen Hof, deinen Betrieb überhaupt behalten können? Hat es noch einen Zweck, wenn du arbeitest und dieses und jenes noch schaffst? lähmend auf der Arbeit und der Initiative vieler Kreise des Bürgertums. Der Herr Abg. Dr. Kraus will das nicht, er hat sich gegen diese Erscheinung gewendet; es ist aber schließlich eine natürliche Entwicklung und in der menschlichen Schwäche begründet. Aber man begegnet — und das ist leider Tatsache — häufig genug dem Ausspruch: Ich lasse das liegen, ich fange das erst gar nicht mehr an, weil mir ja doch schließlich alles genommen wird. Diese Stimmung ist keineswegs allein in den Kreisen zu finden, die etwa Besitzer sogenannter für die Sozialisierung „reifer“ Betriebe sind, sondern sie ist auch im Mittelstande, und bei jenen, die sich von klein herauf gearbeitet haben, vorhanden. Aus diesen Kreisen heraus befürchtet man das schlimmste von der Sozialisierung und lehnt sie deshalb auch ab.

Dieser doppelte Druck hat denn auch dazu geführt, daß so viel goldene Arbeitsfreudigkeit in unserem Heimatland verloren ging, eine Folgeerscheinung, die unter allen Umständen tief zu beklagen ist, und ich meine, das Wort Sozialisierung würde sehr viel von seinen Bedenken, ich möchte fast sagen,

von seinem Schrecken, verlieren, wenn es draußen besser verstanden und wenn nicht so viel Mißbrauch damit getrieben würde (Sehr gut! beim Zentrum).

Der Herr Abg. Dr. Kraus hat eine Mahnung nach ganz links hinüber gerichtet. Ich glaube, es wird kein Fehler sein, wenn diese Mahnung auch von anderen Seiten noch in vermehrtem Maße beachtet wird (Zuruf!) Auf allen Seiten! Wenn die Sozialisierung ein Produkt der Entwicklung ist — und das soll sie doch wohl sein —, dann darf sie nicht überstürzt werden, dann dürfen die Regierungen auch nicht im Übermaße dazu gedrängt werden. Freilich scheint mir auch mit dem Wort Entwicklung mancher Unfug getrieben zu werden. Heute ist es doch bald so: Was man nicht definieren kann, das sieht man als Entwicklung an (Abg. Dr. Schofer: Sehr gut!). Sie ist immer da, wenn man sie braucht, selbst dann, wenn man ihr nicht einmal die Zeit läßt, sich wirklich zu entwickeln. Man spricht von Entwicklung und greift ihr bei jeder Gelegenheit vor. Da muß ich die Frage aufwerfen: Ist denn der gegenwärtige Zeitpunkt für soziale und wirtschaftliche Maßnahmen von solcher Tragweite eigentlich der richtige? (Abg. Dr. Koenigsberger: Höchste Zeit!). Ist es höchste Zeit? Gewiß, von politischen Gesichtspunkten aus angesehen, mögen Sie recht haben, Herr Kollege Dr. Koenigsberger! Vielleicht, weil die Revolution in den Tagen ihrer höchsten Sturm- und Drangperiode sie stürmisch gefordert hat und Sie jetzt nicht mehr zurück können. Insofern mögen Sie ja recht haben. Aber ich meine, in einer Zeit, in der der wirtschaftliche Zusammenbruch der Volksgemeinschaft vor der Tür steht, in der eine Vermögensabgabe im Rahmen der bevorstehenden das gesamte Volksvermögen bis zur Erschöpfung lähmt — denn das Geld wird zweifellos nicht nur von dem Entbehrlichen, sondern es wird auch von dem Notwendigen genommen werden müssen — in einer Zeit, in der unsere Besieger und Bedrücker die ganze deutsche Volkskraft für ihre Zwecke sozialisieren, da darf man vielleicht doch auch die Frage aufwerfen: Was ist in der gegenwärtigen blutig ernteten Zeit reif für die Sozialisierung, was wollen und was können wir sozialisieren? Man ist verleitet, die schmerzvolle Antwort zu geben: den Jammer, die Not, das Elend und das Leid! In einer Zeit, in der die Hebung der eigenen Produktion als Gebrauchsmittel und Zahlungsmittel oberstes Gesetz sein soll, da muß vorsichtig an Maßnahmen herangetreten werden, welche geeignet sind, das ganze Erwerbsleben, nicht nur das des Einzelnen, sondern auch das der Gesamtheit in seinen innersten Tiefen zu erschüttern. Wird aber durch ein rücksichtsloses Vorgehen bei der Sozialisierung noch der verbleibende Rest des Volkswohlfandes vernichtet, dann ist es auch mit der Volkswohlfahrt aus, namentlich dann, wenn nicht der Paragraph an oberste Stelle im Sozialisierungsgesetz gestellt und dann beachtet wird, der da lautet: Wiederaufnahme des ernstlichen Schaffens! (Abg. Dr. Schofer: Sehr gut!).

Es gibt zweifellos eine Reihe von Betrieben und Produktionsmitteln, die sich zur Bergesellschaftung, zur Verstaatlichung und Kommunalisierung eignen, dabei die bereits entpersönlichten Betriebe der Großaktienunternehmen usw. Wir sind aber auch auf den früheren Landtagen schon oft und immer wieder dafür eingetreten, im Verein mit anderen Parteien, daß die öffentlichen Verkehrsmittel, die natürlichen Kraftquellen usw. verstaatlicht werden sollen. Wir werden uns mit Monopolen befreunden müssen, die wir früher abgelehnt haben. Wie wir uns vom Zentrum zu diesen Fragen unserer Finanz- und Sozialwirtschaftspolitik stellen, das haben wir im Programm der badischen Zentrumspartei auch ausgeführt, wo gesagt ist, daß jene Großbetriebe des Handels und der Industrie, die heute schon Kraft einer kartellistischen Organisation eine Monopolstellung zugunsten weniger haben, entweder vom Staat und anderen öffentlichen Körperschaften selbst übernommen oder durch ein Kartellgesetz in den Dienst des Volkes gestellt werden müssen. Und bezüglich der Landwirtschaft haben wir dort ausgeführt, daß ihre hohe Bedeutung für alle Volkskreise im Kriege sonnenklar geworden sei, sie müsse so in die neuen Verhältnisse überführt werden, „daß ihre Produktionsmöglichkeit und Leistungsfähigkeit noch gehoben wird. Stadt und Land sind in gleicher Weise an der Lösung dieser Aufgabe interessiert. Die Ablösung und Aufteilung des unwirtschaftlichen Großgrundbesitzes wird aus diesem Gedanken von uns erstrebt.“

Die Sozialisierung aber wahllos ausdehnen auf alle Betriebe, auch auf die gewerblichen, auf die land- und forstwirtschaftlichen, in den Fehler des Schematisierens verfallen, das wäre nichts anderes als ein Experiment, das sich am neuen Volksstaate selbst schwer rächen würde (Sehr richtig! im Zentrum). Sozialisierung soll doch kein Umsturz des bestehenden

Wirtschaftslebens sein, sondern der Ausbau unseres Wirtschaftslebens. Gewiß, wir haben genug aufzubauen, was die letzten 4 grauenvollen Jahre des Krieges zerstört haben. Zum Versuchsobjekt ist aber unser in allen Schichten hungerndes und der Not preisgegebenes Volk nicht geeignet. Wir dürfen doch wohl von einem Versuch sprechen, da der ganzen Sozialisierungsfrage wirklich jede praktische Erfahrung abgeht. Experimentieren kann ein gesundes, nach innen und außen starkes, wirtschaftlich unabhängiges Volk und ein wirtschaftlich unabhängiger Staat, nicht aber ein krankes, betarntes Staatswesen.

Es ist uns eine Vorlage angekündigt. Wir warten sie ab und werden sie leidenschaftslos prüfen. Es wird von dem Geiste abhängen, der sie beseelt, welchen Eindruck sie macht und welche Wirkung sie auslöst. Ich hoffe, daß sie so ausfallen wird, was aus den Ausführungen der Regierung wohl auch hervorging, daß sie geeignet ist, Beruhigung ins Land zu tragen, daß sie eine wirklich soziale, volkswirtschaftliche, allen Ständen gerecht werdende, nicht eine politische ist. Meine Fraktion steht dem Geiste der Zeit, von dem Herr Abg. Dr. Kraus gesprochen hat, nicht fremd gegenüber. Sie wird jederzeit bereit sein, mitzuarbeiten, wenn uns die Sozialisierung in einer Form entgegentritt, welche den Interessen der Volksgesamtheit entspricht, und wir werden sie fördern, wo immer ihre Notwendigkeit begründet, wo immer sie berechtigt ist. Wir sind mit dem Herrn Interpellanten der Meinung, daß diese Frage keineswegs nur eine innere Angelegenheit der Sozialdemokratie sein darf, und wir werden danach auch unsere Stellung einrichten. Wir werden dann auch die Vorschläge machen, von denen Herr Kollege Dr. Kraus gesprochen hat, werden dann auch gegebenenfalls gemachte Vorschläge auf das Maß zurückführen, wie es nach unserer Ansicht für eine gesunde Gesetzgebung notwendig ist.

Was nun die Anwendung des Sozialisierungsgebanten auf den land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz anlangt, so dürfen wir hier von einer gewissen Sorge sprechen. Ich werde mich darauf beschränken, zu diesem Gegenstande noch einige Bemerkungen zu machen. Wenn die Vorlage kommt, werden wir weiter darauf eingehen können. Auf die anderen Punkte werden einige meiner politischen Freunde noch zu sprechen kommen.

Wenn ich sage, daß wir mit einer gewissen Sorge der Sozialisierung des land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitzes entgegensehen, dann darf ich wohl darauf hinweisen, daß in der Verfassungskommission bereits Vorschläge gemacht wurden, die dann ins Land hinausgetragen worden sind, welche auf eine Sozialisierung des Grundbesitzes in dem Sinne hinauslaufen, daß nur mehr ein landwirtschaftlicher Grundbesitz von 60 Morgen gestattet sein soll (Zuruf des Abg. Dr. Kraus). Gewiß, Herr Dr. Kraus, es ist sogar von verantwortlicher Stelle gesagt worden. Ja, das wäre denn doch russische Perestrojka-Politik, ich möchte fast sagen: eine Doktor Eisenhart-Politik an der der Patient zugrunde gehen würde (Abg. Dr. Schofer: Sehr richtig!), eine Politik, die doch lediglich von politischen oder theoretischen Anschauungen und zwar ohne irgendwelches Verständnis für die Wirklichkeiten des Lebens, die wirtschaftliche Gestaltung unserer badischen Heimat und ohne jede Berücksichtigung der üblen Folgen für die Lebensmittelproduktion im Lande geleitet sein würde. Ich muß schon sagen, — nehmen Sie mir das nicht übel —: Wer solche Vorschläge machen kann, der hat wahrhaftig keine Ahnung von den Grundlagen unserer badischen Landwirtschaft (Sehr richtig! im Zentrum). 60 Morgen Getreideland, 60 Morgen Gemüseland oder 60 Morgen Tabakland, das mag ein an und für sich sehr wertvoller Besitz sein. Ja, wird er wertvoller, wird er namentlich produktiver, wenn er sozialisiert ist? (Sehr gut! im Zentrum und bei der Deutsch-Nationalen Volkspartei). Die Frage ist von vornherein zu verneinen, weil er einmal teurer bewirtschaftet und, weil ihm das Eigentumsinteresse abgeht, unproduktiver und überhaupt schlechter bestellt werden wird (Sehr richtig! im Zentrum und bei der Deutsch-Nationalen Volkspartei). Dann ein Hof auf dem Schwarzwald bis zu 60 Morgen! Was stellt man sich darunter eigentlich vor? Das ist ja überhaupt kein Besitz, der als groß bezeichnet werden kann. Er wird vielleicht mühsam von seinem Besitzer bewirtschaftet; er wird ihn und seine Familie ebenso mühsam ernähren. Personal hat der Besitzer eines solchen Anwesens ja kaum. Der Besitz besteht auch durchaus nicht aus 60 Morgen leistungsfähigem und produktivem Acker- und Wiesenland. Da sind Weiden, da ist Reutfeld, da sind Kulturen und Wald dabei. Es kann ein armseliger Zwerghofbetrieb sein. Und nun kann man sich vor die Menschen draußen

hinstellen, die ein Glück von der Sozialisierung erwarten, und kann ihnen sagen: Jetzt wollen wir in unserem fortgeschrittenen Heimatlande Baden darangehen, solche Zwerghöfe zu schaffen. Die Sozialisierung — ist das nicht auch aus den Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Kraus herausgeklungen? — soll doch nicht einem Stande, soll doch nicht einer Klasse helfen, sondern sie soll der Wiederaufbau und der Ausbau des gesamten Wirtschaftslebens sein; sie soll nach den Ausführungen, die wir gehört haben, die Produktion stärken, also auch die Produktion der Landwirtschaft. Es geht ja von der Regierung und von den verantwortlichen Stellen, von Kommunalverbänden, von Konsumentkreisen ein Appell nach dem andern an die Landwirte hinaus: Arbeit intensiver, leistet mehr! Ja, glauben Sie, daß man das erreicht, wenn man leistungsfähige bäuerliche Betriebe und Großbetriebe einfach zusammenschlägt, wenn man sie auseinanderreißt? Betriebe, die bisher immer noch in der Lage gewesen sind, ein erhebliches Maß ihrer Produkte der Allgemeinheit zuzuführen. Glauben Sie, daß man jenes Ziel erreicht, wenn man anstelle dieser leistungsfähigen Betriebe Zwerghöfe setzen würde, die nach kurzer Zeit zusammenbrechen müßten, weil ihnen schon die natürlichen Grundlagen für einen dauernden Bestand fehlen? (Zuruf von sozialdemokratischer Seite). Herr Kollege Marum, ich hätte diese Sache nicht besprochen, wenn sie nicht gerade von Ihrer Seite in der Presse und draußen in Versammlungen zum Gegenstand der Besprechung gemacht worden wäre, und wenn man sich nicht gewissermaßen darauf festgelegt hätte. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) O ja, in einer Versammlung in Mannheim ist darüber gesprochen worden und einer Ihrer verantwortlichen Herren hat sich zu diesem System bekannt; darum wende ich mich dagegen. (Zustimmungsäußerungen rechts — Lebhafter Widerspruch auf der äußersten Linken, — Unruhe). Wenn das nicht der Fall wäre (Lebhafte Zwischenrufe, Widerspruch und Unruhe). Wenn das nicht der Fall ist, dann bin ich falsch unterrichtet; ich hatte meine Information der „Konstanzer Zeitung“ entnommen. Aber auch in der Verfassungskommission sind diese Vorschläge erhoben und es ist von diesen 20 ha, das sind 60 Morgen, geredet worden.

Ich meine, wir dürfen nicht daran gehen, eine derartige Politik zu machen. Denn das würde nach meinen Ausführungen — und Sie selbst (zu den Sozialdemokraten) geben das ja durch Ihren Widerspruch zu — der Allgemeinheit nichts nützen, sondern das müßte ihr zum Schaden gereichen. Wir müssen vielmehr in den gegenwärtigen Zeitläuften unsere land- und forstwirtschaft mit allen Mitteln stärken (Sehr richtig!). Wir müssen helfen, alles zu beschaffen, was ihr nötig ist, und was ihr nun jahrelang abgeht: Düngemittel, Futtermittel, landwirtschaftliche Maschinen usw., wie das auch Herr Kollege Dr. Kraus schon gesagt hat. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften haben in dieser Beziehung vieles geleistet und vieles getan und ich bin überzeugt davon, es bedarf einer weiteren Anregung nicht, daß sie ihre Organisation noch nach allen Seiten hin, soweit es möglich ist, leistungsfähig ausbauen (Abg. Dr. Kraus: Das habe ich ja angeregt!). Ich nehme es selbstverständlich dem Herrn Kollegen Dr. Kraus nicht übel, wenn er auch diese Anregung gegeben hat. Legen wir den größeren bäuerlichen Betrieben und dem landwirtschaftlichen Großbesitz die Pflicht auf, noch mehr als bisher ihre Aufgabe in Bezug auf die Sicherung der Lebensmittelbeschaffung zu erfüllen, aber erhalten wir ihn, soweit er nicht unwirtschaftlich ist. Geben wir ferner den kleineren und mittleren Betrieben die Möglichkeit, sich zu stärken und zu vergrößern, statt aus einer verkehrten sozialpolitischen Theorie heraus leistungsfähige bäuerliche Betriebe zu proletarisieren. Dann, und nur dann, wird man in der Lage sein, auch in der neuen Zeit von einer Wirtschaftspolitik zu reden, die imstande ist, durch Wiederherstellung geordneter, gesunder Lebensbedingungen für die Gesamtheit die Gesundung unseres kranken Volkstörpers herbeizuführen.

Wie ist es denn mit den seit dem Kriege entstandenen Zwerghöfen gegangen? Durch die Ernährungschwierigkeiten der letzten Jahre veranlaßt, haben sich eine ganze Menge von Leuten der Landwirtschaft zugewendet, die sonst in weitem Vogen naserrümpfend um die Gerüche des Stalles herumgegangen sind und mit Mißtrauen auf diejenigen heruntergesehen, welche die Stallarbeit verrichten mußten (Sehr richtig!). Sie hören aber heute schon aus diesen Kreisen heraus: „Wenn wir erst wieder im Laden kaufen können, was wir für Wagen und Kühe brauchen, dann lassen wir diese Landwirtschaft wieder verschwinden!“ (Sehr richtig!) Ich meine, auch das muß uns

wieder eine Mahnung sein, daß wir nicht Zustände schaffen, die nur vorübergehend sein können, die ungesund sind und die der Gesamtheit nichts nützen. Würden wir so verfahren, so wäre das nicht, wie Herr Dr. Kraus ausführte, indem er Dr. David zitierte: „eine Organisation der Produktion“, sondern es wäre das Gegenteil davon. Es wäre dann auch nur das Interesse des Einzelnen, nicht aber das Interesse der Gesamtheit gewahrt.

Auf die technischen Unmöglichkeiten einer derartigen „Sozialisierung“, die in der Landwirtschaft im Allgemeinen und in der Lebensmittelproduktion im Speziellen nur zur Katastrophe führen könnte, will ich in diesem Zusammenhange nicht eingehen. Nur zwei Fragen will ich noch kurz aufwerfen. Glaubt man, man bezwecke eine Hebung der Produktion, wenn man den Bauer, der heute als ein freier Mann auf seinem Hofe sitzt, zum Staatsarbeiter macht? Und glaubt man, man erreiche dieses Ziel, wenn an die Stelle der freien Wirtschaftsweise die viel teurere und langweiligere Staatsregie tritt? Wie die Erfahrung in diesen Dingen doch genugsam lehrt, wird das Gegenteil der Fall sein. Es ist deshalb bedauerlich, wenn, selbst von verantwortlicher Seite, Vorschläge gemacht werden, die nur geeignet sind, die Köpfe zu verwirren und unerfüllbare Hoffnungen zu erwecken. Um so mehr freue ich mich, aus dem vorhin erfolgten Zwischenrufe des Herrn Kollegen Dr. Kraus und auch aus den Zurufen, die von den sozialdemokratischen Banken gekommen sind, entnehmen zu können, daß man mit einer derartigen Politik nicht einverstanden ist. Diejenigen aber, die es angeht, bitte ich, die Rede des Herrn Dr. Kraus daraufhin nachzulesen: sie werden gerade in dieser Rede eine recht triftige Kritik derartigen agitatorischer Reden finden. In dieser Art der Sozialisierung — denn die rücksichtslose Aufteilung des landwirtschaftlichen, also auch des bäuerlichen Grundbesitzes wäre doch nichts anderes — läge übrigens auch ein scharfer Widerspruch mit der Haltung, welche die Sozialdemokratie schon seit langem den Kleingewerblichen Betrieben gegenüber einnimmt. Diesen gegenüber steht sie doch auf dem Standpunkte, daß diese Kleingewerblichen Betriebe, also auch das Handwerk, nicht in der Lage seien, die Welle der industriellen, namentlich der großindustriellen Arbeit und Entwidlung zu überdauern, daß sie weder leistungsfähig bleiben könnten, noch existenzberechtigt seien; ich bin diesem Gedankengang in der Unterhaltung mit Herrn Ihrer Partei schon oft begegnet und Ihre Literatur sagt uns das ja auch. Während man also auf der einen Seite die gewerblichen Zwergebetriebe, selbst mit Einschluß der notwendigen Wiederherstellungswerkstätten, ablehnt, sollen hier nach der Meinung mancher Herren von links landwirtschaftlichen Zwergebetriebe geschaffen werden (Abg. Dr. Kraus: Das habe ich aber nicht gesagt!). Nein, das haben Sie nicht gesagt, Herr Kollege, im Gegenteil; aber innerhalb Ihrer Partei bewegen sich viele Meinungen in dieser Richtung, und deshalb glaubte ich doch, Veranlassung zu haben, mich von dieser Stelle aus gegen die Meinungen wenden zu dürfen. Ich kann nur erfreut sein, wenn auch Sie eine derartige Politik als dem Volksganzen schädlich ablehnen.

Um aber Mißverständnissen vorzubeugen, möchte ich doch eines sagen: Wenn ich von Zwergebetrieben gesprochen habe, sprach ich nicht von landwirtschaftlichen Arbeiterbetrieben mit Kleintierzucht, die ich nach jeder Richtung hin gefördert wissen möchte. Es muß bei dem Bau von Siedlungen, von Arbeiterwohnungen unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß mit der Arbeiterwohnung Gartenland und womöglich auch ein Stück Feld verbunden ist, damit der Arbeiter nicht nur der unproduktive Miteßer ist. Er muß vielmehr in der Lage sein, auch einen Teil des für seine Familie notwendigen täglichen Brotes selbst zu produzieren. Der Achstundentag gibt ihm jetzt die Möglichkeit dazu, da ihm genügend freie Zeit bleibt, um an der vermehrten landwirtschaftlichen Produktion mitzuarbeiten. Ich bin auch durchaus kein Gegner der kleinen landwirtschaftlichen Viehhaltung, im Gegenteil, man soll sie fördern, wo immer es ohne Schädigung der bereits bestehenden Existenzen möglich ist. Aber, wie gesagt, das wahllose Zusammenschneiden bereits bestehender landwirtschaftlicher Betriebe auf eine beliebige festgesetzte Morgenzahl oder nach einem beliebigen Kapitalwert — der Herr Kollege Dr. Koenigsberger schüttelt den Kopf; lesen Sie die Entwürfe des Herrn Dr. Dieß nach, dort steht drin, es ist dort nur die Zahl ausgelassen — ich meine das wahllose Zusammenschneiden landwirtschaftlicher Betriebe unter Außerachtlassung der Voraussetzungen für eine nachhaltige und gesunde Wirtschaft wäre ein wirtschaftlicher Fehler, unter dem nicht nur die in der Folge vielleicht noch wohlhabenden Kreise, sondern in

allererster Linie das werktätige Volk zu leiden haben würde, und zwar in rascher Folge.

Die Sozialisierung des Waldes würde zum gleichen Ende führen. Der Wald ist für den Schwarzwaldbauern das finanzielle Rückgrat. Er gibt ihm die Mittel, über landwirtschaftlich wenig rentable oder ganz unrentable Jahre hinwegzukommen. Nimmt man den Bauern dieses Mittel, dann schneidet man ihm das Rückgrat durch, dann ist er wirtschaftlich geliefert. Der badische Privatwald ist übrigens, dank der Aufsicht der staatlichen Forstämter im allgemeinen gut und nachhaltig bewirtschaftet worden; wo es noch fehlt, da kann sehr nach dem Rechten gesehen werden, damit auch der Privatwald seine Aufgaben als Glied unserer Volkswirtschaft in vollem Umfang zu erfüllen in der Lage ist. Die Sozialisierung des Waldes aber gäbe dem größten Teil unserer heimischen Landwirtschaft, namentlich dem klimatisch ungünstig gelegenen Teil, den Todesstoß und nähme ihr die Möglichkeit, ihre Aufgabe als Versorgerin des Landes mit Lebensmitteln in ausreichendem Maße zu erfüllen. Sie würde also das Gegenteil dessen erreichen, was sie anstrebt, statt Hebung Schwächung unserer landwirtschaftlichen Produktion.

Herr Dr. Kraus hat die vielen Aufforderungen beklagt. Ich gebe ihm unumwunden recht, so weit es sich um Aufforderungen handelt, die lediglich vom Profitstandpunkt aus gemacht worden sind. In der Richtung ist auch auf dem Schwarzwald kolossal viel gesündigt worden (Sehr richtig!). Dort sind von großkapitalistischen Unternehmungen, von reich gewordenen Leuten Höfe niedergelegt und vorzügliches, produktives Land, Acker- und Wiesenland lediglich als Kapitalanlage aufgeforschet worden (Zuruf: Auch der Staat hat diesen Fehler gemacht!). Es wird mir zugerufen: „Auch der Staat hat diesen Fehler gemacht!“ Es ist auch das richtig. Wir haben auf früheren Landtagen uns aber oft gegen die Umwandlung produktiver landwirtschaftlicher Anwesen in Wald gewendet. Auf die Standesherrschaften will ich in diesem Zusammenhang nicht eingehen. Aber auch dort ist in einem Übermaß dieser Fehler gemacht worden. Ich darf aber auf folgende hinweisen, wenn Herr Dr. Kraus vorhin von üblen Folgen der Aufforstung gesprochen hat: Ich habe selbst in der Kommission des Landtags bei der Aufstellung des Vermögenssteuergesetzes den Antrag gestellt, daß die Bestimmung, nach welcher bei der Aufforstung von Reutfeldern eine Währliche Steuerfreiheit zugewilligt wird, in all den Fällen nicht angewendet werden solle, wo die Aufforstung Hand in Hand geht mit der Stilllegung eines landwirtschaftlichen Betriebes, und der Niederlegung der landwirtschaftlichen Gebäude, womit natürlich immer die Abwanderung einer Bauernfamilie verbunden ist.

Aber ich möchte doch sagen, so ganz allgemein darf man die Aufforstung nicht ablehnen. Wir haben droben auf dem Schwarzwald viele Reutfelder gehabt, die nicht nur im Interesse der einzelnen Besitzer aufgeforschet worden sind, sondern im Interesse der gesamten badischen Volkswirtschaft. Wir haben damit auch erreicht, daß die Landwirte eine intensivere Art ihrer Bewirtschaftung durchführen konnten. Durch die Aufforstung wurde der Betrieb mehr zusammengefaßt, deshalb nachhaltiger und billiger bewirtschaftet und dadurch gestaltete er sich auch produktiver. Zudem wurde dadurch die Kreditfähigkeit der Bauern ganz erheblich gestärkt. Im Zusammenhang mit dem, was Herr Dr. Kraus vorhin ausgeführt hat, wollte ich das nicht unausgesprochen lassen.

Ich lehre zur Sozialisierung zurück und da meine ich: In der Denkschrift des Fürsten von Fürstenberg und noch mehr in der Denkschrift des Prinzen Max von Baden, die uns übergeben worden sind, sind richtige Wege gezeigt, die zur praktischen Lösung der Sozialisierungsfrage führen können. Wenn diese beiden Standesherrn den Wünschen walddarmer Gemeinden nach Überlassung von Waldbesitz in wohlwollender Weise entgegenkommen, wenn landwirtschaftliches Gelände der Standesherrschaften, das bisher als ein ständiger Zankapfel im Eigenbesitz der Bauern eingeschlossen lag, diesen kaufweise überlassen wird, oder wo es vorgezogen wird, auf lange Dauer in Pacht gegeben wird, wo durch kluge Aufteilung eines Teiles des Besitzes kulturelle und soziale Aufgaben gelöst werden, wie das aus eigener Entschliebung vom Prinzen Max von Baden beabsichtigt wird — ich verweise auf die Anregung des Prinzen, eine landwirtschaftliche Musterfachschule in Salem droben, die er außerdem mit 100 000 M. ausstatten will, zu errichten, — dann scheint mir das doch anerkannt werden zu dürfen als ein Ausgleich der bestehenden Gegensätze. Ein derartiger Ausgleich, der uns gesetzgeberische Maßnahmen im ein-

zelnem Falle ersparen würde, würde auch versöhnend zu wirken im Stande sein.

Man hat die Sozialisierung ein Mittel zur sozialen Versöhnung genannt. Rücksichtslos durchgeführt, wird sie das nicht sein, weil sie einseitig ist, nur einen bestimmten Kreis von Besitzenden trifft und neben den Besitzlosen großen Reichtum und große Einkommen verschont. Sie faßt den Industriellen, sie faßt den Grundbesitzer, sie faßt schließlich den Handwerker, den Kaufmann und den Bauern, sie läßt aber frei den in sicherer Stellung befindlichen reichen Gelehrten, den Künstler, den Beamten, sie läßt frei den Mann der freien Berufe, die vielleicht über sehr hohe Einkommen verfügen; wer das Glück hatte, von seinen Eltern diesen Lebensstellungen zugeführt zu werden, der braucht nicht zu fürchten, daß er seiner Existenz verlustig geht. Diese Sorge lastet aber nicht nur auf den Existenzen eines latten Daseins, sondern sie lastet eben auch auf den Existenzen eines arbeitsamen und nicht auf den Augenblick sondern auf die Zukunft eingestellten Lebens. Die Vergleiche werden wohl nicht dazu beitragen, die Sozialisierten mit der Sozialisierung auszuöhnen, um so weniger als die Sozialisierungsabsichten — ich darf das im Hinblick auf die Ausführungen des Herrn Dr. Kraus sagen — bisher sorgfältig an den großkapitalistischen Schöpfungen der Welt, an den Trusts, der Börse und den Großbanken, vorübergegangen sind (Abg. Dr. Kraus: Weider!). Herr Dr. Kraus sagt „leider“, und er hat vorhin ausgeführt, daß das Reichsfaß sei. Ich weiß aber nicht, ob man dort die Hemmungen als überwindlich ansehen wird, die sich der Sozialisierung dieser Großunternehmungen entgegenstellen, und wir wollen sehen, in welcher Weise gerade dieser Frage auch bei uns nähergetreten wird. Aber es will mir scheinen, daß gerade dort weitaus größere soziale Aufgaben zu lösen wären als beim Land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz (Sehr richtig! rechts und beim Zentrum), der dem Volke gegenüber in den hinter uns liegenden schweren und langen Kriegsjahren doch wahrhaftig seine Pflicht erfüllt hat!

Ich schreibe, indem ich an die Weisheit appelliere, von der Herr Dr. Diez in der verfassunggebenden Nationalversammlung an dieser Stelle auch gesprochen hat, an die Weisheit von unten und von oben, und ich will das Vertrauen zu der Regierung haben, daß sie, unbetroffen von politisch-theoretischen Einflüssen, die nötige Weisheit nicht vermischen läßt, wenn sie an die schwere Aufgabe der Sozialisierung herantritt. Möge sie dabei nicht vergessen, wenn heute im Zusammenhang mit der Sozialisierung von den Interessen der Allgemeinheit die Rede ist, ein Wort, das heute auf sehr vielen Lippen schwebt, daß zu dieser Allgemeinheit auch das Bürgertum gehört (Sehr richtig! rechts und in der Mitte), das Bürgertum, das sich doch in seinen breiten Schichten ehrlich auf den Boden der neuen Verhältnisse gestellt hat. Ihm seine Existenz und Arbeitsmöglichkeit zu sichern, es als einen wertvollen Faktor im öffentlichen Leben zu erhalten, das muß doch wohl auch für eine Volksregierung eine pflicht- und verstandesgemäße Aufgabe sein, um so mehr als nach meiner festen Überzeugung diese Aufgabe gelöst werden kann, ohne daß der Aufstieg der Arbeiterklasse, den auch wir von der neuen Zeit erhoffen und erwarten, gehindert zu werden braucht (Beifall beim Zentrum).

Abg. Dr. Gothein (D. Dem. P.):

Ich weiß nicht, ob die gegenwärtige Zeitlage, die schlimmste aller Notlagen, der ganz geeignete Zeitpunkt ist, eine große akademische Debatte über die Frage der Sozialisierung zu entfesseln, so wie es Herr Dr. Kraus im ersten Teile seiner Rede getan hat. Ich glaube vielmehr, daß wir uns jetzt durchaus an die einzelnen praktischen Fragen zu halten haben.

Der große Zusammenbruch ist gekommen, aber mit der Katastrophentheorie, die die Sozialdemokratie früher entwickelt hat, hat dieser große Zusammenbruch, der von außen her veranlaßt worden ist, nichts zu tun. Das sozialdemokratische Programm, insoweit es eine Sozialisierung infolge innerer Katastrophen, Übersteigerung der kapitalistischen Wirtschaft, immer weiterer Übersteigerung der einzelnen Krisen in sich schließt, ist jedenfalls hier nicht anwendbar. Im Gegenteil. Wir müssen jetzt die Reste unserer Wirtschaft und unseres Wohlstandes zusammenhalten und bei diesem neue Aufgaben aufs sparsamste und aufs vorsichtigste versehen. Ich bin überzeugt: es ist das alte marxistische soziale Programm, das auf die Hochflut und auf die hohe Blüte des Kapitalismus Rücksicht nimmt, jetzt nicht anwendbar (Sehr richtig! rechts).

Herr Dr. Kraus hat ja, namentlich im zweiten Teile seiner Rede, eine große Fülle von praktischen Vorschlägen gemacht oder vielmehr angedeutet, und wir werden ja in den verschiedenen Kommissionen und bei den verschiedenen Gesetzen Anlaß genug haben, die Einzelheiten dieser Vorschläge zu prüfen. Ich stimme mit ihm vollständig überein, wenn er der Ansicht ist, daß man sich gerade hier vor Schlagworten hüten muß, wenn er anerkennt hat, daß namentlich von der linken sozialistischen Seite — der er nicht angehört — solche Schlagworte gegenwärtig in Hülle und Fülle debitiert werden. Seine eigene Rede habe ich vor allem dahin verstanden, daß er abwiegelt, abwiegelt gegenüber derartigen Schlagworten. Es hat sich das auch in den Worten ausgesprochen, die nachher Herr Duffner gebraucht hat und die ja Herr Dr. Kraus in sehr weitem Maße entgegengewonnen sind, immer in der einen Richtung: es heißt jetzt vor allem den Massen — den doch zum großen Teil irreführten und verheßten Massen — Vorsicht und Mäßigung zu predigen. Und die Rede von Herrn Dr. Kraus war — das will ich ohne weiteres und gern anerkennen — eine mäßige und war wohl auch nach dieser Seite hin gemeint. Denn wir dürfen nicht vergessen, wie es augenblicklich in Mannheim zugeht, wo nicht akademisch erörtert wird (Weiterleit), aber wo wir, von allen Seiten her, mit Mäßigung auftreten müssen.

Ja, ich verstehe sehr wohl, was die sozialdemokratischen Kollegen jetzt veranlaßt, diese Debatte einzuleiten. 40 Jahre lang und mehr ist die Sozialisierung in Aussicht gestellt worden, ist in Aussicht gestellt worden, daß sie kommen werde und daß sie kommen müsse. Und heute treten nun diejenigen, denen das so lange gesagt worden ist, vor ihre Auftraggeber hin, mit ihrem Schein, mit der Frage: „Was geschieht?“, und die Herren können nur antworten: „Es geschieht dasjenige, was geschehen kann“, aber dasjenige, was sie als möglich erklären, ist sicherlich nicht das, was so lange Zeit von ihnen erwartet worden ist. Die Wahrheit des Goetheschen Wortes macht sich jetzt wieder einmal geltend:

„Arbete du das Feuer hundert Jahr,
Fällt du hinein, frißt's dich mit Haut und Haar.“

Das Feuer ist jetzt da. Nun, ich will den Herren, und zwar vollständig aufrichtig, in jeder Weise wünschen, daß es ihnen gelingt, nach Möglichkeit mäßigend einzuwirken. Daß es notwendig ist, das habe ich auch aus den Worten des Herrn Dr. Kraus überall herausgehört, wo er sich so entschieden gegen die Verheßung erklärt hat.

Da hat nun Herr Dr. Kraus auf Russland hingewiesen und hat hingewiesen auf Lenin und Trotski. Ja, in den letzten Schriften von Lenin finden wir nicht nur, daß er, wie Herr Dr. Kraus meint, sich etwa auf den Boden stellt, wie ihn die Reichsverfassung annimmt, nein, da stellt er sich vielmehr auf den Boden der allerschroffsten kapitalistischen Maßnahmen (Sehr richtig! rechts und in der Mitte) und sucht in einer Weise, die ich bei Lenin in der Tat im höchsten Maße frivol finde, im einzelnen noch die Notwendigkeit der allerschlimmsten Maßnahmen des Kapitalismus zu rechtfertigen. Heranziehung von Prämien für höhere Gewinne und dergleichen werden hier in Aussicht gestellt, Wege also, die wir nicht gehen wollen und die am allerwenigsten die Herren von der Linken hier werden gehen wollen und werden gehen können, sind dort tatsächlich schon gegangen worden!

Der „Auf nach den Räten“ ist immer wieder hervorgehoben worden, und es wurde zu gleicher Zeit auch darauf hingewiesen, daß im Reiche alles, was möglich ist, um diesen Auf zu verwirklichen, geschehen soll und geschieht. Ich möchte hier aber doch vor allen Dingen das eine hervorheben, und ich glaube, da durchaus im Sinne meiner Parteigenossen zu sprechen: Innere Verwaltung der Fabriken, konstitutionelle Fabriken — gut! Es versteht sich das für uns auch ganz von selbst, nicht nur als eine Forderung der Zeit, sondern ich glaube wirklich, daß auch die Entwicklung vor dem Kriege schon dahin geführt hat; und ebenso wünschen wir erhöhten Einfluß der Gewerkschaften in der Gesamtordnung der Industrie. Ich glaube, in diesen Dingen werden wir uns sehr wohl und allgemein verständigen. Aber wenn die Arbeiter- und die Betriebsräte nicht bloß die innere Ordnung der Fabrik etwa mit beaufsichtigen, sondern sich auch in die Geschäftsführung in stärkerem Maße einmischen wollen, so würde ich das nach wie vor für ein großes Unglück halten. Aber ich kann mir nach wie vor nicht denken, daß Arbeiter- und die Bilanzen der Fabriken revidieren, die Aufträge, wie sie die Fabriken bekommen, verwirklichen sollen, und vol-

lebens, daß sie Fragen des Exports im geringsten in Frage sind, zu durchleuchten, daß sie in solchen Dingen Einfluß haben sollen. Also gerade auch hier heißt es: Vorsicht, Vorsicht ist jetzt in allen diesen Dingen dasjenige, was wir am notwendigsten haben. Weiter gehen aber allerdings doch wieder die Forderungen vielfach der Massen, wenn sie an die Arbeiterräte appellieren. Ich will Ihnen eine kleine scherzhafte Geschichte erzählen. Ich bin in diesen Tagen einmal in unserer Irrenklinik in Heidelberg gewesen, und da wurde mir ein Mann vorgeführt, der bei allen seinen Forderungen, wenn sie ihm nicht bewilligt wurden, immer sagte: und wenn das nicht geschieht, dann gehe ich zum Spartakus. Ich sagte darauf: Lassen Sie den Mann frei, wenn darin allein sein Wahn besteht. Denn so mancher hochhehrsamte Landbürgermeister hat nur genau das gleiche gesagt — Herr Duffner hat vorhin auch darauf angespielt —, sie drohen fortwährend: wir gehen zum Spartakus, wenn nicht aufgeteilt wird, wenn wir nicht dasjenige bekommen, was wir wollen. Dem müssen wir auch entgegenreten. Und da möchte ich vor allem sagen: Auch in der Landbevölkerung, der ihrer sonstigen Natur nach ruhigen und konservativen Landbevölkerung, müssen wir diesem Spielen mit dem Feuer, diesem Ruf: „Wir pflanzen unter Umständen die rote Fahne auf, wir wollen uns unsere Stücke holen“ entgegenreten. Ich glaube nicht, daß die Gefahr eines Bauernkriegs für uns sehr nahe liegt; aber gespielt wird mit diesem Gedanken unablässig.

Und damit komme ich auf die allerschlechtesten Art von Sozialisierung, die wir uns überhaupt denken können, ein schlechtes Programm, das auch in Kleinbürgerlichen Kreisen heutzutage, und vielleicht noch mehr als bei der Sozialdemokratie erörtert wird. Das ist die Abneigung gegen die größeren Vermögen, gegen die größeren Einkommen. Da habe ich dieser Tage eine Schrift von Freiburg glaube ich, von einem Freiburger jedenfalls, gelesen. Der möchte nun ohne weiteres die Grenze haben bei dem Vermögen, das er hat oder zu erwerben wünscht, darüber hinaus soll keiner etwas besitzen, darüber hinaus soll alles und jegliches sozialisiert werden. Das ist der Sozialismus des Philisters und zwar des allerkleinsten und dürftigsten Philisters. Demgegenüber muß ich schon sagen, ist ein Sozialismus, der die produktiven Kräfte ins Auge faßt und eine Neuordnung der Produktion will, unbergleichlich empfehlenswerter. Dahin würde es ja vor allem gehören, wenn man den Grundbesitz auf ein Minimum beschränkt. Nun habe ich gar keinen Anlaß, mich der Herren Sozialdemokraten — gegen die ich ja sonst hier polemisiere — hier besonders anzunehmen. Aber da glaube ich doch, daß Herr Duffner mindestens dasjenige nicht verstanden hat, was in der Verfassungskommission eingehend erörtert worden ist. Es mag draußen hin und wieder einer von jenen Philistern, deren es auch in der Sozialdemokratie über- und übergenug gibt (weiterheit. — Zuruf beim Zentrum: In der Regierungsvorlage steht es!), diese Forderung in Volksversammlungen aufgestellt haben, keiner darf mehr als 20 Hektar besitzen. Was aber in der Verfassungskommission erörtert worden ist, was in der Regierungsvorlage steht, ist etwas anderes. Dort ist gesagt, eine Enteignungsmöglichkeit soll vorhanden sein, wo solche Wirtschaften nicht intensiv bestellt sind. Das ist also eine Drohung, das ist ein Baumpfahl, der da aufgefällt wird, damit die Leute intensiv wirtschaften. Für sehr praktisch halte ich diese Drohung auch nicht. Aber jedenfalls die Meinung, welche Sie waren, stimmt nicht, Herr Duffner, daß die Herren, namentlich die Regierungsvorlage, alles auf 20 Hektar im Maximum bestimmt hätten. Das nebenbei gesagt!

Herr Dr. Kraus hat nun, — und ich freue mich darüber, — sehr scharf den Unterschied zwischen Verstaatlichung und Sozialisierung gezogen und hat sich gegen eine weitgehende Verstaatlichung ausgesprochen, vielleicht scharfer ausgesprochen, als wir Demokraten es tun. In unserem Programm, das wir vor den Wahlen ausgegeben haben, steht wörtlich: „Wir fordern Sozialisierung durch volle Verstaatlichung derjenigen Unternehmungen, die sich zu einer Monopolherrschaft auf Kosten der Gesamtheit der Verbraucher bereits entwickelt haben oder entwickeln können“. Nun, die Verstaatlichung ist in der Tat nicht dasselbe wie die Sozialisierung im richtigen Sinn. Verstaatlichung wird aber in der Tat überall da einreten, wo gemeinsame Grundlagen notwendig sind, auf denen nachher die individuelle Wirtschaft sich erst fruchtbar und frei entfalten kann. Diejenigen Betriebe oder diejenigen produktiven Kräfte in der Volkswirtschaft, die allen gemeinsam dienen, die im gemeinsamen Interesse liegen, sollen in der Tat in der Hand der Allgemeinheit bleiben, gerade deswegen, weil auf solche

Weise die persönliche Wirtschaft der Einzelnen erst recht gefördert werden kann. Die große Frage ist hier nur: welches sind derartige Betriebe? Denn wenn Herr Dr. Kraus nachher ins Einzelne gekommen ist, ist er doch wieder mit der Verstaatlichung gekommen, so, wie auch die Regierungsvorlage. Bei der Hartsteinindustrie — ich kenne die Verhältnisse in Zimmendingen nicht persönlich, aber ich kenne sie genau, habe sie auch wissenschaftlich bereits von einem meiner Schüler bearbeitet lassen — in der Hartsteinindustrie des Oberrheins und ebenso auch in der Hartsteinindustrie des Rheinlandes. Dort ist von einer derartigen Übertreibung des Staates und einer derartigen Ausbeutung nicht die Rede, und aus einem ganz einfachen Grund kann es gar nicht dazu kommen, weil nämlich hier der Staat selbst ein großes Werk erworben hat. Ob er es sehr rentabel betreibt, ist ja eine Frage für sich, aber jedenfalls zieht er damit von vornherein die Grenzlinie für die private Industrie. Ganz gewiß! Wo der Staat selbst der hauptsächlichste Abnehmer ist, soll er seine Hand mit im Spiele haben; das wird in den meisten Fällen ausreichen, eine vollständige Verstaatlichung ist dabei nicht notwendig. Denn wir müssen immer denken, daß die Hartsteinindustrie auch noch an andere Leute verkauft und zwar recht reichlich verkauft, und nicht bloß an den Staat (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), daß sie im übrigen auch an fremde Staaten verkauft, daß z. B. Württemberg auf unsere Hartsteinindustrie sehr stark mit angewiesen ist und daß infolgedessen eine Verstaatlichung seitens des badischen Staates doch ihre starken Bedenken hat. Dagegen soll der Staat mittun, er soll mithalten in jeder Beziehung.

In weitgehendem Maße sind Sozialisierungen vorgeschlagen worden auf dem Gebiete der Industrie. Ich bin der festen Überzeugung, daß auf diesem Gebiete und auf dem des Bankwesens Baden gar nichts tun kann, daß hier das Reich einziger und allein zuständig ist und daß infolgedessen dieses Vorgehen und dieses Vorarbeiten unsererseits an Arbeiten ins Leere ist. Worum kann es sich denn hier handeln? Herr Dr. Kraus hat mit großer Entschiedenheit, einer viel zu großen Entschiedenheit, auf die Bedeutung der Banken, des großen Finanzkapitals hingewiesen. Gewiß, es sind außerordentlich große Einflüsse, die diese auf die Industrie ausüben; aber man muß die Banken darauf ansehen, woher ihr Kapital kommt. Da ist es doch wieder die Großindustrie, die in ihnen vertreten ist. So ungeheuer ist ja gar nicht der Einfluß der Banken. Einer der führenden Bankiers hat mir einmal die Rolle, die die Bank spielt, dahin gekennzeichnet, daß sie vermittelt, damit dasjenige Geld, das in der Industrie verdient worden ist, auch wieder in der Industrie an anderer Stelle angelegt wird. Also tatsächlich sind nicht die paar Finanzgewaltigen in Berlin, die im Gegenteile nur die Geschäftsführer von anderen sind, die ausschlaggebenden, sondern in demselben Maße, wie unsere Großindustrie, zumal im Rheinland immer kräftiger geworden ist, sind es doch tatsächlich diese Industriellen, die hinter ihnen stehen. Eine Verstaatlichung der Banken würde bedeuten Verstaatlichung der Vermittlungstätigkeit und der Verschiebung des Kapitals. Wie das ohne eine absolute Vollsozialisierung der Industrie, von der wir Himmelweit entfernt sind, zurzeit mehr wie je, geschehen soll, ist mir unverständlich. Ich weiß nicht, wie man die großen Banken in Staatsbetrieb übernehmen kann. Wohl aber könnte damit ein anderes, nämlich die Verschönerung des Kapitals aus Deutschland selbst, noch weiter vollführt werden. Denn dann haben wir so wie so mit einer solchen zu rechnen, denn wir müssen eine Steuerpolitik fürchtbarster Art treiben. Die Steuerpolitik unserer Zukunft wird so sein, daß die Sozialisierung sich schon ganz von selber macht. Da wird das weitaus Meiste bereits eingezogen, und es ist eher die große Frage, in welcher Weise der Staat nachher das Kapital noch erhalten soll, damit das produktive, das wirklich tätige Kapital nicht vollständig durch ihn aufgejogen und nur in den Abgrund geworfen werde, in den Abgrund der Schuldenentilgung und in den noch viel tieferen Abgrund der Entschädigungen, die wir an unsere Gegner, unsere bisherigen Feinde zu leisten haben.

Wie es bei den Banken ist, so ist es bei anderen Sachen auch. Kohlen! Die Kohle soll sozialisiert werden. Hier glaube ich auch, es wird mit einer Sozialisierung ausreichen, und wir brauchen nicht zum Staatsbetriebe zu kommen. Den habe ich hier von jeher bekämpft und halte ihn auch in Zukunft nicht für angezeigt. Die Sozialisierung aber ist nötig. Das kann aber kein Einzelstaat machen. Wenn hier irgend ein Einzelstaat bei den Bergwerken vorgehen würde, so würde das nichts anderes bedeuten, als daß man ganz Wenigen eine Machtvollkommenheit über alle Anderen einräumte. Das

würde nichts anderes bedeuten, als daß man Preußen oder einer zukünftigen rheinischen Republik, die wir hoffentlich vermeiden werden, einfach eine ausbeuterische Vormundschaft über das ganze übrige Deutschland gewährte. Hier ist es also in der Tat notwendig, daß wir die Reichsgewalt auf alle Weise stärken. Hier kann und darf kein Einzelstaat für sich selbst selbständig vorgehen.

Und das gleiche dürfte nun auch, etwas modifiziert, bei der Elektrizität der Fall sein. Da können ganz gewiß die Einzelstaaten vorarbeiten. Aber daß die gesamte Kraftwirtschaft einheitlich für Deutschland geregelt werden muß und daß deshalb hier die Einzelstaaten doch nur die Beauftragten des gesamten Reiches sein werden und sein müssen, das liegt in der Natur der Entwicklung unserer Technik, die fortwährend mehr dahin geht, unsere einzelnen Reize zusammenzuschließen zu einem Ganzen. Das liegt auch in der gemeinwirtschaftlichen Natur der Benutzung, die gerade die Elektrizitätswirtschaft hat. Also diese Fragen sind in der Tat für uns zunächst akademisch, denn natürlich gilt genau dasselbe von einer etwa möglichen Sozialisierung der Versicherungsgesellschaften.

Dagegen ist nun sowohl von Herrn Dr. Kraus wie von Herrn Duffner mit vollem Recht immer wieder die Frage der Landwirtschaft in den Vordergrund geschoben worden. Diese Frage ist aber auch vorsichtig und doppelt vorsichtig zu behandeln. Nur 4 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe unserer gesamten Landwirtschaft sind Großbetriebe, nein, nicht Großbetriebe, sondern Großbesitz. Großbetriebe — das müssen wir uns klar machen — haben wir ja überhaupt so gut wie gar nicht. Die großen Grundherrschaften, die Standesherrschaften haben ja ihr gesamtes Land, sei es in sehr vielen Kleinparzellen oder in einigen Mittelhöfen abgegeben, denn anders können wir diese Höfe, die im Maximum 100 ha betragen, doch nicht nennen. Wir haben also in der Tat Großbetriebe in Baden nur — und das ist amüsant — bei der Domäne. Wir haben sie nur auf den großen Domänen, die an Baghäuser an die Zuckerrüben verpackt sind. Diese sind aber so vorzüglich bestellt, und es ist so außerordentlich notwendig für uns, eine Zuckerindustrie im Lande zu erhalten, daß wir gerade hier zwar mit einer gewissen Schwächung vorgehen können, wo es notwendig wird, den umwohnenden Gemeinden noch Land zu Gebote zu stellen, aber mit einer Aufteilung, mit einer Vernichtung dieser Großwirtschaft nicht vorgehen können. Ich habe mir jetzt in dieser Zeit die Verhältnisse auf diesen Gütern genau angesehen und kann da nun leider wieder nur bestätigen, daß der Kleinbetrieb, so fleißig, so arbeitsintensiv er ist, hier nicht entfernt dasjenige herauswirtschaftet, was mit der Maschinenbearbeitung, der Kapitalzuführung und dem guten landwirtschaftlichen Systemumtriebe, der hier vorgenommen wird, die Großwirtschaft leistet. Also an und für sich aus Betriebsrücksichten haben wir mit einer Aufteilung und einer Sozialisierung des Großgrundbesitzes nicht zu rechnen, sondern ganz im Gegenteil haben wir zu wünschen — das ist auch von den beiden Herren Vorrednern hervorgehoben worden —, daß wir die Kleinwirtschaft zusammenheben und ihnen etliche Vorteile der Großbetriebe — bei allen ist es nicht möglich — allmählich zu Gebote stellen. Und da — ich könnte ja sagen, mit einer gewissen Ironie können wir das von unserer Seite konstatieren — sind die Herren Sozialdemokraten auf dasjenige Heilmittel zu sprechen gekommen, was wahrhaftig nicht sie, in früheren Zeiten, wohl aber andere unablässig empfohlen haben, nämlich auf stärkere genossenschaftliche Zusammenfassung (Sehr richtig! bei den Demokraten). Das ist in der Tat für uns auf allen und jeglichen Gebieten das Entscheidende. Wenn ich mir den positiven Gehalt der Rede von Herrn Dr. Kraus überlege, so war es eine Genossenschaftsrede. Überall und überall im Betrieb, in der Konsumtion, im Häuserbau usw. ist er immer wieder auf dieses Heilmittel „Genossenschaft“ gekommen. Nun, ganz gewiß ist das auch unser Programm, und ich kann wohl sagen — und darüber freuen wir uns — es ist jetzt das allgemeine Programm. Es im einzelnen durchzuführen, das ist aber eine recht schwere Aufgabe, denn jedes dieser Gebiete zeigt wieder ganz verschiedene Zugänglichkeiten für die Genossenschaft, und in jedem einzelnen Falle muß die Genossenschaft auch deshalb anders ausfallen. In diesem Punkte haben wir eben doch schon sehr vieles; gerade auf dem Gebiete der Landwirtschaft haben wir das Beste, und da können wir einsetzen und brauchen nur weiter zu entwickeln. Da brauchen wir gar nicht prinzipiell etwas Neues zu schaffen, sondern wir sollten nur die Kompetenzen unserer bestehenden Genossenschaften und Genossenschaftsverbände erhöhen und

ihnen neue Aufgaben nur noch in stärkerem Maße zuschieben. Da bin ich auch der Überzeugung, daß der Staat in der Tat durch gewisse, ich will nicht sagen Zwangsmaßnahmen, aber doch unter starkem Druck, noch sehr viel tun kann. Hier werden wir in der Tat das Ziel erreichen, mit dem wir alle einverstanden sind, daß wir vor allem unsere Rohproduktion erhöhen müssen. Wir müssen jetzt in Zukunft auf eine mögliche Steigerung unserer Rohproduktion sehen. Wir müssen sogar die Frage der Reiserträge, der reinen Rentabilität, in privatwirtschaftlichen Sinne betrachtet, etwas zurücktreten lassen. Nicht nur im Kriege, sondern auch jetzt in der nächstkommenden Zeit, müssen wir sehen, möglichst viel herauszuwirtschaften, d. h. für die Ernährung unseres Volkes und auch für die gesamte Weiterverarbeitung möglichst viel an Rohmaterialien zu schaffen.

Ich komme noch einmal auf diese Frage der Enteignung zurück. Da ist nun die Frage der Forsten ja vielfach von beiden Herren besprochen worden. Ich muß gestehen, ich denke da etwas skeptischer als sie beide. Ich wüßte nicht, was die Überführung der großen standesherrlichen Forsten in Staatsbesitz eigentlich für einen Zweck haben sollte. Der Staat würde sie absolut nicht anders bewirtschaften, als sie bisher bewirtschaftet werden. Im Gegenteil! Wir haben in der Verfassung die volle Entschädigung bei der Enteignung zugebilligt. Wir müßten demzufolge den Herren sehr, sehr große Kapitalien in bar herauszahlen, während wir eine sehr geringe Rentabilität — Sie wissen, wie gering sich im Ganzen die Forsten verzinsen — davon zu erwarten haben, und auf jene Kapitalien, wenn es auch hinterher durch die Vermögensentziehung wieder wesentlich bezimert wird wie alles Kapital, können wir eben nicht die Hand legen, es geht ins Ausland, denn wir werden die Kapitalflucht ins Ausland in Zukunft nicht verhindern können. Wir sollten also im Gegenteil darauf sehen, Großbesitzer im Lande festzuhalten, damit sie nicht auf diese Weise ihr Kapital nachher der einheimischen Volkswirtschaft entziehen. Schon aus diesem Grund, — ich will den historischen Grund, daß wir auch die Standesherrschaften mit ihren alten historischen Beziehungen zu ihren Landschaften erhalten sollten, gar nicht einmal anführen —, schon aus dem reinwirtschaftlichen Grunde allein ist es schon wünschenswert, daß wir diese Großbetriebe erhalten.

Nun haben sich ihre Forsten ganz gewiß im Laufe der Zeit außerordentlich vergrößert. Der Staat hat das übrigens selber getan. Ich finde die Sache nicht so ganz einfach, wie sie den beiden Herren meiner Ansicht nach erschien. Ich glaube, daß in der Tat in den meisten Fällen, wo Höfe eingezogen und zu Wald gemacht worden sind, es geschah, weil sie unrentabel geworden waren. Da ist die Frage, wie weit wir das jetzt wiederum rückgängig machen können. Das wird aber auch davon abhängig sein, wie weit nun derartige jetzt mit Wald bestandene Flächen wieder rentabel gemacht werden können. Es wird, glaube ich, in der Tat nötig sein, daß wir einmal unseren Forstbesitz gründlich einheitlich revidieren, daß wir eine ganz objektiv verfahrenende Kommission einsetzen, die zu untersuchen hat, wann sich eine Neuordnung vorteilhaft zeigen wird. Aber ich fürchte, daß die Ergebnisse gar nicht so sehr große sein werden. Ich glaube, daß auch dann noch in den weitaus meisten Fällen die Bauern, die nachher ein solches „gerodetes“ Gut bekommen sollten, sich selbst wenn sie's geschenkt bekämen, vielfach dafür bedanken werden. Wir sollten hier recht vorsichtig verfahren. Im Großen und Ganzen ist der Wald jetzt unsere beste Sparkasse, das im Wald stehende Kapital bedeutet so ungeheure Summen, bedeutet einen so ungeheuren Kapitalvorrat, daß wir froh sein können, denselben im gegenwärtigen Augenblick zu besitzen. Da sollten wir nicht von vorneherein die Bauernlegung, die auch ich im höchsten Maße bedauere, rückgängig machen, sondern wir sollten sehen, was für die Zukunft aus dem Walde herauszuwirtschaften ist.

Was nun den landwirtschaftlichen Besitz der Standesherrschaften anlangt, so kann der Staat, wenn er in größerem Umfang ihre Höfe einzieht, sie auch nur verpacken. Ich glaube gar nicht, daß die bürokratische Verwaltung des Staates sehr viel sozialfreundlicher sein würde, als diejenige der jetzigen Herren, der jetzigen Verwaltungen. Nein, mir scheint etwas viel notwendiger zu sein als die Einziehung: Wir scheint eine durchgängige Reform unseres Pachtrechtes notwendig zu sein.

Ich freue mich, daß in den Berichten, die von der Fürstlich-Fürstbergischen Herrschaft und vom Kringsen Mar gekommen

sind, eine solche Reform bereits in Aussicht genommen ist. Es ist ja heute auf Lloyd George verwiesen worden. Man hat uns auf seine Tätigkeit vor dem Krieg, wo er noch als deutschfreundlich anzusehen war, hingewiesen und auf die agrarfreundlichen Vorschläge; ich möchte nur einen Gedanken herausgreifen: Die Neugestaltung des Pachtrechtes. Viel mehr als in England wird bei unseren Verhältnissen eine sozialere Gestaltung desselben angebracht sein. Es ist nicht wünschenswert, daß wir auch noch in übermäßiger Weise das kleine Eigentum noch vergrößern. Alles in allem haben wir in Baden davon genug, aber es ist wünschenswert, daß wir die notwendige Menge von Pächtern, besonders von Kleinpächtern behalten. Denn sie sind der Vorrat, aus dem der kleine Landwirt auch bei verhältnismäßig geringem Kapital seinen Betrieb vergrößern kann. Für uns ist das Pachtien das in sozialer Beziehung Wichtigste. Auf solche Weise müssen wir vor allen Dingen dahin sehen, daß die wahnsinnige Übersteuerung der Pächten beseitigt werde, wie sie durch das Versteigerungsverfahren herbeigeführt worden ist. Das bringt auch die Übersteuerung der Güterpreise mit sich. Hier müssen wir einsehen, hier müssen wir mit der Sozialisierung kommen. Darüber werden wir in der Kommission uns bei Beratung der Gesetze des Genaueren zu besprechen haben. Auch hier wird genossenschaftliches Zusammenhalten von größter Wichtigkeit sein, sei es, daß die Gemeinden, sei es, daß die Siedelungsgesellschaften, sei es, daß die Pächter selber ihrerseits als Genossenschaften zusammengefaßt werden und hier einen Einfluß gewinnen.

Genossenschaftliches Wesen bedeutet Erfüllung mit genossenschaftlichem Geiste. Ich habe mich gefreut, daß hier der Herr Dr. Kraus besonders auch das eigene Interesse hervorgehoben hat — in einer Weise, die vielleicht auch als ein auf jener Seite gemachter Fortschritt zu bezeichnen ist. Er hat von Genossenschaften gesprochen, wie er sie in der Kriegszeit vermist hat, und hat bei Besprechung der Kommunalverbände hervorgehoben, hier wäre das eigene Interesse gar nicht in Betracht gezogen worden, sonst wäre es besser mit unserer Nahrungsmittelversorgung gestanden. Ich will auf diese Frage, die nun ja auch zurückliegt, nicht näher eingehen; in der Tat aber liegt der Vorteil der Genossenschaften darin, daß sie auf der einen Seite das eigene Interesse des Genossen vollständig berücksichtigen, insofern dieser der Genossenschaft aus der kühnen Erwägung heraus beiträgt, weil es hier tatsächlich für ihn vorteilhafter ist, ein Stück der Selbstverwaltung abzutreten, um das übrige in desto größerem, freierem Maße zu besitzen, daß aber trotzdem damit ein genossenschaftlicher, ein gemeinwirtschaftlicher Geist gepflegt wird. Das sind geistige Faktoren, die wir nicht entbehren können. Wir können uns nur freuen, wenn bei der Sozialisierung auf genossenschaftlichem Wege in unserem Wirtschaftsstaat, der eben nicht mehr bloß politischer Staat ist, dieser Gemein Sinn, dieser Bürger Sinn großgezogen und geschult wird (Beifall bei den Demokraten).

Im Verlauf obiger Ausführungen hat Präsident Kopf die Leitung der Verhandlungen wieder übernommen.

Arbeitsminister Rüdert:

Im Laufe der Diskussion ist darauf hingewiesen worden, daß in Mannheim von einem „Führenden der Sozialdemokratie“ eine Rede gehalten, und in dieser gesagt worden sei, daß im Laufe der nächsten Wochen ein Gesetz vorgelegt werden soll des Inhalts, daß alle Grundstücke, die größer als 20 ha sind, enteignet werden sollen. Ich habe mich nun bei den Herren verlässigt und festgestellt, daß ich diese Rede gehalten und daß ich darauf hingewiesen haben soll, alle Grundstücke über 20 ha müßten enteignet werden. Daraufhin habe ich mir den Wortlaut der Rede, wie er in der „Karlsruher Zeitung“ erschienen ist, verschafft, und da ist nun folgendes zu lesen:

„Baden wird gerne im Rahmen des Reiches mitarbeiten bei der Sozialisierung. Ja, unser engeres Heimatland wird selbst tatkräftig eingreifen. Schon nächste Woche wird eine Kommission für Sozialisierung in Karlsruhe zusammentreten — was übrigens unterdessen auch geschehen ist —. Es sollen Moor- und Oblandereien kultiviert werden. Ferner ist an die Sozialisierung solcher Grundstücke über 20 ha gedacht, die nicht rationell bewirtschaftet werden, um unseren fühlbaren Bedürfnissen auf diesem Gebiete gerecht werden zu können. Der Staat, die Stadt oder Siedelungsgenossenschaften sollen Eigentümer bleiben und die Grundstücke auf längere Zeit an die kleinen Landwirte verpachtet bzw. in Erbpacht gegeben werden, damit diese sie längere Zeit bewirtschaften können. Die gro-

ßen Grundherrschaften müßten ebenfalls beigezogen werden. Eine Land- und Siedelungsbank werde zu errichten sein. Das Ziel dieser Siedelung ist Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Wird das nicht erreicht, so hat die Sozialisierung keinen Wert. Weite Flächen müssen der Bebauung erschlossen werden. Aber auch hier kann nur schrittweise vorgegangen werden; Überfürlichungen brächten nur Schaden.“

Ich glaube, daß diese Ausführungen wohl etwas ganz Anderes sagen, als das, was vorhin hier in der Diskussion ausgeführt worden ist; im gegenwärtigen Augenblick darf ich also wohl auf weitere Ausführungen verzichten.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird ein Antrag des Abg. Marxum, hier abzubrechen, mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Es erhält alsdann das Wort:

Abg. Maher-Karlsruhe (D.-Nat. Vp.):

Es ist vor einigen Wochen in diesem Hause geschehen, daß ein Mitglied sehr nachdrücklich ausgerufen hat: „Die Masse schreit nach Sozialisierung!“ Natürlich schreit die Masse nach Sozialisierung. Seit mehr als 50 Jahren ist sie mit einem wachsenden Aufwand von Stimm- und Druckmitteln darauf hingewiesen worden, daß Sozialisierung, Internationalisierung und ähnliche schöne Dinge die Heilmittel seien gegen die Schäden dieser schlechten Welt (Sehr richtig! links), und daß in Sonderheit die Sozialisierung sozusagen das Allheilmittel darstelle. Und nun, nachdem die Masse zur Herrschaft gekommen ist und die Führer der Masse auf den Thronen sitzen, da trübt, und das ist ganz natürlich und begreiflich, die Masse zu ihren Führern hin und beruft sich auf ihre Zusage und verlangt die Einlösung des Versprechens. Sie wollen nun die Sozialisierung, und jeder einzelne will von der Sozialisierung auch seinen gemessenen Löffel voll. Man sieht aber recht deutlich, daß die Führer dieser Bewegung gegenüber in Verlegenheit geraten. Sie machen die Erfahrung, daß man Menschen, die man seit so und so viel Jahren in eine bestimmte Richtung gejagt hat, in 8 Tagen, auch in 6 Monaten nicht zurückspießen kann. Wir haben darin die Erklärung dafür, daß wir die Führer, von denen wir dachten, daß sie die ganze Macht in den Händen hätten, immer wieder davon reden hören, daß die Massen ihnen zu entschwinden drohen.

Für uns steht die Frage der Sozialisierung einzig und allein unter der Erwägung, ob die von der Sozialdemokratie uns angebotene Sozialisierung dazu helfen kann, uns aus dem großen Elend heraus zu retten, in dem wir uns jetzt befinden, oder auch nur aus einem Teil des Elends. Wir, meine Freunde und ich, wir verneinen auf das bestimmteste diese Frage und lassen uns in dieser Verneinung nicht dadurch irre machen, daß alle Welt von der Sozialisierung wie von etwas Natürlichem und Selbstverständlichem redet. Wir lassen uns auch dadurch nicht irre machen, daß man uns sagt, daß die Massen nach der Sozialisierung schreien. Denn, weiß die Masse, was Sozialisierung ist? Und wissen die Führer der Masse was Sozialisierung ist? Damit, daß man statt Sozialisierung „Nationalisierung“ oder „Vergesellschaftung“ oder sonstwie sagt, damit ist natürlich nicht gedient. Man möchte doch eine klare Vorstellung von dem haben, was Sozialisierung ist. Ist es etwa Verstaatlichung? Wir haben heute aus dem Munde des Herrn Interpellanten gehört, daß Sozialisierung und Verstaatlichung zwei ganz verschiedene Dinge seien. Aber wenn ich mir das vergegenwärtige, was gerade von der Linken her über Sozialisierung geschrieben wird, so kann ich mir das, was da vorgeschlagen wird, namentlich die Wege, die Maßnahmen, die Mittel, die man ergreift, nicht anders vorstellen, denn als eine Enteignung und Verstaatlichung; und man wird immerhin sagen können, daß die Verstaatlichung die Enteignung auf dem Wege der Sozialisierung liegt. Ist der Weg so verlockend, daß wir die Aussicht haben, auf ihm behütet zu sein vor dem, was jetzt immer wieder und, wie es scheint, in immer drohenderem Maße unser wirtschaftliches Leben erschüttern will, ich meine den Streik? Wir haben doch auch schon ziemlich viel Staatseigentum und Staatsbetriebe. Aber wir haben vor unseren Augen erlebt, daß gerade aus dem Staatsbetriebe, der doch der Weg zur Sozialisierung sein soll, der Streik keineswegs ausgeschlossen ist (Abg. Hertle: Sehr richtig!), so daß keine große Aussicht vorhanden ist, daß man auf dem Weg zu dem vielberühmten und anempfohlenen Allheilmittel komme.

Oder wir stellen uns die Sozialisierung vor in der Form gesellschaftlicher Vereinigungen, die namentlich die Sozialde-

mokratie besitzt, und die sich nur immer mehr ausbreiten müßten. Aber gerade in solchen Gesellschaften und, wir wissen, gerade in sozialdemokratischen Gesellschaften hat es immer wieder Streit und Streit gegeben und die Führer haben oftmals geklagt, wie schwer sie da zu arbeiten hätten. Sieht man die Forderungen an, die unter der Flagge der Sozialisierung auf den Tisch des Hauses niedergelegt worden sind, so läuft die Sache, wie ich glaube sagen zu dürfen, auf die Enteignung hinaus, in einer Form, die mit der Verfassung vielleicht nicht ganz in Einklang zu bringen ist. Man will einer Klasse besitzender Männer, den Fürsten von Löwenstein, von Fürstenberg und von Zwingenberg u. a. an die Krawatte gehen und das, was sie an Grund und Boden haben, nehmen. Man denkt, das ist ein sehr bequemes Mittel, um den Massen zu zeigen, daß man sozialisiere, und um sie wieder für eine Zeit lang zu befriedigen.

Tatsächlich fehlt es an einer klaren Vorstellung dessen, was eigentlich Sozialisierung ist. Es ist mir immer aufgefallen, daß Kautsky dort, wo er den Versuch macht, die Sozialisierung zu veranschaulichen, kein anderes Mittel findet, als hinzuweisen auf den russischen Mir und auf gewisse Zustände in südslawischen Volksstämmen. Warum hat er nicht auch auf die uns viel näher liegenden Zigeuner hingewiesen? (Unruhe links. Das sind doch alles rückständige Kulturzustände! (Hört, hört! und Unruhe links). Aus dem, was der Herr Kollege Dr. Kraus dazu gesagt hat, bietet sich für die Landwirte die Aussicht, daß wir wieder zu einer Art Helotentum zurückkehren, nur mit dem Unterschied, daß der Herr nicht ein persönliches Wesen sein wird, das doch immerhin ein Herz im Leibe hat, sondern ein Abstraktum, von dem man nie weiß, zu was für Entschlüssen es kommen wird (Abg. Dr. Koenigsberger: Die Allmendel). Andere wissenschaftliche Wortführer der Sozialdemokratie darf ich doch auch erwähnen. Ich erinnere, was Calwer neulich hat verlauten lassen in seiner Schrift über die Produktionspolitik, und ich darf mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten ein paar Zeilen vorlesen. Sie wissen, daß Calwer sich wesentlich gegen Rathenau und seine wirtschaftspolitischen Vorschläge wendet, aber auf der andern Seite auch vor Spartakus warnt und vor der Methode, mit der dieser das sozialistische Programm zur Durchführung bringen möchte. Bei dieser Gelegenheit sagt er: „Die Masse der Arbeiter, die auf die sozialdemokratische Lehre schwört, kann man nicht so rasch davon überzeugen, daß die Verwirklichung der Programmforderung gerade auf dem Gebiete der Berggesellschaftung der Produktionsmittel undurchführbar sein soll.“ Nachdem er betont hat, „daß die Befreiung der Arbeiterklasse nicht national sondern international durchzuführen sei“ — wir haben aber inzwischen an der Internationalität eine große Enttäuschung erlebt (Abg. Dr. Kraus: Kommt jetzt!) — Sie sind immer ein schlechter Prophet, Herr Kollege Dr. Kraus! — meint er, „Die Arbeiter sollen sich wohl klar machen, was das bedeutet, daß die Revolution in Frankreich, England und Amerika kommt“, und dann weiter von der Sozialisierungskommission, „sie hätte demnach allen Anlaß, ihre Tätigkeit bei der gekennzeichneten politischen Situation gar nicht erst zu beginnen“, um schließlich den Arbeitern zu sagen, daß dieser Teil des sozialdemokratischen Programms von der Sozialisierung der Betriebsmittel unzeitgemäß, unfruchtbar und überholt sei. Und Sie (nach links) werden Calwer nicht absprechen, daß er ein Führer der wissenschaftlichen Sozialdemokratie ist (Widerspruch bei den Sozialdemokraten). Sie machen es, wie man es oft macht: Unbequeme Zeugen streitet man ab. Ich möchte neben Calwer den Genossen Parbus stellen, der ja in seinen Briefen an die Arbeiter sich bemüht, die Arbeiter davor zu warnen, den Weg des Volksweltismus zu beschreiten, der sich aber zu gleicher Zeit auch bemüht, das Sozialisierungsbegehren des Arbeiters — und das ist sehr bezeichnend — hinüberzuleiten auf das Gebiet der kulturellen und der ethischen Fragen und Aufgaben.

Und wie steht es mit den politischen Führern? Es ist ja wohl der derzeitige Reichspräsident gewesen, der die Forderung der Sozialisierung eingeschränkt hat auf die „dazu reifen Betriebe“. Ich kann dahinter nichts anderes als eine Verlegenheitskunststückchen entdecken! Denn wer will es entscheiden, welche Betriebe dazu reif sind? Und werden Sie in diesem Zustande der Reife verbleiben, in dem Augenblick, wo sie sozialisiert werden? Wird nicht vielmehr der Fall eintreten, wo der Apfel verpestet ist, und man es dann beklagt, daß nichts anderes übrig bleibt als der Buken?

Was aber der Reichsminister Bissel kürzlich über die Sozialisierung gesagt hat, das darf ich Ihnen wohl auch vor-

lesen; es ist ein kurzes Wort „Unverkennbar“ — hat er sich gedankt, wenn ich mich recht erinnere, ist es im Reichstag gewesen — „unverkennbar ist es, daß die mit der Gemeinwirtschaft verbundene Zentralisation die Gefahr der Bürokratie in sich birgt und das Aufhören des Wettbewerbs zur Folge hat; damit wird dann die Feinfühligkeit für die wirtschaftliche Entwicklung, die Anpassungsfähigkeit und der Ansporn für den Fortschritt abgestumpft. Darunter leidet das wirtschaftliche Ergebnis.“ Bissel meint dann, daß man durch Selbstverwaltung dieser schlimmen Entwicklung vorbeugen könne. Er übersieht aber dabei, wie mir scheint, daß in dem Maße wie ein Betrieb sich an Zahl der darin Beschäftigten und auch räumlich ausdehnt, daß dann die Selbstverwaltung auf um so mehr Personen und vielerlei Instanzen gestellt werden muß und wir zur Bürokratie den Parlamentarismus bekommen, und daß Bürokratie und Parlamentarismus zusammengenommen der wirtschaftlichen Entwicklung erst recht nicht vorteilhaft sind.

Und endlich die Auffassung der Massen? Wir alle hören doch auch in mancher Erörterung, was die breiten Massen von der Sozialisierung halten und wie sie sie sich vorstellen. Sie machen sich das sehr einfach und lassen sich durch alle theoretischen Ausführungen des Herrn Dr. Kraus nicht belehren; sie machen sich das sehr einfach und sagen: „Sozialisieren heißt teilen, heißt aufteilen, heißt verteilen, so daß auch ich mein gehöriges Stück davon bekomme.“ Und es ist ganz richtig, worauf auch vorhin Herr Abg. Dr. Gothein gedeutet hat: die Grenze, überhalb der geteilt werden soll, ist immer der Pfennig mehr, den der andere hat. Hier wäre es sehr gut, wenn einmal ein aufklärendes Wort in unser Volk eingesagt würde über den Reichtum, den wir besitzen, als Eigentum und Privatbesitz.

Gewiß wir haben auch in Deutschland reiche Leute, und der Reichtum mag sich sehr oft recht unangenehm bemerkbar machen. Wir wollen aber nicht verkennen, daß das Eigentum eben doch auch seinen sittlichen Wert hat, indem es im Menschen wirtschaftliche Kräfte weckt und diese wirtschaftlichen Kräfte eben dann dem Ganzen zugute kommen. Aber lassen wir das einmal beiseite, denken wir einmal daran, wir könnten, um die vorhandene Ungleichheit zu beseitigen, in den großen Saal des Privatbesitzes und des Reichtums überhaupt hineinlängen: er ist aber nicht ohne Grund, ja wir wären sehr bald am Grunde damit, denn so arg viel verteilter Reichtum ist in Deutschland gar nicht vorhanden, und dann wäre verteilt, aber mit welchem Erfolg? Gewiß, Arme und Reiche gäbe es bei uns nicht mehr, aber es gäbe dann nicht etwa eine Mittellinie, einen Durchschnitt, der erreicht worden wäre, sondern wir wären eben alle mit einander arm, und wir würden in unserem Volke den wohlthätigen Einfluß entbehren, den der sittlich verwaltete Reichtum und der sittlich verwaltete Besitz eben noch hat (Abg. Dr. Kraus: Da ist es immer noch besser, alle sind arm!). Wenn wir beobachten, daß Eigenbesitz in einer Weise verwaltet wird, daß er schädigt, daß er andere in der Armut hält oder in die Armut hineindrückt, so hat der Staat andere und bessere Mittel, um das zu verhindern, und die soll er nur anwenden. Die Sozialisierung ist jedenfalls ein verkehrter Weg, den wollen wir nicht einschlagen.

Ich will bei dieser Gelegenheit doch noch ein Wort von der Sozialisierung im Hinblick auf den Grund und Boden sagen. Es ist ja ein besonders lebhafter Schrei der nach „Sozialisierung des Bodens“, und damit hat ja gerade auch der Herr Interpellant sich beschäftigt. Es ist mir aufgefallen, daß er über die Sozialisierung des Großkapitals, das doch in der Tat drückend auf unserem Wirtschaftsleben liegen kann, ganz anders als der Besitz von Grund und Boden, ganz vorsichtig hinweggegangen ist. Ich bemühe mich nun, in allen Forderungen und in allen Ansichten, die dargelegt werden, immer den richtigen Kern herauszufinden, und ich meine, man kann auch in der Forderung der Sozialisierung des Grund und Bodens ganz gewiß einen richtigen Kern herausfinden. Das ist, wenn ich so sagen soll, der Schrei des Gemüts, wieder in den Zusammenhang mit der Mutter Erde zu kommen, mit dem heimatischen Boden; man will frei werden von der Heimatlosigkeit, man will herauskommen aus der Massenaufhäufung der Menschen, wie wir sie in den großen Städten haben, man will wieder eine persönliche Heimat und einen persönlichen Anteil an der Heimat haben. Und diesen Schrei gerade des deutschen Gemüts verstehen wir sehr gut, und wir meinen allerdings, daß alles geschehen sollte, um diese Sehnsucht nach Bodenständigkeit und nach Einwurzelung im vaterländischen Boden zu befriedigen (Zustimmung rechts). Aber das braucht

viele Vorsicht, das braucht viele Mühe und Arbeit und das braucht vor allen Dingen viel Geduld; das kann nicht von heute auf morgen und das kann vor allem nicht auf dem Wege der Sozialisierung geschehen (Abg. Dr. Kraus: Auf welchem Wege denn?). Ich komme gleich dazu, Ihnen das zu sagen.

Ich möchte die allgemeinen Betrachtungen hier nicht weiter-spinnen, denn, wie vorher auch schon bemerkt worden ist: wir werden fort und fort Gelegenheit haben, uns mit einzelnen bestimmten Sozialisierungsvorschlägen zu befassen, und dann wird man Anlaß nehmen, das Seinige dazu zu sagen. Wir haben ja jetzt das Arbeitsministerium, und dieses ist auch schon dazu veranlaßt worden, mit Plänen und Projekten hervorzutreten. Man wird dann die Beobachtung machen, daß Sozialisierung in der Tat ein Schlagwort ist, und zwar, wie alle Schlagworte, mit einem Doppelgesicht: einerseits ein sehr viel-sagendes und andererseits ein nichts-sagendes Wort.

Und der tiefere Grund? Der Gegensatz zwischen arm und reich ist so alt, als Menschen auf dieser Erde leben, und die Versuche, das Unangenehme, das Häßliche und das Drückende dieses Gegensatzes zu beseitigen, sind ebenso alt. Man ist dabei von lange her auf den Gedanken gekommen, es unter dem Gesichtspunkte der Gleichheit und der Gemeinschaft zu versuchen. Aber, Gleichheit und Gemeinschaft, das sind Gesichtspunkte, das sind Vorstellungen, die im Grunde genommen einem ganz anderen Gebiete entwachsen sind als demjenigen, auf dem sie jetzt durchgeführt werden sollen, dem wirtschaftlichen. Nicht auf wirtschaftlichem, auch nicht auf politischem Gebiete sind die Vorstellungen der Gleichheit und der Gemeinschaft erwachsen, sondern ausschließlich auf dem religiösen, und nur in dem Maße, als sich die religiösen Werte durchgesetzt haben, werden diese Vorstellungen auch auf dem politischen und dem wirtschaftlichen Gebiete Erfolge zeitigen. Es ist nicht so, daß durch die Sozialisierung, wie wir neulich einmal haben andeuten hören, das Paradies auf Erden wird geschaffen werden, sondern umgekehrt vielmehr. Wenn wir einmal wieder das Paradies haben werden — oder, ich will mich in der Sprache ausdrücken, die doch wohl hier noch auf allen Banken verstanden wird, ich will mit dem Apostel Paulus zu reden, sagen: Wenn wir haben werden den neuen Menschen, der nach Gott geschaffen ist, dann ist die Zeit zur Sozialisierung gekommen, oder vielmehr, dann braucht man sie gar nicht mehr, denn dann werden die Unterschiede der Individualität und die weiteren äußeren Unterschiede für nichts wiegen. Darum, weil wir die Dinge so ansehen, sind wir mit der Antwort, die uns vom Regierungsrat gegeben worden ist, auch nicht so ganz zufrieden. Wir hätten gewünscht, daß sie inhaltsreicher und etwas vollständiger und gründlicher gewesen wäre. Wir unsererseits können nur sagen: Die Regierung fahre fort, die soziale Gesetzgebung aufrecht zu erhalten, es wird ihr das schwer genug fallen. Wir wissen alle, daß unsere soziale Gesetzgebung ein Gegenstand der Bewunderung und des Neids für das Ausland gewesen ist. Sie beruhte wesentlich auf dem blühenden Stand unserer Industrie. Unsere Industrie ist zusammengebrochen, und es wird den Männern in der Regierung ein schweres Kopfschmerzen machen, wie sie die soziale Gesetzgebung aufrecht erhalten sollen. Sie bemühe sich weiterhin um den Schutz der nationalen Arbeit, besonders auch der Landwirtschaft, damit unser deutsches Volk immer mehr auf eigenen Füßen stehen kann. Sie fahre fort auf dem Wege der inneren Kolonisation und Siedelung, den wir bekanntlich schon seit langem und mit immer größerem Erfolg eingeschlagen haben, und sie Sorge dafür, daß vor allem auch die Gründung der Heimstätten vorwärts schreite. Sie hüte sich dabei wohl vor Gewalttätigkeiten auch gegenüber besonders hervorragenden Besitzenden. Denn auch für einen Volksstaat gilt das Wort, daß Gerechtigkeit allein die Völker erhöht. Will aber die Regierung sozialisieren im ernstlichen, im strengen Sinne des Wortes,

nun wohl, dann sozialisiere sie einmal alles das, was man im guten, im besten Sinne des Wortes die Bürger-tugenden nennt, den Fleiß, die Spar-samkeit, die Ordnung und die Zufriedenheit und vor allem auch die Geduld; denn, wie Kardus sagt, ändern lassen sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht wie man einen Rod umdreht. Will die Regierung auf dem politischen Gebiet sozialisieren, so leite sie die Errichtung von Berufs-kammern in die Wege. Und ich möchte die Sozialdemokratie fragen, warum sie sich denn jeinerzeit bei der Erstellung der Verfassung so sehr gewehrt hat gegen das Zweikammernsystem und so sehr auf das Einkammernsystem gedrungen hat, daß sie zwei Parteien nötigte, sich auch auf diesen anderen Standpunkt zu begeben. Wir haben uns für das Zweikammernsystem eingesetzt und haben dabei gerade daran gedacht aus dem sog. Räte-system den gesunden Kern auszuscheiden dadurch, daß neben der Volkskammer die Berufskammer eingesetzt wird (Beifall rechts).

Hierauf wird abgebrochen.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält noch das Wort:

Abg. Duffner (Zentr.):

Der Herr Minister Rüdert hat meine Ausführung über die beabsichtigte Enteignung der Grundstücke über 60 Morgen vorher richtiggestellt, und ich stehe nicht an, zuzugeben, daß das, was der Herr Minister Rüdert in Mannheim tatsächlich gesagt hat, etwas ganz anderes ist, als das, was in einem Teil der Presse steht und was mir Anlaß gegeben hat, es in gutem Glauben zu zitieren. Grund zu diesen Ausführungen ist ein Artikel gewesen, der in der „Konstanzer Zeitung“ Nr. 159 vom 14. Juli erschienen ist, der sich allerdings auf die deutsch-demokratische „Landeszeitung“ beruft, und in dem gesagt ist:

„In einer sozialdemokratischen Vertrauensmänner-versammlung in Mannheim sprach Arbeitsminister Rüdert über die Sozialisierung. Er betonte dabei, daß Baden gerne mit-arbeite bei der Sozialisierung. Schon nächste Woche werde in Karlsruhe eine Kommission zur Sozialisierung der Grundstücke zusammentreten. Alle über 20 Hektar umfassenden Grundstücke werden sozialisiert werden. Der Staat soll Eigentümer bleiben und die Grundstücke an die kleineren Landwirte verpachtet werden. Das Ziel der Bestrebungen sei die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion. Eine Land- und Siedelungs-bank werde zu errichten sein.“

Es wird Sache der Presse sein, festzustellen, wie dieser Artikel in die beiden Zeitungen gekommen ist, der dann Grund zu dem vorliegenden Mißverständnis gab.

Mit meiner persönlichen Bemerkung ist auch zugleich die Bemerkung erledigt, die im Zusammenhang mit meinen Ausführungen Herr Abg. Dr. Gothein an Herrn Abg. Dr. Schöfer gerichtet hat.

Der Präsident gibt noch folgende Eingänge bekannt:

1. Schreiben des Arbeitsministers mit der Erklärung der Bereitwilligkeit zur Beantwortung der Interpellation der Abgg. Weber-Heidelberg und Gen., den Schutz der weiblichen Angestellten und Arbeiter gegen Erwerbslosigkeit betr.
2. Antrag der Abgg. Marum und Gen., mit einem Gesetzentwurf, die Abänderung des Verwaltungsgesetzes vom 5. Oktober 1863 betr.

Der Antrag wird an die Kommission für Justiz und Verwaltung verwiesen.

Schluß der Sitzung nach 1/2 11^{hr}

Rednerverzeichnis umstehend.

Rednerverzeichnis:

	Seite
Anzeige neuer Eingänge:	
Präsident Kopf	1080
1. Mündlicher Bericht der Haushalts-Kommission und Beratung über den Gesetzentwurf, die Bürgschaftsübernahme für ein Darlehen der Stadtgemeinde Kehl durch den Staat betr.:	
Berichterstatter Abg. Marum (Soz.)	1091, 1093
Abg. Dietrich (D. Dem. P.)	1092, 1093
2. Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abgg. Dr. Kraus u. Gen., die Sozialisierung in Baden betr.:	
Abg. Dr. Kraus (Soz.)	1093
Arbeitsminister Rückert	1111, 1126
Abg. Duffner (Centr.)	1112, 1130
" Dr. Gothein (D. Dem. P.)	1119
" Mayer-Karlsruhe (D.-Nat. Sp.)	1127